

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11  
Wichtige Telefonnummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 3041 / Anzeigenredaktion Köln (0 20 54) 10 13 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 - Pflichtblatt an allen deutschen Verteilern

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Belgien 38 00 bfr, Frankreich 7 00 F, Griechenland 150 Dr., Großbritannien 65 p., Italien 1500 L., Jugoslawien 560 00 Din., Luxemburg 28,00 Lit., Niederlande 2,20 fl., Norwegen 8,50 nkr., Österreich 14 Sch., Portugal 150 Esc., Schweden 1,20 skr., Schweiz 2,00 sfr., Spanien 170 Ptas., Tschechoslowakei 160 Cs., Türkei 150 TL.

## Heute in der WELT



### Wie das Ausland Deutschland sieht

Mit einer gehörigen Portion Zynismus betrachtet Charles Wilson, Chefredakteur der Londoner „Times“, die Deutschen. Sind die Deutschen seit dem Krieg weniger deutsch geworden? Das neue Deutschland seit 1945 weise erstaunliche Parallelen zu Amerika auf: kapitalistisch, demokratisch, von nervöser Aktivität und psychoanalytischer Nabelschau darüber geprägt, was es heißt, deutsch zu sein. Seite 6

### Die großen Straßen der Welt

Die einst von Baudelaire beschworene Gestalt des „Flaneurs“ ist nicht ausgestorben. Nach wie vor behaupten die großen Avenuen und Boulevards der Metropolen ihren festen Platz im Reiseprogramm professioneller Weltenbummler und Kunstfreunde. In einer losen Serie stellt die WELT von heute an große Avenuen und Prachtboulevards vor. Den Anfang macht der Kurfürstendamm in Berlin. Seite 15

## POLITIK

**Abgelehnt: Bogdan Lis, einer der inhaftierten Regimekritiker in Polen, lehnt die vom polnischen Parlament verabschiedete bedingte Amnestie ab. Er nennt die Bedingungen für die Amnestie eine „häßliche Feilscherei“. Schon Arbeiterführer Walesa hatte von „Propaganda“ gesprochen. (S. 8)**

**Komsomol: Zum neuen Ersten Sekretär der kommunistischen Jugendorganisation der UdSSR ist Wiktor Mironenko gewählt worden. Er löst in diesem Amt Wiktor Mischin ab, der zu einem der Sekretäre des Zentralrats des sowjetischen Gewerkschaftsverbandes ernannt worden ist.**

**Südafrika: US-Präsident Reagan verzichtet darauf, den Unternehmern Brown zum ersten fiktiven Botschafter der USA nach Südafrika zu entsenden. Ihm werden umstrittene Geschäfte angelastet.**

**Landesliste: Der nordrhein-westfälische CDU-Landesvorsitzende Biedenkopf und Bundesarbeitsminister Blum führen die CDU-Landesliste in NRW für die Bundestagswahl an. Herbert Hupka, Vorsitzender der Schlesischen Landsmannschaft, blieb ohne aussichtsreichen Platz. (S. 4)**

**Zustimmung: Der israelische Verteidigungsminister Rabin befürwortet die Förderung von Entwicklungsprojekten in besetzten Westjordanland durch die Bundesrepublik. Eine solche Hilfe hätte König Hussein von Jordanien in dieser Situation ergriffen, auch hätte eine Oberaufsicht gefehlt, heißt es in dem Bericht.**

**Gefahren: Ein 26-jähriger aus der DDR ist nach Niedersachsen geflohen. Er nannte als Grund Unzufriedenheit mit den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen in der „DDR“.**

## WIRTSCHAFT

**Vorschläge: Forschungsminister Riesenhuber hat in einem Schreiben an den Kanzler Vorschläge zur Energie-Einsparung unterbreitet. Die sicherheits-, gesundheits- und energiepolitischen Folgen aus Tschernobyl sollen in einem Staatssekretärsgespräch erörtert werden. (S. 9)**

**Tourismus: Das Reiseland Italien führt immer stärker die Konkurrenz anderer Mittelmeer-Anrainer. Es sind nicht allein die verschmutzten Küsten, die Urlauber abschrecken, es sind die Touristenströme mit magerem Angebot. Die Attraktivität des „Stiefels“ schwindet immer mehr. (S. 9)**

## KULTUR

**Dunkelheit: Insgesamt zwölf Jahre Haft für fünf Gedichte, die nicht regierungskonform sind. Das Schicksal der Lyrikerin Irina Ratuschinskaja. Sie schrieb Gedichte von hoher künstlerischer Sensibilität. (S. 15)**

**Jan Sandek: Er ist nicht vom Stamme Schwjeks, sein Erbtitel rührt eher vom „Ackermann aus Böhmen“. Ihn fasziniert der Lebenszyklus von Liebe, Jugend, Alter, Tod. 53 Jahre Photographie, gezeigt in Frankfurt. (S. 15)**

## SPORT

**Radspport: Der Amerikaner Greg Lemond hat auf der ersten Alpen-Etappe der Tour de France die Führung im Gesamtklassement übernommen. Sein Mannschaftskollege Bernard Hinault fiel in diesem Team-Internen Zweikampf weit zurück. (S. 13)**



**Reitspport: Reitlehrer Herbert Rehbein aus Grünwoldorf in Holstein gewann zum fünften Male das deutsche Dressur-Derby in Hamburg, das mit Pferdewechsel entschieden worden ist.**



**Tennis: Martina Navratilova ist elf Jahre nach ihrer Flucht aus der CSSR in ihrer Heimatstadt Prag freundlich empfangen worden.**

**Sie wurde von ihrer Mutter Jana (Foto) auf dem Flughafen begrüßt. Heute spielt sie für die USA im Federationcup der Damen. (S. 12)**

## AUS ALLER WELT

**Hochzeit: Schlichtern und keß zugleich präsentierte sich Caroline Kennedy (Foto) bei ihrer Hochzeit**



**mit dem New Yorker Geschäftsmann und Künstler Edwin Schlossberg. Die Braut verzichtete bei der Trauungszeremonie darauf, ihrem Ehemann Gehorsam zu geloben, und bestand auch darauf, ihren Familiennamen Kennedy beizubehalten. (S. 16)**

**Wettsticht: Europas höchstgelegenes „Drehrestaurant“ steht auf dem 3500 Meter hohen Mittelallhorn oberhalb des Saas-Fee im Schweizer Kanton Wallis. Zwölf Millionen Mark kostete der Bau, der dem Gast einen herrlichen Weitblick auf einen Kranz von Viertausendern bietet. Reicher Segen für ein armes Tal. (S. 16)**

**Fernsehen Seite 14  
Leserbriefe und Personalien Seite 14  
Pankraz Seite 15  
Wetter: Im Norden Regen Seite 16**

# Moskau entläßt Funktionäre. „Grobe Fehler in Tschernobyl“

### Kreml verweist auf Konferenz über Reaktorsicherheit / Ein Atomministerium

R. M. BORNGÄSSER, Moskau  
Mit personellen Konsequenzen und der Einrichtung eines Umweltministeriums versucht die Sowjetunion, die Folgen der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl politisch zu bewältigen. Aus dem Untersuchungsbericht, der am Wochenende dem Politbüro vorgelegt wurde, geht hervor, daß die bisherigen Informationen, die auf Pressekonferenzen und in Zeitungsberichten gegeben wurden, falsch, zumindest aber irreführend waren. Jetzt wird die Katastrophe nicht mehr mit technischem, sondern menschlichem Versagen begründet.

Unfallursache waren nach dem Bericht „Experimente“ mit dem Turbo-Generator am vierten Block, der zu Wartungsarbeiten heruntergefahren war. Die Fachleute und das Bedienpersonal in jener Nacht seien nicht ausreichend gerüstet gewesen für diese Versuche. Außerdem hätten sie keine adäquaten Sicherheitsmaßnahmen in dieser Situation ergriffen, auch hätte eine Oberaufsicht gefehlt, heißt es in dem Bericht.

Die Schuld wird dem Ministerium für Kraftanlagen und Elektrifizierung und dem Staatskomitee für Reaktorsicherheit in der UdSSR angelastet. „Grobe Fehler, Verantwortungslosigkeit, Nachlässigkeit und Un-Disziplin“ hätten die furchtbaren Folgen ausgelöst. 28 Menschen waren bei diesem Unfall getötet worden, die Gesundheit zahlreicher ist gefährdet. In diesem Kommuniqué, das heute in allen sowjetischen Zeitungen veröffentlicht wurde, werden nun die personellen Konsequenzen bekanntgegeben. Der Vorsitzende des Staatskomitees für Reaktorsicherheit, Jewgenij Kulow, verlor alle seine Ämter. Ihrer Posten enthoben wurden auch der Minister der elektronischen Industrie, Woronowitsch, der stellvertretende Minister für Kraftanlagen und Elektrifizierung Schascharin, der erste stellvertretende Minister für mittlere Maschinenbau Meschkow sowie der stellvertretende Direktor des Forschungs- und Konstruktions-Institutes, Jemeljanow. Der frühere Direktor des Tschernobyl-Atommeilers, Brykanow wurde aus der Partei ausgeschlossen. Verschoh blieb der ukrainische Parteichef Schtscherbatschki. Zum neuen Minister der elektro-

technischen Industrie ernannte das Präsidium des Obersten Sowjet den KPdSU-Sekretär von Letland, Anifimow. Anatol Majores, der Minister für Kraftanlagen und Elektrifizierung blieb vorerst auf seinem Stuhl. Allerdings wird sein Ressort halbiert: die Atomenergie untersteht künftig einem eigenen Ministerium.

Der Bericht beziffert den volkswirtschaftlichen Schaden der Reaktorkatastrophe auf zwei Milliarden Rubel - 6,3 Milliarden Mark. Um solchen Unfällen künftig vorzubeugen, will man vor allem „das Personal für Atommeiler besser schulen, will es in Spezialzentren mit besonders ausgestatteten Simulatoren ausbilden“. In dem Bericht „dankt das Politbüro vor allem den sozialistischen Ländern, die Solidarität mit der sowjetischen Bevölkerung angesichts des Atomunglücks von Tschernobyl geübt hätten“.

Moskau bietet jetzt seine Zusammenarbeit mit anderen Staaten an. Man weist insbesondere auf die Generalversammlung der Internationalen Atomenergie-Behörde (IAEA) in Wien im kommenden September hin.

# „Kleiner Tausch“ im Fall Meißner?

### Staatssekretär Rehlinger und „DDR“-Anwalt Vogel suchen eine Lösung / Komplikationen

WERNER KAHL, Bonn  
Die Beratungen zwischen dem Ostberliner Anwalt Wolfgang Vogel und dem Staatssekretär im Ministerium für innersowjetische Beziehungen, Ludwig Rehlinger, über eine Beendigung der Affäre Meißner wurden am Wochenende durch einen Verdacht gegen den „DDR“-Geheimdienst belastet. Danach soll der Wissenschaftler nach seinem Übertritt in den Westen von „DDR“-Agenten in die Ständige Vertretung verschleppt worden sein.

Nach Informationen der „Bild“-Zeitung haben die deutschen Sicherheitsbehörden mehrere konkrete Hinweise für eine Entführung Meißners von München nach Bonn. Das Blatt schreibt, es gebe keine Anhaltspunkte dafür, daß der stellvertretende Vorsitzende der Ostberliner Akademie der Wissenschaften ein öffentliches Verkehrsmittel benutzt habe. Auch habe eine Analyse des Meißner-Interviews im „DDR“-Fernsehen den Verdacht nahegelegt, daß er unter Drogeneinfluß gestanden habe.

Unter strenger Abschirmung son- dierten Vogel und Rehlinger am Wochenende in der Umgebung von Bonn die Möglichkeiten zur Lösung der Affäre Meißner. Vor dem Gebäude der „DDR“-Vertretung in Bonn, in dem sich Herbert Meißner aufhält, waren auch gestern Polizeiwachen und zivile Fahndler des Bundeskriminalamtes postiert.

Im Gebäude der Mission erklärte der Wissenschaftler in einem vom „DDR“-Fernsehen ausgestrahlten Interview, er wolle freiwillig in die „DDR“ zurückkehren, weil er dort „noch gebraucht“ werde, wie er „glaube“.

Als Voraussetzung für diese Rückkehr gilt jedoch, daß Meißner eine entsprechende Erklärung vor einem Beauftragten der Bundesregierung abgibt. Dazu gehört auch eine Begründung seines beim Bundesnachrichtendienst abgelegten Geständnisses, er habe für den „DDR“-Geheimdienst gearbeitet. Erst danach könnte die Bundesregierung die Justiz anweisen, den Haftbefehl außer Vollzug zu setzen und das Ermittlungsverfah-

ren aus höheren politischen Interessen einzustellen.

Kompliziert wurde der Fall gestern durch die Nachricht, daß Meißner sich bereits vor einem Jahr bei einer Firma im Rheinland um eine Position im wissenschaftlich-technischen Sektor beworben habe. Die Generalbundesanwaltschaft, der dieser Sachverhalt bisher nicht bekannt war, will jetzt prüfen, ob Meißner sich im Auftrag des Staatsicherheitsdienstes beworben habe.

Eine Rückkehr des unter Spionageverdacht stehenden Wissenschaftlers soll nicht von einem förmlichen Agentenaustausch abhängig gemacht werden. In Regierungskreisen geht man allerdings davon aus, daß Gegenleistungen erbracht werden. Kurz bevor Rechtsanwältin Vogel das Mandat im Fall Meißner erhielt wurde, waren die Unterhändler mit der Vorbereitung eines kleinen deutschen Teuschels „befaßt“. Nach Informationen der WELT läßt sich der angestrebte große nicht realisieren.

**Der Boykott der Commonwealth-Spiele, die am Donnerstag in Edinburgh beginnen sollen, zieht Kreise. Bis gestern hatten 23 von insgesamt 50 Ländern ihre Teilnahme aus Protest gegen die britische Südafrika-Politik abgesagt. Unterdessen demontierte der Buckingham-Palast neue Berichte, wonach Königin Elizabeth II. über die Haltung von Premierminister Thatcher im Commonwealth-Streit „bestürzt“ sein soll. (S. 2 und 5: Weitere Beiträge)**

# Asylanten, Schlepper und Orient-Klänge

MICHAEL JACH, Braunschweig  
Wer in diesen Tagen Tonkassetten hört, die mit orientalischem Musik bespielt sind, muß noch lange kein Freund dieser Klänge sein. Denn manche der Kassetten bergen eine Überraschung: Zwischen 45 Minuten Musik werden detaillierte Anweisungen eingearbeitet, wie Asylsuchende bei „Übertritt“ den deutschen Grenzschutzbehörden begegnen sollten, um nicht flugs in ihr Herkunftsland zurückgeschickt zu werden.

Die „Kettenglieder“ sogenannter Schlepperorganisationen operieren mittlerweile aufeinander abgestimmt sowohl von den Herkunftsländern der Asylsuchenden aus wie auch innerhalb des Bundesgebietes, um die Asylsuchenden an den Behörden vorbei einzuschleusen. Und sie verfügen über ein gut funktionierendes Informationsnetz, das Änderungen der Kontrolltaktik des Grenzschutzes gezielt weitermeldet. Bei den Erläuterungen und Aufzählungen im Zonenrandgebiet Helmstedt haben sich die Indizien für einen organisierten „Eintritt“ der Asylantenwelle gemehrt, berichtete der Leiter des für

die innerdeutschen Eisenbahnübergänge zwischen Lüneburg und Bebra zuständigen Grenzschutzamtes Braunschweig, Günther Nehring, der WELT.

„Da muß es bei uns schon regelrechte, von den zuständigen Landespolizeien noch weitgehend unerkannte Infrastrukturen geben“, folgert Nehring aus einer Reihe von Auf-

Sache der niedersächsischen Polizei.“

Wiederholt erhält die BGS-Dienststelle Helmstedt-Bahnhof Anrufe von Anwaltskanzleien, überall im Bundesgebiet“ mit der Anfrage, „ob unser Mandat XY denn noch nicht eingetroffen“ sei. Nehring fragt: „Woher kennt ein Anwalt einen Mandanten, der gerade erst ins Land kommt?“

Immer häufiger geben Ankömmlinge an, sie hätten ihre Pässe „unterwegs weggeworfen“. Der Grund ist offensichtlich: Wer nicht identifiziert werden kann, darf jedenfalls auch nicht postwendend - ohne Überprüfung seiner Asylgründe - abgeschoben werden. Das Verfahren zieht sich in die Länge, jene „Infrastruktur“ kann nötig werden. Nehring: „Da müssen welche im Zug sein, die die Pässe einsammeln und ins Bundesgebiet schleusen.“ So manches „weggeworfene“ Reisepassdokument sei nämlich später wieder vorgelegt worden.

Und daß Pässe „weggeworfen“ würden, sei erst eingetreten, nachdem BGS-Besitzern die ersten Exemplare aus Damenunterwäsche und Kinderwindeln gezogen hätten.

SEITE 4: Proteste in Berlin

fülligkeiten, die in Helmstedt inzwischen alltäglich sind.

„An manchen Tagen verschwinden bis zu 50 Prozent“ der von Berlin kommenden Ausländer unmittelbar nach der Erfassung und Überprüfung durch den Bundesgrenzschutz (BGS). Bei den nachgebend tätigen Betreuungsstellen (Notunterkünfte, Gesundheits-, Sozialamt) treffen sie nicht ein. „Auf manche wartet in Bahnhofsnahe schon ein auswärtiges Taxi oder Privatwagen, meist mit Kennzeichen aus dem Rhein-Ruhr-Gebiet.“ Diese zu überprüfen, sei jedoch der BGS nicht befugt, „das wäre

Die österreichische Bundesregierung hat ihren Widerstand gegen die nukleare Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf bekräftigt. Bei einer Podiumsdiskussion in Salzburg nannte Umweltminister Kreuzer die Anlage eine „Giftküche“. Österreich und andere Nachbarstaaten sollten den Druck gegen das Vorhaben aufrecht erhalten. Der bayerische Staatssekretär Fischer erklärte dagegen, die Chancen eines Verzichts auf Wackersdorf seien gleich Null.

Der nicaraguanische Präsident Daniel Ortega hat am siebten Jahrestag der sandinistischen Revolution die Vereinigten Staaten in ultimativer Form aufgefordert, die Contras nicht mehr zu unterstützen. Managua verurteilte den UN-Sicherheitsrat anrufen, falls Washington nicht bis zum nächsten Sonntag auf ein Urteil des Internationalen Gerichtshof reagiere, wonach die USA mit ihrer Hilfe die Contras das Völkerrecht verletzen. (S. 2 und 5: Weitere Beiträge)

# „Wo bleibt Protest gegen Terror?“

KNA, München  
Der stellvertretende Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Karl Lehmann, hat sich betroffen darüber geäußert, daß nach dem Terrormord an dem Siemens-Vorstandsmittglied Beckurts und dessen Fahrer Groppler sich „niemand in größerem Maßstab auf die Straße begibt und gegen das, was in Straßlach passiert ist, demonstriert“. In einem Gespräch mit dem „Münchener Merkur“ sagte der Bischof von Mainz, ihm wäre „wesentlich wohler“, wenn es wegen dieses Verbrechens friedliche Proteste gegeben hätte. Er flüchte hinzu: „Wir sind auf diesem Gebiet zuweilen doch etwas bläugig.“

Bei der Suche nach den Mördern von Beckurts und Groppler sind die Behörden am Wochenende noch nicht weitergekommen. Die Sicherheitskräfte suchen verstärkt nach dem RAF-Mitglied Horst Ludwig Meyer, den Zeugen in der Nähe von Straßlach gesehen haben wollen.

# Kreml löst General in der „DDR“ ab

DW, Berlin  
Nach nur elf Monaten wurde der Oberkommandierende der sowjetischen Streitkräfte in der „DDR“, Armeegeneral Piotr Luschew von seinem Posten abberufen. Das geht aus einer Meldung der amtlichen „DDR“-Nachrichtengeneratur ADN hervor. Die Agentur meldete, „DDR“-Staats- und Parteichef Erich Honecker habe Luschew, der offiziell die Bezeichnung Oberbefehlshaber der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD) trägt, anlässlich der „Beendigung seines Dienstes“ empfangen. Gründe für die Ablösung des Oberkommandierenden teilte ADN nicht mit. Luschew hatte seinen Dienst am 9. August 1985 als Nachfolger von Armeegeneral Michail Sazew angetreten. In der „DDR“ sind nach Schätzungen westlicher Militärexperten etwa 400 000 sowjetische Soldaten stationiert. Sie bilden das größte Kontingent sowjetischer Truppen außerhalb der UdSSR.

# Paris will mehr Basken abschieben

DW, Paris  
Frankreich wird nach den Worten von Außenminister Jean-Bernard Raimond künftig häufiger baskische Extremisten nach Spanien abschieben. In einem Rundfunkinterview erklärte Raimond gestern, eine solche Maßnahme wie die Abschiebung des mutmaßlichen ETA-Mitglieds Jose Varona Lopez am Freitag abend sei ein völlig normaler Vorgang zwischen zwei demokratischen Ländern. Lopez wurde den spanischen Behörden unmittelbar nach seiner Festnahme übergeben.

Raimond sagte, die nächsten Abschiebungen könnten schon in den kommenden Tagen stattfinden. Am Freitag war es das erste Mal gewesen, daß ein baskischer Flüchtling im Rahmen der „Prozedur für absolute Notfälle“ übergeben wurde. Der Außenminister kündigte an, er werde diese Woche in Madrid die Basken-Frage erörtern.

# Für Kim Dae Jung dient das Grundgesetz als Vorbild

DW, Seoul  
Als ein „zweites Deutschland hier in Asien“ wünscht sich Südkoreas Oppositionspolitiker Kim Dae Jung seine Heimat. Gegenüber CDU-Generalsekretär Heiner Geißler, der ihn in seinem Haus in Seoul besuchte, sagte Kim, er und seine Freunde bewunderten das Verfassungssystem und die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland. Geißler überbrachte Grüße von Bundeskanzler Helmut Kohl und versicherte, die Christdemokraten würden dafür eintreten, daß Kim Dae Jung sich wieder politisch betätigen könne. Der Oppositionelle der New Korea Democratic Party (NKDP) stand während der Visite unter Hausarrest. Etwa 400 Polizisten waren nach seinen Angaben in dem Wohnviertel postiert, um zu verhindern, daß er an einer von seiner Partei organisierten Demonstration gegen Folterungen im Lande teilnahm.

Geißler versicherte in dem Gespräch, die CDU wolle mit allen Parteien zusammenarbeiten, die sich der Demokratie, den Menschenrechten

# Managua droht mit UN-Sicherheitsrat

DW, Managua  
Der nicaraguanische Präsident Daniel Ortega hat am siebten Jahrestag der sandinistischen Revolution die Vereinigten Staaten in ultimativer Form aufgefordert, die Contras nicht mehr zu unterstützen. Managua verurteilte den UN-Sicherheitsrat anrufen, falls Washington nicht bis zum nächsten Sonntag auf ein Urteil des Internationalen Gerichtshof reagiere, wonach die USA mit ihrer Hilfe die Contras das Völkerrecht verletzen. (S. 2 und 5: Weitere Beiträge)

# Wien: Wackersdorf ist eine „Giftküche“

DW, Salzburg  
Die österreichische Bundesregierung hat ihren Widerstand gegen die nukleare Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf bekräftigt. Bei einer Podiumsdiskussion in Salzburg nannte Umweltminister Kreuzer die Anlage eine „Giftküche“. Österreich und andere Nachbarstaaten sollten den Druck gegen das Vorhaben aufrecht erhalten. Der bayerische Staatssekretär Fischer erklärte dagegen, die Chancen eines Verzichts auf Wackersdorf seien gleich Null.

# Rogers mahnt die Europäer

cvb, Mons  
NATO-Oberbefehlshaber Rogers hat Europa davor gewarnt, sich von der amerikanischen SDI-Organisation die Initiative für die Entwicklung einer eigenständigen europäischen Raketenabwehr aus der Hand nehmen zu lassen. „Ich möchte nicht, daß die NATO das Nachsehen hat und Europa in eine „unannehmbar“ Position gerate, „weil etwas ohne unser Zutun geschaffen würde“, sagte der US-General in einem WELT-Gespräch.

# Genscher will „aktiven Dialog“

DW, Bonn  
Außenminister Hans-Dietrich Genscher sieht die eigentliche Bedeutung seines Besuchs in der Sowjetunion darin, daß die Bundesregierung an dem wieder in Gang gekommenen West-Ost-Dialog aktiv teilnehmen will. Kurz vor seinem gestrigen Abflug traf Genscher noch mit dem Sonderbeauftragten des US-Präsidenten, Paul Nitze, zusammen und ließ sich über den Entwurf der Antwort auf die jüngsten sowjetischen Abrüstungsvorschläge informieren. (S. 2 und 5: Weitere Beiträge)

# Vorstoß für „Wasserpennig“

DW, Bonn  
Der Vorsitzende des Bundestags-Umweltausschusses, Göhner (CDU), hat sich für einen „Wasserpennig“ ausgesprochen. Damit sollten die Bauern entschädigt werden, wenn die Düngermenge begrenzt und die Ernte geringer ausfallen würde, sagte Göhner im „Express“. Allerdings werde dann der Wasserpreis steigen. Der Regierung in Stuttgart, die den „Wasserpennig“ eingeführt hat, war ein Abrücken von dem Verursacherprinzip vorgeworfen worden.

# Die Kleinen hängen

CARL GUSTAF STRÖHM  
Fahrlässigkeit, verantwortungsloses Verhalten, Schlamperei und Disziplinlosigkeit - mit diesen starken Worten hat das Moskauer Politbüro die Ursachen für die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl charakterisiert. Gleichzeitig wurde die Absetzung einiger zuständiger Funktionäre bekanntgegeben.

Nun, da das Kind in den Brunnen gefallen und die Katastrophe geschehen ist, zieht Moskau die Lehren - und was erleben wir? Es wird ein neues Ministerium gegründet, diesmal für „Atomenergie“. Die bürokratische Schlamperei soll durch einen neuen bürokratischen Apparat bekämpft werden.

bleibt die Frage: Wann kommt das nächste Tschernobyl auf die Sowjetmenschchen und auf ihre Nachbarn zu? Denn wer wollte schon die Behauptung wagen, daß es in den anderen Atomreaktoren der Sowjetunion und ihrer Verbündeten grundsätzlich anders zugeht als in Tschernobyl? Wenn das System gleich ist, müssen auch die Ergebnisse gleich sein.



# DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

## Ortega totaler Krieg

Von Günter Friedländer

Die Jahre der großen Siegesfeiern der sandinistischen Revolution sind vorüber. Präsident Daniel Ortega vermißt es, am siebten Jahrestag vor großen Volksmassen zu erscheinen. Er sprach in der Provinzstadt Esteli. Die Stars der sogenannten „nationalen Befreiungskriege“ blieben aus. Wer am Radio oder am Fernsehen die glanzlose Feier miterlebte, mußte sich mit einem tschechoslowakischen Vizepräsidenten, einem stellvertretenden Ministerpräsidenten aus Guayana und einem Außenminister aus Libyen begnügen.

Die Botschaft an sein Volk faßte Ortega in einem Satz zusammen: „Die unmittelbare Zukunft ist voller Schwierigkeiten.“ Nun müßten eben noch mehr Arbeitsstunden eingelegt werden, um die Produktivität zu erhöhen. Dafür gibt es weniger zu essen. Lebensmittel seine in erster Linie für die Verteidiger der Revolution bestimmt, in zweiter Linie für die Arbeiter, erst dann käme der Rest.

Schuld an allem haben natürlich die USA. Der Mann, der den von der Contadora-Gruppe vorgelegten mittelamerikanischen Friedensvertrag sabotierte und damit die Gesetzgeber der USA so vor den Kopf stieß, daß sie schließlich 100 Millionen Dollar für die Freiheitskämpfer in Nicaragua bewilligten, droht nun jedem in Mittelamerika, der „sich als Werkzeug der terroristischen Politik der USA hergibt“, mit den Anstrengungen und den Folgen eines „totalen Krieges“.

In seiner überschäumenden Rede bezeichnete Ortega Reagan als „einen Verbrecher“ und stellte den USA eine Frist bis zum 27. Juli, bis zu der sie sich dem Weltgericht zu unterwerfen hätten. Nur so könne er daran gehindert werden, sich an den Sicherheitsrat der UNO zu wenden. Was er dort allerdings will, wo er keinerlei Chance hat, einen ihm günstigen Beschluß zu erlangen, verriet er nicht.

Ortega hatte bis vor kurzem in den USA genügend Verteidiger, um viele Monate Reagans Politik gegen die Sandinistas aufzuhalten. Sein Verbot der einzigen oppositionellen Zeitung, seine Verfolgung des Klerus und das schwindende Vertrauen im eigenen Land finden in den USA nun ein besseres Echo als seine großspurigen Drohungen.

## Gesamtschule übertrumpft

Von Ulrich Reitz

Die SPD-Regierung im Saarland will das kleinste Flächenland mit „neuen“ Gesamtschulen überziehen - auf Kosten des bewährten, gegliederten Schulwesens. Doch die Schulrechtsnovelle des Kultusministers Breitenbach ist durch die Landesverfassung vermutlich nicht gedeckt.

Hier kommt das Wort „Gesamtschule“ nicht vor. Und das nicht etwa deshalb, weil die Verfassungsväter nicht gewußt hätten, daß dieser Schultyp zum Lieblingskind sozialdemokratischer Nivellierungspolitik im Bildungsbereich avancieren würde. Die Landesverfassung enthält eine starke Bestandssicherung des dreigliedrigen Schulwesens. Die SPD weiß das. Als sie nämlich 1969 beantragte, den Katalog der weiterführenden Schulen in der Verfassung um die Gesamtschule zu „bereichern“, scheiterte sie an der CDU-Mehrheit.

Zunächst schließt Breitenbach „nur“ sechsundzwanzig weiterführende Schulen. Doch das ist nicht das Ende der Fahnenstange. Denn das neue Schulgesetz gibt dem Minister die Möglichkeit, im Zuge sinkender Schüler- und damit Anmeldezahlen eine herkömmliche Schule nach der anderen dichtzumachen. Ein Hebel, den die SPD-Regierung nutzen dürfte.

Bis heute hat Breitenbach nicht einmal die Mitglieder der Landesregierung wissen lassen, wie die Schule aussehen wird, in die die verunsicherten Eltern ihre Kinder schicken sollen. Denn für ihn gehört die einst als revolutionär gepriesene Gesamtschule bereits in die Mottenkiste. Doch was unter der „Gesamtschule der zweiten Generation“ und dem als eine Art Selbstverwaltung der Schüler begriffenen „Team-Kleingruppen-Modell“ zu verstehen ist, blieb im dunkeln.

Mit diesem Problem will Breitenbach das Parlament freilich erst gar nicht belasten. Vorsorglich hat er sich selbst eine Verordnungsmöglichkeit ausgestellt. Sie gibt ihm die Möglichkeit, „Naheres“ über die „neue“ Gesamtschule selbst(herrlich) festzulegen. Zwei Wochen vor Schulbeginn an der Saar warten die Eltern auf des Ministers Offenbarung. Sie dürften schneller kommen, als Breitenbach selbst beabsichtigt, denn CDU und FDP werden noch vor Schulbeginn eine Verfassungsklage gegen die Schulrechtsnovelle einreichen.

## Otto Normalspender

Von Enno v. Loewenstern

Otto spendet einer „gemeinnützigen“ Vereinigung 1000 DM. Da er Sozialhilfeempfänger ist und mithin keiner Einkommens- oder Lohnsteuerpflicht unterliegt, wirft Otto nach dem Vorgang sogleich die Spendenquittung weg, er kann „nichts von der Steuer absetzen“, bei seinem alljährlichen Kassensturz am 31. 12. muß Otto betrübelt feststellen, daß er schlicht 1000 DM weniger im Sparstrumpf hat. Im nächsten Jahr spendet er deshalb nichts mehr.

Diesen erschütternden Tragödienstoff verdanken wir dem Szenenblatt „Tageszeitung“. Es nimmt ihn zum Aufhänger einer schneidenden Kritik am jüngsten Parteispender-Urteil des Bundesverfassungsgerichts, ergänzt durch den Hinweis, daß demgegenüber der „Monopolkapitalist“ Friedrich-Karl, wenn er tausend Mark spendet, diese von der Steuer absetzen und somit 560 Mark sparen kann.

So wurde wieder einmal dem Staatsmonopolkapitalismus die Maske heruntergerissen. Nur schade, daß die Grünen, deren Staatsmonopolsozialismus das Szenenblatt verächtlich, Ottos Geschichte nicht rechtzeitig Karlsruhe vorlegten. Denn dann hätte diese Instanz erfahren, daß bei uns die Sozialhilfeempfänger so viel kriegen, daß sie leicht tausend Mark spenden können und dennoch einen Sparstrumpf voll Geld haben, nur eben um tausend Mark weniger. Die das erzählen, sind bekanntlich die Basisnahen, die wahren Vertreter des Volkes. So also stellt sich ihnen die Lage der Sozialhilfeempfänger dar.

Aus deren Reihen erhalten die Grünen einen Großteil ihrer Unterstützung - aus der Hausbesetzer- und entsprechenden Szene, wo man den Staat bekämpft und dennoch wie die Lilien auf dem Felde sich von ihm ernähren läßt. Die Grünen revanchieren sich, indem sie in ihren Wahlprogrammen die Erhöhung der Fürsorgersätze verlangen. Wofür - damit die Sozialhilfeempfänger das nächste Mal zweitausend Mark spenden können und trotzdem noch was beim alljährlichen Kassensturz im Sparstrumpf finden? Diejenigen, die der Einkommens- oder Lohnsteuerpflicht unterliegen und immer meinen, die von ihnen bezahnte Sozialhilfe sei zum Leben genug und zum Spenden zu wenig, können nur staunen.



Neue Kriegsflagge

MIKE KEEFE/THE DENVER POST

## Tritt gefaßt

Von Manfred Schell

Helmut Kohl oder Johannes Rau? Die Meinungsumfragen in diesem Sommer zeigen, wenn man nicht nur die persönlichen Sympathiewerte, sondern die politischen Gewichte insgesamt aufrechnet, daß sich diese Alternative für viele Bürger überhaupt nicht mehr stellt. Natürlich ist bei demokratischen Erhebungen Vorsicht geboten, weil sie nur den Wert von Momentaufnahmen haben, aber sie belegen doch das ohnehin verheilte Gefühl, daß sich die innenpolitische Stimmungslage zu Lasten der SPD verändert hat.

Für diese Entwicklung gibt es Daten und Anlässe. Die Tatsache, daß sich CDU und FDP in Niedersachsen wenn auch nur knapp gegen rot-grün durchgesetzt haben, ist ein solches Ereignis. Die SPD hat in Niedersachsen mit der Parole gekämpft, Helmut Kohl müsse in Bonn weg. Die SPD ist damit gescheitert. Der Kanzler ist im Amt und weniger gefährdet denn je.

Niedersachsen war für Helmut Kohl ein „kritischer Punkt“, aber er ist überwunden, die Nervosität ist gewichen, die Koalition hat wieder Tritt gefaßt. Der Kanzler möchte ohne Reibungsverluste in die Wahlkampfaufeinandersetzung gehen. Hinter den Kulissen regiert er mit mehr fester Hand, Kabinettsmitglieder werden von ihm schriftlich zur Disziplin oder zu einer wirkungsvolleren Darstellung der Regierungspolitik ermahnt. Kürzlich sind Briefe an die Minister Riesenbaker und Frau Wilms gegangen.

Es war immer eine Stärke Kohls, nicht nur an die Sache, sondern vor allem auch an Personen zu denken, wobei das eine oft das andere bedingte. Seine Entscheidung, mitten in der Tschernobyl-Diskussion und kurz vor der Niedersachswahl Walter Wallmann zum Umweltminister zu berufen, wird als gelungener Schachzug anerkannt.

Die Information, daß Kohl sich kürzlich im Kanzleramt mit Kurt Biedenkopf, dem Vorsitzenden des großen rheinisch-westfälischen CDU-Landesverbandes, getroffen hat, paßt in dieses Raster. Biedenkopf wird im nächsten Deutschen Bundestag sitzen. Es ist abzusehen, daß er zumindest der Fraktionsführung, vielleicht als stellvertretender Fraktionsvorsitzender, angehören und von dort aus zu einem neu-

en Programm der „kreativen Phase“ beitragen wird. Dabei weiß jeder, natürlich auch Kohl, daß der gescheite Mann auch unbehaglich sein kann. Aber diese neue Konstellation muß nicht auf Konfrontation angelegt sein, eher spricht vieles für ein konstruktives Miteinander - daß es zwischen Kohl und Biedenkopf „gutgehen“ wird.

Der Fraktionsführung kann ein Mann wie Biedenkopf durchaus guttun. Wichtig ist, daß er nicht in einen Konflikt mit dem Fraktionsvorsitzenden gerät. Es ist kein Geheimnis, daß Norbert Blum, Heiner Geißler und auch Wolfgang Schäuble für das Amt Interesse zeigen. Alfred Dreger wird das Amt des Bundestagspräsidenten angetragen werden; der jetzige Präsident Philipp Jenninger ist ausserhalb als Bundesminister, vielleicht für innersächsische Beziehungen.

Auch dem Bundeskanzler ist bewusst, daß die erste volle Legislaturperiode der Koalition der Mitte auf Konsolidierungsaufgaben im weitesten Sinne konzentriert war. Die Wirtschaft mußte von bürokratischen und ideologischen Bürden befreit, sie mußte wieder angekurbt werden. Dieses Ziel ist erreicht. Und es wird in der Sozialdemokratie schwerfallen, diesen Erfolg wegzureden.

Kohl weiß, daß die nächste Legislaturperiode nicht mit „Konsolidierungspolitik“ bestanden werden kann. Es muß vielmehr ein Zeitraum reformerischer Entscheidungen werden; die große Renten-

reform und die große Steuerreform sind nur zwei Stichworte. Dabei können Köpfe wie Biedenkopf, die in der Lage sind, phantasievoll neue Wege zu diskutieren, überaus hilfreich sein. Biedenkopf weiß, daß er scheitern würde, verstünde er sich als „Gegenspieler“ des Kanzlers.

Dieser Koalition aus CDU/CSU und FDP, die respektable Leistungen vorzuweisen hat, stehen die Sozialdemokraten mit Johannes Rau gegenüber. Rau ist ein redlicher Mann, aber er selbst muß wissen, ob er sich nicht mit seiner Kandidatur überfordert. Es fällt auf, daß er sich der politischen Diskussion in Bonn hartnäckig verweigert. Rau will offenbar nicht für Entscheidungen und Strömungen in der SPD politisch haftbar gemacht werden. Diesen Kurs kann er wohl kaum durchhalten. Die eigenen Mitglieder werden ihn, zum Beispiel auf dem anstehenden Bundesparteitag, zwingen, Farbe zu bekennen - rot oder rot-grün.

Rau hat für sich, was ihm durchaus ehrt, Pflöcke eingeschlagen. Er hat öffentlich erklärt, daß er sich von den Grünen nicht zum Kanzler wählen lassen und auch mit ihnen zusammen nicht regieren würde. Statt dessen setzt er auf die absolute Mehrheit der SPD, die bei der letzten Bundestagswahl 38,2 Prozent errungen hat. Vielleicht ist Rau der einzige in der SPD, der an das Wunder von der absoluten Mehrheit glaubt. Jedenfalls steht er seit Wochen im verzweifeltsten Kampf, seiner Partei Zweifel zu nehmen, sie zu mobilisieren.

Aber bisher zumindest verweigern sich viele. Ihnen steckt noch die Bundestagswahl 1980 in den Knochen. Damals hat Helmut Schmidt seiner Partei eiserne Disziplin und - für manche bis zur ideologischen Selbstverleugung - Unterstützung des Kanzler-Kurses abverlangt. Das Ziel, über den „Traumgegner“ Strauß die stärkste politische Kraft zu werden, wurde dennoch nicht erreicht. Diejenigen in der SPD, die einen anderen Weg als die Regierung in der Energie- und der Sicherheitspolitik gehen wollen, haben die Erfahrung von 1980 noch präsent. Sie werden sich nicht noch einmal „kleinhalten“ lassen. Nicht zuletzt darin liegt das Dilemma der SPD.



Wird von Kohl eingebunden: Biedenkopf

FOTO: RZSPFA

## Vorerst sind es eher Sanktionen gegen Frau Thatcher

Intrigenspiel um die Südafrika-Politik Großbritanniens / Von Reiner Gatermann

Die Commonwealth-Suppe „Südafrika“, in der zur Zeit allzu viele Köche ihre Löffel haben, ist nicht nur versalzen, sondern auch vergiftet. Vergiftet von politischen Intrigen; diplomatische Blindheit kommt hinzu. Die derzeitige Krise zeigt, daß diese „freiwillige Vereinigung von neunundvierzig souveränen Staaten“ tatsächlich nur noch ein historisches Relikt ist, dessen Schwergewicht im gesellschaftlichen Umgang miteinander und nicht in der - hoffnungslosen - Suche nach einer gemeinsamen Politik liegen sollte.

Denn dazu fehlen sämtliche Voraussetzungen wie einigermaßen konforme politische Zielsetzung, wirtschaftliche Interessen und soziale Vorstellungen. In diesem Völkergemisch, bestehend aus Demokratien, Einparteiensstaaten und Militärdiktaturen, ist eine Monarchie überhaupt, die statutenmäßig nicht das Geringste zu sagen hat, denn Statuten existieren nicht, ebensowenig wie das Commonwealth als Organisation. Aber viele ihrer außerbritischen „Untertanen“ sehen in ihr immer noch ein politisch aktives Staatsoberhaupt und wollen es handeln sehen, zumal in Konflikten gegen Dritte.

In London schreckte jüngst die Nachricht auf, daß ein hohes Regierungsmittglied im engsten Vertrautkreis Frau Thatchers, der stellvertretende Ministerpräsident Lord Whitelaw, bei einem „privaten“ Mittagessen mit ein paar Journalisten versucht haben soll, die Königin ins Spiel zu bringen. Er ließ sie wissen, das Kabinett fürchte „eine Kollision mit der Königin“ in der Südafrika-Frage. Das war ein Seitenhieb auf seine Chefin, der NATO, Westeuropa und Ost-West-Beziehungen näher stehen als das undefinierbare Commonwealth, das nun auch noch ihre Politik bestimmen will.

Nun will der Lord von diesem Lunch nichts mehr wissen, aber das Wort von der „konstitutionellen Krise“ war in der Debatte. Dabei kann es zu einer „konstitutionellen Krise“ gar nicht kommen. Einmal, weil die Queen in der Völkergemeinschaft keine konstitu-

nelle Rolle zu spielen hat, weil es eine solche Rolle nicht gibt. Zum anderen, weil sie sehr genau weiß, wo ihre Position im Vereinigten Königreich ist. Die berühmte Formel, daß die Königin sogar ihre eigene Absetzung bekanntgeben müßte, wenn die Regierung sie dazu aufforderte, umschreibt die Lage treffend - die Königin kann gar nicht daran denken, aktiv Politik gegen die Regierung zu machen. Man wundert sich, wie solche unsinnigen Gerüchte ausgerechnet in England selbst aufkommen konnten.

Die nächste Ranküne folgte am Sonntag. Die „Sunday Times“ berichtete fast über die gesamte erste Seite: „Königin schockiert über die sich um nichts kümmernde Frau Thatcher“. Ungenannte hohe Hofbeamte sollen diese Besorgnis vermittelt haben. Der konkurrierende „Observer“ konnte jedoch gleichzeitig mitteilen: „Buckingham Palace verneint einen Bericht in der Sunday Times“, daß es einen Konflikt zwischen der Queen und Frau Thatcher gebe.

## IM GESPRÄCH Raschid Sfar

### Nachfolger des Nachfolgers

Von Achim Renke

Je schwächer das politische System, um so stärker muß die politische Führung sein. Auf Kenyatta folgte in Kenia Arap Moi, auf Senghor in Senegal Diouf, auf Ahlikjo in Kamerun Biya und auf Nyerere in Tansania Mwirya. Wer - oder was - folgt auf Bourguiba? In Tunesien ist der Wechsel noch lange nicht vollzogen, und die Frage, ob das System so stark ist, daß es einen weniger Starken trägt, ist unbeantwortet.

Daß die Rolle des Nachfolgekandidaten in Tunesien undankbar ist, zeigt das Schicksal des langjährigen Premiers Mzali, der systematisch entmachtet und Anfang Juli abgesetzt wurde. Raschid Sfar, sein Nachfolger und als solcher verfassungsmäßiger Präsident im Falle des Todes des dreundschaftsjährigen Bourguiba, sollte eigentlich Nachfolger des Nachfolgekandidaten Mzali werden. „Wenn du mir nachfolgst, mache Raschid Sfar zu deinem Premier“, hatte Bourguiba Mzali geraten.

Der zweundschriftjährige Sfar, verheiratet und kinderlos, ist ein technokratischer Musterknabe. Geboren in Mahdia in der Nähe von Sousse, trat er nach entsprechendem Studium in Tunis und Paris in die Finanzkarriere ein und wurde mit 27 Jahren Leiter der Steuerinspektion. Mit vierundvierzig war er Industrie- ein Jahr später Verteidigungs-, wiederum zwei Jahre später Gesundheitsminister, seit 1983 Wirtschaftsminister und seit April dieses Jahres zusätzlich Finanzminister. Das Wirtschaftsressort wird er als Premier behalten. Sein Nachfolger als Finanzminister wird der bisherige Finanzminister Ismail Khellil.

Fachkenntnis und Fähigkeit stehen bei Sfar außer Frage. Er gilt als brillanter Wirtschaftsfachmann. So einen braucht Tunesien nötiger als je zuvor. Die Wirtschaft ist in der Krise, der soziale Frieden gefährdet. Solange Bourguiba mit seinem Mythos hin-



Brillanter Technokrat: Tunesiens Sfar

FOTO AP

ter Sfar steht, dem inhaftierten Volkstribunen, dem Gewerkschaftsführer Habib Achour und dem Sozialistenchef Ahmed Mestiri Paroli bietet, wird der neue Premier sich auf die Aufgabe konzentrieren können, die Rezession zu überwinden, und das ist schwierig und langwierig genug.

Bourguiba und seine Ratgeber brauchen einen solchen Mann. Doch das ist nicht alles. Es ist kein Geheimnis, daß die tunesische Innenpolitik in hohem Maße von Palastintrigen bestimmt wird. Werden die, die Sfar auf den Thron hoben, nicht irgendwann selbst die Macht innehaben wollen? Werden sie ihn nach getaner Tat fallen lassen oder gar vorher zum Stündenblock stampfen? Mzali, der weiß Gott kein schlechter Premier war, muß Sfar als warnendes Beispiel vor Augen stehen. Ihm gegenüber hat der Nachfolger des Nachfolgers nur einen realistischen Vorteil: Stunde um Stunde rückt das unabweichliche Ende des großen alten Bourguiba näher. Wer dann Premier ist, muß nicht Nachfolger sein. Doch er hat gegenüber anderen Präsidenten den Vorteil der Legalität.

## DIE MEINUNG DER ANDEREN

### BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Sie meinen zum Wasserpfeffeln:

Vom Gesetz einmal abgesehen - auch umweltschädlich ist das Gelbfeldschneckenprojekt spektakulär; denn nun gilt nicht mehr das Verursacherprinzip („Wer den Schaden anrichtet, muß ihn auch beseitigen“), sondern das von Späth und Weiser erfundene Nutznießerprinzip: Die Verbraucher sollen zahlen, nicht die Bauern, die das Grundwasser (und die Böden) mit Düngemittel- und Pflanzenschutzmitteln jahrelang vergiftet haben. Da paßt es ins Bild, daß sich jetzt auch die Industrie des Landes weigert, sich an der Sanierung der rund 6500 ehemaligen Abfall- und Industrieumdeponien, die ebenfalls das Grundwasser gefährden, finanziell zu beteiligen. Nun sollen die Kommunen dafür herhalten. Den letzten beißen die Hunde.

### BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Sie überlegt zum Fall Meißner:

Die Bundesregierung muß darauf achten, daß sie in der Angelegenheit des Nebenberufers-Spions Meißner nicht den Schwarzen Peter zugeschoben bekommt. Wenn Bonn die DDR-Vertretung wie eine belagerte Festung aussehen läßt, verschleibt sich die Optik, wird von den DDR-Medien demagogisch ausgeschlachtet und von der Ostberliner Führung als Vorwand für eine Verschlechterung der innerdeutschen Beziehungen genutzt. Diese ist zwar zur Zeit ohnehin von der DDR eingeplant, wie die abgelehnten Städtepartnerschaften und

### LE MATIN

Die Pariser Zeitung analysiert die Lage in Italien:

Das Aufeinanderprallen zwischen Bettino Craxi, dem starken Mann der Sozialistischen Partei Italiens, die ihre Rolle als Schlüsselinformation voll ausspielt, und Ciriaco de Mita, dem Vorsitzenden der Christdemokraten, der für seine Partei aufgrund ihrer Stimmenmehrheit die Führung innerhalb der Koalition beansprucht, blockiert gegenwärtig das Räderwerk des Bündnisses... Das Paradoxe ist, daß vorgezogene Wahlen - die von keiner der Regierungsparteien gewünscht, bei einem Andauern der Krise aber unvermeidlich werden - an dem Problem vermutlich nichts ändern würden. Dies zeigte erst kürzlich die Regionalwahlen in Sizilien, die die gegenwärtige Koalition gestärkt haben.

### Schwarzwälder Bot

Das Oberwälder Blatt analysiert die DGB-Haltung zur Kernenergie:

Gewiß: Der DGB hat das einstimmige Votum bekräftigt, daß - aus vielerlei Gründen - ein sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie für die Gewerkschaften nicht in Frage kommt. Aber überzeugend ist eine präzise Grenzziehung zwischen notwendiger, hinnehmbarer und überflüssiger Kernkraftwerkskapazität nicht genutzt. Der Grund dafür ist weder mathematisch noch kernphysikalisch, sondern wahlpolitisch.

Diesem Intrigenspiel hat Frau Thatcher durch eigene Ungeschicklichkeit eine Vorlage gegeben. Bei der Commonwealth-Konferenz im Herbst 1985 in Nassau auf den Bahamas hatten die heutigen Sanktionen-Vorkämpfer sich mit der bescheidenen Lösung begnügt, eine „Eminent Persons' Group“ (führender Angehöriger des Commonwealth) zu Sondierungen nach Südafrika zu entsenden. Diesen Erfolg stellte Frau Thatcher selbst in Frage, als sie anschließend mittele, Großbritannien habe bei diesem Kompromiß kaum nachgegeben. Sie veranschaulichte dies, indem sie Daumen und Zeigefinger nur etwas mehr als einen Zentimeter spreizte. Über ihre Kollegen, die überwiegend schon damals weitergehende Sanktionen forderten, sagte sie: „Sie sind zu der Einsicht gekommen...“

Damals mehr oder weniger verschaukelt und jetzt noch in Frau Thatchers Fernsehinterview indirekt, aber unmissverständlich als „unmoralisch“ abgestempelt, hat das Commonwealth nun eine Front gegen Frau Thatcher aufgebaut, die den Rahmen der ursprünglichen Sache - Sanktionen gegen Südafrika - zu sprengen droht. Da vermeldet Samhias Präsident Kaunda, er würde nie „Ihre Majestät“ desavouieren, denke aber dennoch an einen Ausstieg aus dem Commonwealth. Die Kanadier, ebenso wie die Australier, bereiten Alleingänge gegen Pretoria vor.

Und schließlich benutzen bisher bereits dreißig Regierungen die Commonwealth-Spiele, die am Donnerstag in Edinburgh beginnen sollen, als Geisel in ihrer Auseinandersetzung mit Frau Thatcher. Nicht mit der Queen, nicht mit Großbritannien, sondern ganz persönlich mit der Premierministerin.

Es ist eine Tragik, daß über die Folgen „umfassender, verbindlicher Sanktionen“ heute kaum mehr jemand spricht. Ihre heftigsten Verfechter wollen nichts anderes, als Frau Thatcher in die Knie zwingen. Sie hat ihnen allerdings weitgehend die Handhabe dafür gegeben.



# Im Freiburger „Grün“ herrscht der Ausnahmezustand

**Hausbesetzungen, Straßenschlachten, Piratensender, Farbschmierereien und Gefangenentherapie: Freiburg, die idyllische Stadt am Rande des Schwarzwaldes, droht zum Zentrum links-extremistischer Chaos zu werden.**

Von HARALD GÜNTER

Im „Grün“ war früher einmal eine gute Adresse. Jetzt herrscht in dem kompakten Wohnviertel am Rand der Freiburger City der Ausnahmezustand. Die alten Bürgerhäuser, einen Steinwurf von der Universität entfernt, wirken heruntergekommen, mit dem Putz ist auch der spröde Charme der Jahrhundertwende abgeblüht.

Dafür zieht anderer Schmuck die Fassaden. „Tod dem Stümper“ hat eine gleich auf mehrere Hauswände gesprüht. Das gilt Baden-Württemberg Landespolizeipräsidenten. Dazwischen Parolen gegen Reagan, die „Bullen“, Wackersdorf, Stammheim und die „NATO-Kriegspolitik“, für Nicaragua, Anarchie und Daisy Duck. Dem Oberbürgermeister ist ein stilisierter Grabhügel gewidmet. „Böhme“, steht daneben, „wir kriegen dich.“

„Im Grün“ gibt es kaum ein unbeschriftetes Haus. Studenten, Spontis, „autonome“ Linke und alternative Wohngemeinschaften beherrschen das Viertel, seit es vor Jahren zum Sanierungsgebiet erklärt wurde. „Willi 36“, das besetzte Haus in der Wilhelmstraße, am Ausfallort zur Innenstadt, ist eine Art Fanzine. Über „fünf Jahre Mietkampf“ hat es schon hinter sich. Eine wehrhafte Festsung, deren Zwangsäumung bisher daran scheiterte, daß die Stadt gegen den einzigen Mieter, einen Strohmann der Szene, keinen „vollziehbaren zivilrechtlichen Titel“ in der Hand zu haben glaubte.

## Die Stadt zahlt die Alternativ-Kultur

Auch „Erbse 20“, das zweite von insgesamt vier besetzten Gebäuden in Freiburg, liegt in diesem Planquadrat, in der Erbprinzenstraße. Und natürlich die berühmte Gretersche Fabrik. Mit dem Geld-Segen der Stadt entfaltet sich in den Betriebsgebäuden einer ehemaligen Gießerei Freiburgs Alternativkultur.

„Im Grün“ ist aber auch polizeiliches Notstandsgebiet. Hier versük-

kern gewalttätige Demonstranten nach getaner Arbeit, eskalieren „Straßenschlachten“ zu Straßenschlachten, fliegen Steine und Fäuste gegen grüne Uniformen. Wenn in der Wilhelmstraße zwei Autos zusammenstoßen, muß die Verkehrsstreife in doppelter Besetzung anrücken. Zwei Mann, die den Unfall aufnehmen, zwei für Sicherungsaufgaben.

Gezielte Ermittlungen, ob bei der Personenfahndung oder auf der Suche nach dem Piratensender „Radio Dreyeckland“, den die Behörden nach wie vor in der Greterschen Fabrik vermuten, sind nur unter massivem Kräfte-Einsatz möglich. Andernfalls zerbricht die Amtsbürokratie der Polizei an der gegnerischen Übermacht. Erst Mitte Juni wurden im Anschluß an eine Südafrika-Randale zwei festgenommene Frauen von Gestimmten wieder aus dem Streifenwagen geholt. Das war die zweite Gefangenentherapie innerhalb von vier Wochen. Zwei Zivilfahnder wurden im Handgemenge schwer verletzt. „Man kann nur von Glück sagen“, meint Gerhard Beck, Pressesprecher der örtlichen Polizeidirektion, „daß noch keiner geschossen hat.“

„Im Grün“ ist sicher nicht ganz Freiburg. Aber Freiburgs Sicherheitsprobleme kulminieren in diesem Viertel. Die Breisgau-Metropole, 174 000 Einwohner, Tor zum Hochschwarzwald, von Studenten und Touristen ob seines südländischen Flairs geschätzt, weist nicht nur die höchste Kriminalitätsrate in Baden-Württemberg auf. Sie ist auch, wie es im Stuttgarter Verfassungsschutz-Bericht heißt, „Schwerpunkt links-extremistischer gewalttätiger Aktivitäten“. Seit 1982, einem Jahr relativer Ruhe, hat sich die Zahl unfriedlicher Demonstrationen mehr als verdreifacht. Der angerichtete Sachschaden betrug allein 1985 rund 700 000 Mark. Und die Brutalität der Szene nimmt zu. „Freiburg“, bestätigt Landespolizeipräsident Alfred Stümper, „ist zur Zeit die Stadt, die uns die größten Sorgen macht.“

Zwar dürfte der harte Kern der Chaos-Truppe nach wie vor aus nur 40 bis 80 Mann bestehen. „Typisch für Freiburg“, so Stümper, ist jedoch das Phänomen, daß dieser Kreis sehr rasch eine große Zahl gewalttätiger Störer mobilisieren kann. Dann rollen ein paar Hundertschaften durch die Innenstadt, werfen Fensterscheiben ein, beschmierern öffentliche Gebäude, Banken und Kirchen. Hilfe bekommen sie neuerdings sogar aus einem ganz anderen Lager. Die



Farbschmierereien und gepinselte Parolen an Hauswänden gehören zum Alltagsbild in Freiburg: Sie machen die Ziele der Chaosler deutlich.



Beliebt nachts und bevorzugter Treffpunkt ist das Ufer unter der Dreisam-Brücke: Die Punker sind willige Hilftropfen der Chaosler.

Punkszene, eine Ansammlung hoffnungsloser Sozialfälle aus dem ganzen Bundesgebiet, fällt immer häufiger die Sturmstaffeln der radikalen Linken auf.

Das alles beschäftigt nicht nur die Polizeiführung. Auch Norbert Nothelfer, Südbadens Regierungspräsident, meinte vor Wochen, die Sicherheitslage der Stadt gebe „Anlaß zu ernster Sorge“.

## Sicherheit der Bürger nicht mehr gewährleistet

Und in Stuttgart sah sich die CDU-Landtagsfraktion zu einer Parlamentsinitiative veranlaßt. Freiburg, klagten die Abgeordneten, stelle sich zunehmend als „Hauptstadt der Chaosler“ dar, in der „die Sicherheit der Bürger nicht mehr in zureichendem Maß gewährleistet“ werden könne.

Damit war das politische Sommertheater eröffnet. Nothelfer, assistiert von der örtlichen CDU, hatte nämlich alsbald die Wurzel allen Übels ausge-

macht. Und das war aus seiner Sicht die „Appeasementpolitik“ des sozialdemokratischen Oberbürgermeisters Rolf Böhme, seit Ende 1982 Chef im Rathaus, habe erst ein Umfeld entstehen lassen, in dem sich Hausbesetzer, Farbschmierer und Gewalttäter „wie Fische im Wasser“ tummeln konnten. Von einer „Infrastruktur der Chaosler“ war die Rede, von „rechtsfreien Räumen“ und „Angstrevieren“, die durch die „großzügige Grundstücksüberlassungspolitik“ der Stadt, namentlich „Im Grün“, entstanden seien. Und davon, daß jetzt endlich Schluß sein müsse. „Ich wünsche“, sagte Nothelfer, inzwischen ganz kommunale Aufsichtsbehörde, „daß Recht und Ordnung in dieser Stadt sich durchsetzen können.“

Das wünschen andere auch. „Die Masse der Bürger steht hinter ihnen“, heißt ein Fendler aus Kirchzarten, setzt über die „anarchistischen Zustände“ in Freiburg, den Regierungspräsidenten wissen. Das Leben dort müsse wieder „erträglich“ werden. Ein anderer Briefschreiber verlangte „unbedingt wieder“ eine Stadt, „wie sie einmal war“. Schön, sicher und sauber. Die Post füllt inzwischen einen dicken Ordner, die Telefone im Basler Hof, dem Amtssitz Norbert Nothelfers, stehen nicht mehr still.

Betroffene findet man überall. Den Geschäftsmann in der Kaiser-Joseph-Straße, dessen Umsatz zurückgeht, weil die auswärtige Kundschaft ausbleibt. Die Frimlie, die aus dem Stadtkern in eine ruhigere Randlage zieht, den Passanten, den betrunkenen Punker angepöbelt und dann vollgepinkelt haben, den Spaziergänger, der sich abends nicht mehr in den Colomhikpark wagt. Den CDU-Kreisgeschäftsführer, der ein Vierteljahr in einem besetzten Haus ausgehalten hatte, bevor er sein Büro verlegen mußte, weil der Besucherverkehr im Unrat steckenblieb. Oder den Inhaber eines mittelständischen Dentallabors. Regelmäßig läßt er sein Firmengebäude von Wandmalereien säubern, die ebenso regelmäßig wiederkehren. Warum ihm, der nichts als falsche Zähne herstellt, ständig RAF-, SS- und Anti-Atom-Parolen an

die Wand gepinselt werden, bleibt eines der ungelöstesten Freiburger Rätsel.

Dennoch ist auch das typisch für die Szene. Keine andere Stadt im Bundesgebiet leidet so unter der Willkür ihrer Schmierfinken. Der Tourist nimmt's manchmal kaum wahr, staunt sogar, wie in diesen Tagen, über die vielen blitzblanken Häuserfronten in den Gässchen um den Münsterplatz. Aber dann liegt das daran, daß wieder einmal die Reinigungsstrümpfe unterwegs waren. Stadtverwaltung und Geschäftswelt lassen sich Freiburgs Sauberkeit viel kosten.

## „Toleranz – es gibt kein anderes Rezept“

Um so betroffener ist der Oberbürgermeister über die in den letzten Wochen eskalierte Sicherheitsdiskussion. Denn Rolf Böhme sorgt sich um den Ruf der Stadt. Nicht so sehr wegen der Probleme, die er als Erblast mit sich herumschleppt, seit er dieses Amt bekleidet. Es ist die „negative Stimmungsmache“ der CDU, die in Böhmes Augen ein „absolutes Zerrbild“ der Lage vermittelt und das Ansehen Freiburgs zu beschädigen droht. Für ihn gibt es keine „rechtsfreien Räume“ oder „Angstreviere“. Dafür aber eine Politik der Toleranz, der sozialen Befriedung, wie sie Rolf Böhme nennt, die individuelle Entfaltungsmöglichkeiten schafft und den gutwilligen Teil der alternativen Jugendbewegung integriert. „Es gibt kein anderes Rezept“, sagt Böhme.

Oder doch? Regierungspräsident Nothelfer hatte der Stadt vor zwei Wochen einen Katalog vertraulicher „Anweisungen“ zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung zukommen lassen. Darüber wird jetzt intern gestritten. Ob das „Instrumentarium“, auf dessen Anwendung die Rechtsaufsichtsbehörde dringt, überhaupt greift, ist allerdings sehr die Frage. Der Teufel steckt im formaljuristischen Detail. Und so blieb es bisher beim kleinsten gemeinsamen Nenner. Das war die dem Innenminister in Stuttgart abgehandelte Verstärkung der Polizeikräfte.

# Bronze oder Eisen, alles kommt unter den Hammer

Es sind Kostbarkeiten, die das Herz eines Tennis- oder Golfspielers schneller schlagen lassen. Und es sind Erinnerungen an eine Zeit, als Sport noch eine Sache für Begüterte war. In London werden Golf- und Tennis-Requisiten versteigert.

Von HEIDI BÜRKLIN

Vielleicht, sagt Hilary Kay von Sotheby's hoffnungsvoll, „vielleicht ist hier etwas für Boris Becker dabei.“ In der Tat hätte der zweifache Champion hier einmal mühselig Gelegenheit, seiner Wimbledon-Trophäe weitere Tennis-Ikonen hinzuzufügen. Er bräuhete nur leicht die Hand zu heben. Denn Sotheby's in London hat in seiner Sportfreunden gewidmeten Auktion heute erstmals Tennis einbezogen. Ein Star – und für Boris sehr geeignet – wäre da der fesche Tennisspieler, der gerade schwungvoll zu einer Rückhand ansetzt: in langen Hosen, mit aufgerollten Hemdsärmeln und so wohlgeschneidert, wie man es seit Gottfried von Cramms Zeiten nicht mehr erlebt hat. Er ist aus Bronze und wurde von dem österreichischen Bildhauer Anton Rupold Weinberger im Jahre 1912 modelliert.

„Es handelt sich hier wohl um einen frühen mitteleuropäischen Champion“, mutmaßt Sotheby's und bezieht sich auf 2000 bis 3000 Pfund.

Wer für diesen Ballsport noch mehr hinblättern will, kann sich auch eine auf 10 000 Pfund geschätzte Tennismaschine in makellos weiblichen langen Kleid und Hut an die Wand hängen. Oder für 5000 bis 7000 Pfund das Konterfei des 14jährigen Lord Foley erwerben. Der posiert mit messerscharfer Falte in den Bermudas und blauem Hemd, so blau wie der Himmel hinter ihm.

Da wird Tennis auf einer silbernen Zigarettendose gespielt (200 bis 310 Pfund) und auch ein feuriger Ballwechsel auf einer kunstvollen Gürtelschnalle ausgetauscht (350 bis 500 Pfund).

Für Fans, die Tennis auch beim Essen nicht missen wollen, wird ein Untersatz serviert, natürlich in Form eines Schlägers, der elegant Salz-, Pfeffer- und Senf-Bälle balanciert (200 bis 300 Pfund).

In Deutschland entstand um 1900 ein Tennispärchen in Keramik, das man jedoch romantischer in Kostüm des 18. Jahrhunderts gesteckt hat (150 bis 180 Pfund).

Galante Spieler können ihre Partnerin mit einer Brosche erfreuen: Dieser Schläger ist aus Gold und mit Diamantrosen besetzt (500 bis 600 Pfund). Den Durst schließlich kann man aus einem Becher löschen, auf dem sich ein heißes Doppel abspielt (400 bis 800 Pfund).

Sollte diese Auktion als As einschlagen, dann soll Tennis auch weiterhin auf die Sportliste gesetzt werden.

Tradition hingegen hat das Golf-

Angebot. Pünktlich zur Zeit der britischen Golfmeisterschaften – diesmal werden sie in Schottland ausgespielt – werden die Köder ausgelegt. Denn dann, so kalkuliert man im Auktionshaus, sind die Gemüter der Golf-Fanatiker genügend angeheizt, um auch in die Golfkunst zu investieren. Deutsche, so zeigt die Statistik, behalten den kühleren Kopf. Dafür liefern sich Briten, Amerikaner, Japaner und auch Skandinavien die Bietgefechte.

Stars sind diesmal vier Golfschläger aus dem 18. Jahrhundert. Zwei Eisenschläger mit Eschenschäften verlangten nach einem starken Arm. Vor 66 Jahren wurden sie im Büro des Sekretärs des Golfclubs von Goodwood zufällig gefunden. Kann ihr Schätzpreis von je 2000 bis 3000 Pfund über den bisherigen Golfschlägerrekord von 4500 Pfund klettern und damit Golfschläger machen? Daß zwei weitere Schläger aus dem 18. Jahrhundert bis heute überlebt haben, ist eine Rarität, denn sie sind aus dem viel vergänglicheren Holz geschnitten (Schätzpreis je 1500 bis 2200 Pfund).

Wer nicht nur das Allerneueste auf dem Golfmarkt schätzt, mag sich auch für einen erstklassigen Schläger anno 1840 erwärmen (1200 bis 1500 Pfund). Ein Eisenschläger mit einem regulierbaren Schlagwinkel hingegen, der ein ganzes Set erspart, ist



5000 Pfund soll dieser bronzene Champion aus dem Jahre 1912 bringen. FOTO: SOTHEBY'S

heute für den Schätzpreis von 250 bis 350 Pfund zu haben.

Mehr skurril als erst gemeint war wohl eine Maschine zur Herstellung von Golfschlägern, die W. Heath Robinson „konstruierte“. Sein Gemälde wird auf der Auktion für 1200 bis 2000 Pfund geschätzt.

Rar und teuer sind die sogenannten „Federbälle“, handgenäht und mit Gänsefedern ausgestopft. Einer dieser Bälle von anno 1859 ist durch die handgeschriebene Mitteilung geadelt, daß mit ihm einst der Prinz von Wales gespielt habe. Er ist dementsprechend auf 1800 bis 2200 Pfund taxiert.

Da kann man sich eine reichlich mit Girlanden garnierte Goltrophäe erkaufen (Schätzpreis 800 bis 1200 Pfund) und seine Cocktails in einer kleinen Golftasche aus Chrom zu rechtschüteln (350 bis 400 Pfund).

Auf einem englischen Keramikteiler von 1920 prostet sich schließlich zwei Gentlemen, einen Golfplatz vor Augen, zu. Darüber ist kunstvoll und schwungvoll der Titel gepinselt: „Das 19. Loch“.



Schloßberggäßchen in Freiburg: Sterne an der Fassade, Plakate und Demonstrationssprüche signalisieren – das Haus ist besetzt. FOTOS: THOMAS MEYER

# Delta fliegt nach über 100 USA-Städten. Von Küste zu Küste.

Von New York bis Texas, von Florida bis Kalifornien fliegen Sie mit Delta durch die USA. Buchen Sie Delta-Flüge nach Atlanta. Oder von Frankfurt nach Dallas/Ft. Worth. In beiden Städten haben Sie bequeme Anschlußflüge nach 100 Städten in ganz USA.

Und auch ab New York und Boston hat Delta regelmäßigen täglichen Service in fast alle

Städte der USA.

Wenden Sie sich an Ihr Reisebüro. Oder rufen Sie Delta direkt an. Die Tel.-Nr. in Frankfurt (069) 25 60 30, in München (089) 129 90 61, in Stuttgart (0711) 226 21 91. Delta-Reservierungsbüros sind in der Friedensstraße 7, 6000 Frankfurt/Main, Maximiliansplatz 17, 8000 München, Königstraße 1b, 7000 Stuttgart. Flugplanänderungen vorbehalten.

**DELTA.**

The Airline Run By Professionals®

USA-Flüge auch ab Paris, London und Shannon, Irland.





### Liste im AA Ursache der Asylantenflut?

**E.N. Bonn**  
Der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Uwe Barschel, kritisierte gestern eine Liste des Auswärtigen Amtes, die festlegt, in welche Länder aus humanitären Gründen nicht abgeschoben werden darf. Sie sei dafür verantwortlich, dass sich Asylanten, die eigentlich Wirtschaftsfüchtlige sind, aus der Bundesrepublik Deutschland nicht wieder in ihre Heimatländer abgeschoben werden dürfen. In der Sendung „Bonner Perspektiven“ des ZDF forderte Barschel angesichts der gegenwärtigen Asylantenflut die Bundesregierung auf, diese Liste zu „durchforsten“, in der außer Ostblockländern auch Äthiopien, Libanon, Iran und viele weitere Länder verzeichnet seien.

In derselben Sendung meinte der FDP-Bundestagsabgeordnete Burkhard Hirsch, die Bundesrepublik habe erst 63 000 politische Flüchtlinge aufgenommen, „und ich glaube, daß wir uns das leisten können“. Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann, der wie andere führende CDU/CSU-Politiker eine Änderung des Asyl-Artikels 16 des Grundgesetzes fordert, meinte in der Sendung, ohne eine „Ergänzung“ der Gesetzgebung werde man im nächsten Jahr wahrscheinlich nicht wie 1986 rund 100 000, sondern 200 000 Asylbewerber in der Bundesrepublik haben.

### Verwaltungsgericht genehmigt Festival

**dpa, Regensburg**  
Das geplante „Anti-WAAnsmis-Festival“ in Burglenfeld nahe des Baugebietes der Wiederaufbauarbeiten Wackersdorf darf am kommenden Wochenende stattfinden, entschied das Regensburger Verwaltungsgericht. Es erklärte zur Begründung, die Gefahr von Ausschreitungen am Bauzaun könnte

**Wer sagt denn, es gibt keine Berufs-Chancen mehr?**

In der WELT finden Sie jeden Samstag viele Seiten Stellenanzeigen für Fach- und Führungskräfte.

### DIE WELT

durch ein Verbot des Festivals zurecht. Die bayerische Landesregierung kündigte an, sie werde beim Verwaltungsgericht in München Beschwerde einlegen. Nach Erkenntnissen des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz wollen potentielle Gewalttäter anreisen.

### Engagement gegen Abtreibung wächst

**idea, Bonn**  
Die 1985 gegründete Initiative Christdemokraten für das Leben (CDL), die sich als konstruktive Opposition gegen die Abtreibung versteht, findet wachsende Zustimmung bei Landes- und Bundestagsabgeordneten sowie an der CDU-Basis. In den letzten Wochen seien allein vier Kreisverbände der CDU geschlossen der CDL beigetreten. Die Zahl der Einzelmitglieder habe sich auf über 700 erhöht, teilte die CDL-Vorsitzende Johanna Gräfin von Westphalen (Mischeide), der Mitgliederversammlung in Bonn mit. Immer mehr Bürgern werde bewußt, argumentierte sie, daß Abtreibung Tötung menschlichen Lebens und damit verboten sei. Die hohe Zahl von Abtreibungen aufgrund sozialer Indikation bezeichnete die Gräfin als „Hohn auf den Rechtsstaat“.

### „DDR“ würdigt Männer des 20. Juli

**AP, Berlin**  
Die „DDR“ hat anlässlich des 42. Jahrestages des Attentats auf Adolf Hitler am 20. Juli 1944 die deutschen Widerstandskämpfer um Graf von Stauffenberg gewürdigt. Sie spricht von einer engen Verbindung zum Widerstand der Kommunisten. Das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ schrieb, die Grundlinien der von den Männern um Stauffenberg geplanten Politik hätten im Kern den antifaschistischen Zielen deutscher Kommunisten entsprochen. Man habe zum Beispiel Schlüsselmomenten in das Eigentum der öffentlichen Hand überführen wollen.

DIE WELT (USPS 685-570) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 508 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 508 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

## Berliner machen jetzt ihrem Unmut Luft

Transparente mit: „Asylanten raus“ / Polizeischutz für Notunterkunft auf Neuköllner Sportplatz / Zustrom hält an

**DIETER DOSE, Berlin**  
Erste Proteste der Bevölkerung, bis auf den letzten Platz belegte Notquartiere und unvermindert anhaltender Zustrom von Asylanten aus dem Nahen Osten, Afrika und Asien - die Situation am Wochenende in West-Berlin. Von Freitagabend bis Sonntagmorgen wurden rund 400 Asylbewerber von der Polizei, vor allem bei Kontrollen auf den Bahnhöfen der innerstädtischen Verkehrsmittel, aufgegriffen und in die Notunterkünfte gebracht.

„Die Unterkünfte einschließlich der beiden Zelte platzen aus den Nähten“, erklärt ein Mitarbeiter der Sozialbehörde. Weitere Quartiere müssen jetzt in Privatpensionen geschaffen werden, um die Asylanten kurzfristig unterzubringen. 15 Mark pro Nacht und pro Bett zählt der Senat. Die Asylbewerber erhalten sogenannte Kostenübernahmescheine. Etwa 250 Betten stehen in den Pensionen zur Verfügung.

Bürgerproteste im Stadtteil Neukölln: In der Walkenrieder Straße, mitten in einem Wohngebiet, wurde auf einem Sportplatz ein Zelt mit 120 Betten aufgestellt. Als am Samstag die ersten Asylbewerber eintrafen, nahmen die Anwohner eine drohende Haltung ein. Zeitweise mußte die Polizei den Schutz des Zeltes übernehmen. Schon am Freitagabend hatten etwa 50 Personen die Zufahrt zum Sportplatz blockiert und versucht, den Aufbau des Zeltes zu verhindern. Am Zaun wurden Transparente („Asylanten raus“, „Wir sind und bleiben Deutsche“, „Wo soll unsere Jugend jetzt Fußball spielen?“) angebracht.

Auch am Sonntag versammelten sich mehrfach Gruppen von Bürgern aus Protest vor dem Sportplatzgelände.

Auf dem Ostberliner Bahnhof Friedrichstraße hat die „DDR“-Grenzpolizei ihre Einsatzkräfte verstärkt. Auf den drei Bahnsteigen, auf denen die S- und U-Bahnzüge in Richtung West-Berlin abfahren, halten sich ständig Greppostreifen, bestehend aus mindestens je drei Mann, auf. Sie sollen verhindern, daß sich die Asylanten nach dem Passieren der Paß- und Zollkontrolle längere Zeit auf den Bahnsteigen aufhalten.

Aus Ost-Berlin kommende Reisende haben beobachtet, daß die Kontrollen der Asylanten auf dem Bahnhof Friedrichstraße durch die

„DDR“-Grenzorgane sehr zügig vorgenommen werden. „Man hat den Eindruck, daß man sie möglichst schnell loswerden will“, berichtet ein Reisender.

Das wird auch vom Ostberliner Flughafen Schönefeld berichtet. Sofort nach Anflug der Maschinen fahren die Busse zum nahegelegenen S-Bahnhof, von dem die Ankömmlinge zur Friedrichstraße gelangen.

Vor allem die aus Istanbul in Schönefeld eintreffenden Maschinen sind bis auf den letzten Platz ausgebucht. Diesen Weg nach Berlin benutzen vor allem die Iraner. Die Behörden haben die Erkenntnis, daß der Asylantenstrom ähnlich wie „Gruppenreisen“ organisiert wird. So wurde in der Nacht zum Samstag auf dem West-

berliner Bahnhof Zoo eine Gruppe von 22 Iranern aufgegriffen, die geschlossen angekommen war.

Anfang der Woche soll die Ausländerbehörde in Berlin noch einmal verstärkt werden. Der Senat will versuchen, die Bearbeitungszeit der Asylanträge von derzeit sieben Wochen auf drei Wochen zu verkürzen und einen schnelleren Weitertransport in die übrigen Bundesländer zu erreichen.

Berlins Behörden stehen unter Zeitdruck. Denn Mitte August enden die Schulferien. Bis dahin müssen die gegenwärtig mit Asylanten belegten Turn- und Sporthallen wieder freigegeben werden. Ein Ende des Asylantenstroms ist aber nicht abzusehen. Inzwischen gehen die Befürchtungen der Behörden so weit, daß bis Ende Juli mit insgesamt 6000 Asylbewerbern gerechnet wird, nachdem es im Vormonat 3800 waren.

In einem Beitrag für die „Berliner Morgenpost“ hat der ehemalige Innenminister Heinrich Lummer (CDU) erneut die Änderung des Grundgesetzes gefordert. Mit mehr Personal und den Behörden, so Lummer, sei es nicht möglich, die schnellere Verteilung der Asylanten von Berlin aus zu gewährleisten, sondern verlagere es sich. „Die steigende Flut der Asylbewerber will für den Aufmerksamkeitsbereich der Bundesländer vorerhebbar“, schreibt Lummer. „Wer vor Jahren die Änderung des Grundgesetzes forderte, um das Problem zu lösen, stand fast allein da und wurde verschrien. Jetzt, mit steigender Flut der Zahlen, wird der Chor größer.“



Inszenation: Die Polizei wartet schon auf die Asylanten. FOTO: AP

### EKD: Kein Geld für Terror in Afrika

**epd/idea, Hannover**  
Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hat sich erneut gegen Vorwürfe gewandt, sie unterstütze Gewalt und Terror in Südafrika. „Schlamm und unbegründet“, nannte EKD-Afrikareferent Rudolf Hinz entsprechende Darstellungen. Die von der EKD an den Südafrikanischen Kirchenrat gegebenen Gelder würden nicht zur Unterstützung des Afrikanischen Nationalkongresses genutzt. Das hatte das Fernsehmagazin „Report“ des Bayerischen Rundfunks behauptet.

Rund drei Millionen Mark hat der Südafrikanische Kirchenrat im vergangenen Jahr erhalten, teilte das EKD-Kirchenamt in Hannover mit. Davon seien 2,4 Millionen in einen Entwicklungsfonds geflossen, mit dem Projekte in armen und abgelegenen ländlichen Gebieten Südafrikas gefördert würden. 420 000 Mark seien bestimmt für Sozialhilfen an politische Gefangene und deren Familien. 1984 wurde aus EKD-Mitteln außerdem eine halbe Million Mark für einen Studien- und Stipendienfonds des Südafrikanischen Kirchenrates bewilligt. Dieser Zuschuß hat eine Laufzeit von drei Jahren. Außerdem erhielt der Südafrikanische Kirchenrat 1985 rund eine Million Mark von der Aktion „Brot für die Welt“ und vom Evangelischen Missionswerk. „Brot für die Welt“ stellte für den vergangenen Jahr eingerichteten „Nationalen Notfonds“ 500 000 Mark zur Verfügung. Daraus werden Opfer des Ausnahmezustandes unterstützt.

Der Vizepräsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Paul Brochier, im Pressedienstes idea: „Es sind Minderheiten, die speziell in der evangelischen Kirche - Kirchensteueramt für die Finanzierung von kommunistischen „Befreiungsbewegungen“ einsetzen, die dann wiederum, wie das in Afrika geschehen ist, Missionare und Missionarinnen ermorden.“

### Städtetag lehnt den NRW-Medienentwurf ab

Heftige Kritik auch von den SPD-Oberbürgermeistern

**WILM HERLYN, Düsseldorf**  
Auch der nordrhein-westfälische Städtetag hat sich entschieden gegen den Referentenentwurf der SPD-gelassenen Landesregierung für ein Landes-Medienentwurf ausgesprochen. Er verabschiedete einstimmig - also auch mit den Stimmen der SPD-regierten Großstädte - Empfehlungen zur Medienpolitik, die dem Entwurf teilweise grundsätzlich widersprechen.

Nur in einem Punkt widersetzen sich die Städte nicht dem Entwurf. Denn kommunale Träger sollen sich danach an privaten Rundfunkprogrammen auf lokaler Ebene höchstens bis zu einem Viertel - und nicht wie geplant bis zu einem Drittel - beteiligen können. In den wesentlichen Punkten aber widerspricht der Städtetag.

So geht der Gesetzesentwurf mit keinem Wort auf die wirtschaftlichen Folgen der Einführung von Lokal-TV ein. Dagegen erklärte nun der Städtetag, den „berechtigten“ wirtschaftlichen Belangen der „Printmedien“ sei Rechnung zu tragen. Vor allem sei darauf zu achten, daß die Zeitungsvielfalt nicht beeinträchtigt werde.

In seiner Reaktion auf den Entwurf spricht sich der Städtetag auch gegen ein striktes Verbot für Werbung an Sonn- und Feiertagen aus. Dazu besteht keinerlei Veranlassung, erklärten auch sozialdemokratische Mitglieder des Städtetages.

### Klärung gefordert

Ebenso wünscht der Verband nach einer Erklärung seines Vorsitzenden, des Kreisleiter Oberbürgermeisters Dieter Pützhofer, eine Klärung über die Regelung, daß jeder Programmanbieter bis zu 15 Prozent der Sendezeit für „nicht erwerbswirtschaftlich orientierte Organisationen“ zur Verfügung zu stellen habe. Dies kann sich nach Meinung Pützhofers nicht

auf das Vollprogramm, sondern nur auf lokale Programmteile beziehen.

Eine besondere Vorrang-Regelung für gemeinnützige Programmanbieter werde abgelehnt. Es reiche der Grundsatz, daß lokaler Rundfunk dem Gemeinwohl verpflichtet sei.

Zur Überwachung von Lokalprogrammen hält auch die Spitzenorganisation der NRW-Großstädte lokale Medienräte für ein geeignetes Instrument. Doch wünsche man sich ein anderes Auswahlverfahren, als dies im Gesetzesentwurf vorgesehen sei.

### Wunsch nach Einfluß

Nach dieser Kritik, die auch aus dem SPD-Lager kommt, gibt es kaum eine Organisation des Landes, die den Referentenentwurf unterstützt. Allerdings werden auch Vorbehalte von überwiegend links angesiedelten SPD-Medienpolitikern und SPD-Journalisten laut, denen der Entwurf noch nicht weit genug geht. Sie wollen vor allem mehr Einflußmöglichkeiten der redaktionellen Mitarbeiter auf die Programme und fordern eine Präzisierung des Programmauftrages und Quoten für die Eigenproduktion. Außerdem verlangen sie verschärfte Sanktionsmöglichkeiten bei Verstößen gegen diese Auflagen. Der Entwurf enthält zu viele unbestimmte Rechtsbegriffe, die die Durchsetzung der Programmgrundsätze erschweren und zu weitreichenden Interpretationen ermöglichen würden. Wie auch die Gewerkschaften bemängeln diese Kriterien, daß SPD-Parteitagsbeschlüsse übergangen seien, die eine öffentlich-rechtliche Organisation ohne jegliche Werbefinanzierung gefordert hätten.

Der medienpolitische Sprecher der SPD-Landesfraktion, Jürgen Büsow, kündigte gegenüber der WELT am Wochenende an, die gebildete Kritik werde ihnen Niederschlag finden in dem neuen Gesetzesentwurf. Dieser werde Mitte September vorgelegt.

### Laienrichter blieb übrig

„Ähnlich wie die Problematik 1964, als der frühere US-Chefankläger Robert Kempner Strafanzeige gegen 20 Volksgerichtshof-Juristen wegen ihrer Beteiligung an Todesurteilen gegen Widerstandskämpfer des 20. Juli stellte“, berichtet Kähne. 12 waren bereits tot, sechs nicht zu ermitteln. Gegen den ehemaligen Oberstaatsanwalt Ernst Lautz kam es zu keiner Anklage, weil er schon im Nürnberger Juristenprozess verurteilt worden war. Übrig blieb ein Laienrichter. Das Verfahren gegen ihn wurde eingestellt.“

Rechtskräftige Verurteilungen von Volksgerichtshof-Angehörigen - Fehlzanze. Freisilber Schergen sind durchweg der Justiz durch die Maschinen geschlüpft. Auch der Fall des ehemaligen Nazi-Richters Hans-Joachim Rehe, der in den sechziger Jahren Aufsehen erregte, erledigte sich vor der letztinstanzlichen Ent-

### Väter der APO treffen sich zur „Analyse“

dpa, Frankfurt

Die APO plant ein Comeback: 16 Jahre nach der Auflösung des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) wollen sich „geistige Väter“ der früheren „Außerparlamentarischen Opposition“ (APO) - ehemalige Studentenfürher und andere „68er“ - in Frankfurt treffen, um die Rolle der linken Intelligenz in der aktuellen politischen Situation zu betonen. Nach den Vorstellungen der Organisatoren sollen zu der Tagung vom 21. bis 23. November mehrere hundert Alt-Linke und andere Interessierte kommen. Nach den Worten des SDS-Vorsitzenden der Jahre 1964 bis 1966, Helmut Schauer, soll das Treffen „Diskussionszusammenhänge herstellen“, aus denen heraus eine Analyse der „Krise der industriellen Zivilisation“ entwickelt werden kann.

Mehrere Vorbereitungstreffen verzeichneten nach einem Bericht der Berliner „Tageszeitung“ (taz) eine gute Resonanz. Zu Wort meldeten sich Hochschulprofessoren wie Einar Aitvater, Jürgen Habermas, Oskar Negt, Peter von Oertzen, Ulrich Freuss und Ursel Schmederer. Mit von der Partie sind, so die „Frankfurter Rundschau“, aber auch Parteimitarbeiter wie Tilmann Fichter (aus der Bonner SPD-Baracke) oder Christian Semler (heute Berater von grünen Europäern). Die Gewerkschaftsbewegung ist durch Schauer selbst vertreten, der beim IG Metall-Vorstand in der Abteilung Tarifpolitik arbeitet.

Der SDS war 1946 als Hochschulorganisation der SPD gegründet worden. Nachdem sich der Studentenbund zu einer Organisation mit radikalen linken Positionen entwickelt hatte, distanzierte sich die „Volkspartei SPD“ von ihr. Mitte der 60er Jahre wurde der SDS zur tragenden Säule der APO. Nach der SDS-Auflösung spaltete sich die radikale Linke auf in wesentlichen in marxistisch-orientierte „K-Gruppen“ und undogmatische „Spontis“.

## Hillmermeier sieht FDP als „Sicherheitsbremse“

Der verbale Schlagabtausch wird zusehends härter

PETER SCHMALZ, München

Die Vokabeln, zu denen Bayerns Innenminister Karl Hillmermeier greift, wenn er auf Äußerungen des Bonner Koalitionspartners zu Gewalttätigkeiten und Demonstrationen Strafrecht antwortet, nehmen in jüngster Zeit an Deftigkeit beachtlich zu. Nachdem er die liberalen Bundestagsabgeordneten Baum und Hirsch zu „Sicherheitsbremsen“ erklärt und ihnen eine „abgründige Unkenntnis der tatsächlichen Gegebenheiten“ bescheinigt hatte, nimmt der CSU-Politiker nun Bundesjustizminister Hans A. Engelhard ins Visier.

### Nur „Allgemeinplätze“

Den Zorn des bayerischen Innenministers hatte sich das Bonner Kabinettsmitglied durch Äußerungen in Bayreuth zugezogen: Um der Gewalttätigkeiten Herr zu werden, meinte der Justizminister, müßten nicht die Gesetze geändert werden, es mangle vielmehr angedacht überforderten Polizeibeamter am Vollzug bestehender Gesetze. Es fehle an flexibel einsetzbaren Polizeikräften, die in der Lage sind, außerhalb der zu schützenden Objekte „wenigstens einen Teil dieser Brüder festzunehmen“.

Für Innenminister Hillmermeier, vor Jahren selbst Justizminister in Bayern, sind diese Worte des Bonner Koalitionspartners, gebetsmühlenartig wiederholter Unsinn und „Allgemeinplätze“, die nichts anderes darstellen als den Ausdruck des schlechten Gewissens der FDP über ihre Bremsertätigkeit, mit der sie bessere Vorschriften zur Bekämpfung gewalttätiger Ausschreitungen aus Menschenansammlungen heraus verhindern“. Engelhard könne sich seine Bemalen, angesichts der Gesetzeslage vielfach undurchführbaren polizeitaktischen Empfehlungen sparen, er verwechsle offenbar theoretische Sandkastenspiele mit dem täglichen Einsatzgeschäft.

Das ist die kräftige Sprache des Wahlkampfes, der in Bayern mit Blick auf den 12. Oktober längst tobt und in dem sich CSU und FDP als erklärte Gegner gegenüberstehen. Das ist aber auch eine Sprache, die zum Teil die Wut und Empörung des innerlich stets gelassener wirkenden Innenministers Hillmermeier widerspiegelt, der seine Beamten im Zweifelsfall Fronten-Krieg sieht: vor Ort unter

den Angriffen der Stahlkugel-Schützen und von der politischen Bühne unter den Vorwürfen mangelhafter Arbeit.

In der Tat versichern erfahrene Einsatzleiter dem Innenministerium, sie hätten bei der gegenwärtigen Gesetzeslage keine Möglichkeit, Gewalttäter aus einer sich solidarisch verhaltenden Menge herauszuholen. Es sei oft ein Spießrutenlaufen für die Polizisten, in eine solche Menge einzudringen, wobei Kniffe, Stöße und Tritte noch die geringsten Belästigungen seien.

Die Beamten ständen unter permanenter Lebensgefahr. Der Führer eines Sonderreinsatzkommandos schildert folgenden Vorfall: Eine Einheit geht hintereinander in eine Menschenmenge hinein, wobei plötzlich der letzte Mann vermißt wird. „Friedliche Demonstrationen“ hätten ihn abgedrängt, zu Boden geworfen und waren dabei, ihn mit Faustschlägen zu traktieren. Der Polizeiführer: „Ein Faustschlag stecken wir weg, aber einige hundert können tödlich sein.“ Der Mann konnte von seinen Kameraden gerettet werden.

Auch die Versuche, außerhalb größerer Ansammlungen agierende verurteilte Chaoten festzunehmen, schlagen meistens fehl. Vor uniformierten Polizeikräften flüchten sie sich ohnehin unter dem Schutz der „friedlichen Kulisse“, aber auch Zivilbeamte der speziell geschulten Sonderreinsatzkommandos bleiben meist erfolglos. Ein in Wackersdorf erfahrener SEK-Beamter: „Die schöpfen sofort Verdacht, wenn einige von uns in ihrer Nähe auftauchen.“

### Anlaß für Kritik

Insoweit unterstützen die Beamten die Forderung des bayerischen Innenministers nach einer Gesetzesänderung. Aber sie sehen auch Anlaß für Kritik an ihrem obersten Dienstherren, der noch immer keinen Nachfolger für den seines Amtes enthobenen Regensburger Polizeipräsidenten vorzulegen konnte. Nur einen Präsidenten in die Wüste schicken, verbessert noch nicht die Einsatzfähigkeit der Einheiten vor Ort, heißt es aus Polizeikreisen. Aus dem Innenministerium ist zu hören, daß „sehr bald“ eine Lösung verkündet wird. Man rechnet damit, daß der Minister morgen einen neuen Polizeipräsidenten ernennet.



Ohne Listenplatz in NRW: Herbert Hupka hofft auf Hannover



Biedenkopf führt die Kandidatenliste an

## Biedenkopf sieht in Rau nicht den Hauptgegner

Listenpartei der NRW-CDU / Kein Platz für Hupka

**WILM HERLYN, Essen**  
Der nordrhein-westfälische CDU-Vorsitzende Professor Kurt Biedenkopf hat die Marschrichtung seiner Partei für die kommenden Bundestagswahlen angegeben. Er sagte, für die Union sei der entscheidende Gegner die SPD, nicht aber der Kanzlerkandidat der Sozialdemokraten, Johannes Rau. Er begründete dies mit seiner Ansicht, daß in den folgenden Monaten das Ansehen des NRW-Ministerpräsidenten auf Dauer verblasen werde. Dafür Sorge schon dessen eigene Partei, die Rau derzeit in NRW gefährliche Flanken öffne.

Dabei spielte Biedenkopf auf die uneinheitliche Beantwortung des Problems der Kernenergie durch die SPD an, bei der die Linke einen schärferen Kurs von Rau fordert, wie auch auf die Schulpolitik, die in den Einfluss von Ideologen gerät.

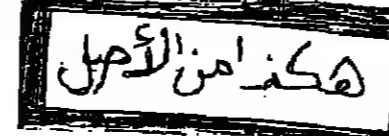
Dagegen hatte Rau vor Wochenfrist die Parole „Kohl oder Rau“ ausgegeben, was auf eine personalisierte Wahlkampfstrategie der Sozialdemokraten schließen läßt. Auch Biedenkopfs Stellvertreter Dieter Pützhofer, sagte, die Union werde Rau nicht persönlich diffamieren. Allerdings sei unübersehbar, daß NRW in einem sozialistischen Flitz erstickte. Die Isolierung von Kultusminister Schiewer, der Umgang des Wirtschaftsministers Jochimsen mit dem Reaktor in Hamm oder die Manipulationen des Städtebauministers Zöpel mit der Neuen Heimat seien Beispiele für Raus unfähige Regierung.

Biedenkopf erinnerte daran, daß vorwiegend die Stimmen aus der Arbeitnehmererschaft des Ruhrgebiets, die zuvor traditionell für die SPD votierten, die Wahlen 1983 für die Union entschieden hätten. Auch die Wahl am 25. Januar 1987 werde wieder in Nordrhein-Westfalen gewonnen oder verloren. Allerdings sei die CDU von

diesem Ziel noch „um einige Prozentpunkte“ entfernt. Damals hatte die Union ihr Ergebnis von 1980 von 40,6 auf 45,2 Prozent steigern können, während die SPD von 46,8 auf 42,8 Prozent absackte. Damit lag NRW nicht im Trend, sondern bestimmte ihr wesentlich für die Union. In absoluten Zahlen entsprache dies einem Votum von fünf Millionen Stimmen, sagte Biedenkopf am Wochenende in Essen vor der Landesdelegiertenversammlung, die die Landesliste für die Bundestagswahl aufstellte.

Dabei setzen sie ihren Vorsitzenden Biedenkopf mit nur einer Gegenstimme auf Platz 1. Auf den folgenden neun Plätzen rangieren Bundesarbeitsminister Norbert Blüm, Bildungsministerin Dorothee Wilms, Staatssekretär Horst Waffenschmidt, der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Hans-Heinz Hauser, Staatsminister Friedrich Vogel, Staatssekretärin Irmgard Karwatzki, der Chef der CDU-Ruhr Norbert Lammer, Staatssekretär Wolfgang Vogt und der Präsident des Bauernverbandes Konstantin Freiherr von Heereman.

Das Thema Herbert Hupka, Vorsitzender der Schlesischen Landesmannschaft, dem in seinem Wahlkreis Wuppertal die Direktkandidatur verweigert wurde, beschäftigt jetzt möglicherweise die niedersächsische CDU, die ihm vielleicht einen Platz auf ihrer Landesliste anbieten wird. Pützhofer bestätigte, es gebe Überlegungen und Gespräche, die in die Richtung Niedersachsen zielten. Er bekräftigte in diesem Zusammenhang, daß aus den Vorgängen um Hupka keine „sachliche oder substantielle Veränderung in der deutschlandpolitischen Linie“ der CDU abzulesen sei. Hupka sei in einem „rein demokratischen Verfahren“ unterlegen.





Wie man in Schwarzafrika die Frage der Sanktionen sieht / Londons Timing

# „Die Apartheid ist schlecht, aber man kann damit leben“

**ACHIM REMDE, Kampala**  
Vom rassendiskriminierenden Apartheidssystem in Südafrika haben Grace und ihr Onkel Jenkins im Radio gehört. Der arg lädierte japanische Transistor muß ein gutes Dutzend Jahre alt sein, die Klangqualität ist erbärmlich. Doch er tut seinen Dienst und läuft fast den ganzen Tag. „Wir hören BBC“, sagt der höhere Beamte aus einem ugandischen Ministerium.

Sie hören auch von den täglichen Unruhen in Südafrika und finden es richtig, daß die Welt daran Anteil nimmt und das Regime in Pretoria unter Druck setzen will, damit die Apartheid beseitigt wird. „Gott ist weder schwarz noch weiß“, sagen sie, doch sie glauben nicht, daß das Apartheidssystem so schlimm ist wie die gesetzlose Herrschaft der Soldaten unter Idi Amin oder Milton Obote, die sie selbst erlebt haben. „Die haben Menschen ermordet, die nichts getan hatten“, meinen sie. „Wer sich in Südafrika ruhig verhält und nicht demonstriert, braucht keine Angst zu haben.“ Und: „Das Gesetz ist schlecht in Südafrika. Aber man kann damit leben.“

„In Uganda sind nicht ein paar Hundert, sondern Hunderttausende ermordet worden“, fügt Jenkins zögernd hinzu, „und niemand in der Welt hat sich darüber aufgeregt. Niemand ist auf die Idee gekommen, Wirtschaftssanktionen gegen Idi Amin zu beschließen, und niemand hat Druck auf Milton Obote ausgeübt, damit er seine Soldaten besser unter Kontrolle hält. Ich bedaure unsere schwarzen Brüder und Schwestern in Südafrika, weil sie soviel Anteilnahme erfahren.“ Auf den Einwand, daß die Festschreibung der Rassendiskriminierung in der südafrikanischen Verfassung einmalig auf der Welt sei, zucken sie mit den Schultern.

## Kein fernes Problem mehr

Yoweri Museveni, der neue Machthaber in Kampala, hat sich nun auch dem Kreis derjenigen angeschlossen, die den Commonwealth-Spielen fernbleiben wollen, um die britische Regierung zu einem Wirtschaftsboykott Südafrikas zu zwingen. Jenkins findet das richtig. „Vielleicht wird man dann künftig auch besser aufpassen,

wenn irgendwo in Afrika wieder ein Idi Amin auftaucht.“ Die täglichen Berichte der in Afrika viel gehörten westlichen Radiosender - BBC, Voice of America und France Inter - über die fortschreitende Eskalation der Gewalt in Südafrika und die öffentliche Diskussion über Wirtschaftssanktionen haben dazu geführt, daß auch afrikanische Regierungen, für die die Apartheid ein eher fernes Problem war, sich nun zur Stellungnahme gedrängt fühlen, und damit wächst die Zahl derer, die Sanktionen befürworten.

## Gruppendruck

Ein in Uganda lebender Engländer meint zynisch, daß nun die Apartheid die Funktion habe, Afrika vor dem Vergessen zu bewahren, nachdem die Hungerkatastrophe überwunden sei. Andere in Afrika lebende Ausländer sind der Ansicht, daß afrikanische Politiker sich von Westen verstärkte Hilfeleistung erhoffen, wenn sie darauf hinweisen können, daß ihre Volkswirtschaften, soweit sie von Südafrika abhängen, durch Sanktionen Schaden nehmen. Fest steht, daß in Schwarzafrika ein Gruppendruck entstanden ist, dem sich auch die nur schwer entziehen können, die eigentlich gegen Sanktionen sind. Dazu gehören Zaire und Gabun, von denen keine Stellungnahme mehr zu erhalten ist, vor allem aber das kleine Lesotho, das von Südafrika wirtschaftlich vollkommen abhängig ist. „Natürlich sind wir gegen Sanktionen“, erklärt ein Diplomat dieses Landes in seltener Offenheit. „Aber wir wagen nicht mehr, es laut zu sagen.“

Unter diesen Umständen beweist der ivorische Präsident Houphouët-Boigny einzigartigem Mut, indem er in der Sanktionsfrage keinen Deut wankt und darüber hinaus öffentlich in einem Interview mit dem „Figaro-Magazine“ am 28. Juli erklärte, daß nicht die Apartheid, sondern die Rückständigkeit in der Entwicklung das schlimmste Problem Afrikas sei. Er gibt auch offen zu, daß er es nicht für löhmenwert hält, an den jährlichen Gipfelkonferenzen der Organisation für Afrikanische Einheit teilzunehmen, deren nächste Ende Juli in Addis Abeba stattfindet. Beherrschendes Thema: Sanktionen gegen Südafrika.

# Noch viele Termine für Howe vor einer Entscheidung

Der Südafrika-Konflikt hat in London diplomatischen Hochbetrieb ausgelöst. Am vergangenen Freitag griff man zu dem ungewöhnlichen Schritt, Zimbabwes Regierungschef Robert Mugabe auf dem Flugplatz von Harare unmittelbar vor Ankunft der Frontstaaten-Delegation noch einen Brief seines Außenministers Sir Geoffrey Howe in die Hand drücken zu lassen, in dem noch einmal der Standpunkt Großbritanniens zu Sanktionen gegen Südafrika dargelegt wurde. Mugabe war so überrascht („Das, hier auf der Straße“), daß er den Umschlag sofort öffnen wollte.

Die Mission half jedoch wenig, weitere Regierungen beschloßen, den Commonwealth-Spielen in Edinburgh fernzubleiben. Allerdings sieht man in London das Kommuniqué der Frontstaaten als „nicht ganz so schlimm, wie befürchtet“. Offenbar war man sich in Harare auch nicht „willing einig. Man fordert Frau Thatcher auf, sich in einer „kategorischen Stellungnahme“ für Sanktionen gegen Südafrika auszusprechen. Würde sie ihren Standpunkt ändern, könnte man sich auch über Edinburgh-Teilnahme denken. Überraschend traf Großbritanniens Außenminister Sir Geoffrey Howe am Freitag in Washington auch noch mit Präsident Reagan zusammen. Er sprach anschließend von einem „Gefühl gemeinsamer Absichten“.

Bevor Sir Geoffrey am Mittwoch vor Pretoria mit Südafrikas Präsident P. W. Botha zusammentrifft, wird er heute und morgen in Brüssel an der Sitzung des EG-Außenministers teilnehmen und über seine erste afrikanische Gesprächsrunde, bei der er Sambia, Zimbabwe und Mozambique besuchte, berichten. Es ist immer noch nicht klar, ob Sir Geoffrey jetzt Gelegenheit bekommt, Nelson Mandela, den offiziellen Führer des kommunistischen ANC, zu sprechen. Dieser soll wie andere schwarze Führer, darunter Bischof Desmond Tutu, einen Besuch des Briten, der im Auftrag der EG reist, abgelehnt haben. Für den 29. Juli ist ein zweites Gespräch zwischen P. W. Botha und Sir Geoffrey angesetzt und am 3. August beginnt in London die Mini-Commonwealth-Konferenz, bei der sieben Mitgliedsstaaten über weitere Schritte gegen Südafrika beraten werden.

# „Wir brauchen eine Raketenabwehr in Europa“

WELT-Gespräch mit NATO-Oberbefehlshaber General Rogers / Den Waffennix mit der Pershing 2 beibehalten

Von C. GRAF BROCKDORFF

NATO-Oberbefehlshaber US-General Bernard Rogers tritt entschieden der Vorstellung entgegen, daß man in einem Rüstungskontrollabkommen mit der Sowjetunion auf den NATO-Waffennix von Pershing 2-Raketen und Cruise Missiles verzichten sollte. In einem WELT-Interview spricht er sich deutlich gegen eine mögliche Wiederholung der sogenannten Waldspaziergang-Formel von Genf aus, wonach die Sowjetunion eine bestimmte Anzahl von ballistischen SS-20-Raketen behalten, die NATO aber nur lufttunende „Tomahawk“-Marschflugkörper stationieren sollte.

Rogers benutzte die Gelegenheit eines einhalbstündigen Gesprächs in seinem Hauptquartier Shape bei der belgischen Stadt Mons auch, Europa davor zu warnen, sich von der amerikanischen SDI-Organisation unter Generalleutnant James Abrahamson die Initiative für die Entwicklung einer eigenständigen europäischen Raketenabwehr aus der Hand nehmen zu lassen. „SDI bewegt sich sehr schnell vorwärts“, sagte er. Im Augenblick verberge die SDI-Organisation Einzelstudien für eine europäische Architekturstudie zur Raketenabwehr an europäischen Firmen, wobei auch ein Auftrag für die Bundesrepublik vorgesehen sei. „Ich möchte nicht, daß die NATO das Nachsehen hat und wir hier in Europa in eine Position geraten, in der wir eine unannehmbare Lösung für ein Problem erhalten, das uns betrifft - unannehmbare, weil etwas ohne unser Zutun geschaffen würde.“ Es war auffallend, wie oft der amerikanische General dessen offiziellen Titel „Oberster Allierter Befehlshaber in Europa“ lautete, europäische Standpunkte bezog.

Zur Frage eines künftigen Abkommens über Mittelstreckenraketen sagte Rogers: „Ich glaube nicht, daß unsere Abschreckung annähernd so gut wäre, wenn wir nur lufttunende Systeme (Marschflugkörper, die Red.) hätten. Die Sowjets wissen das. Deshalb sind sie so daran interessiert, die Pershing 2 bei uns zu entfernen. Zum ersten Mal haben wir hier jetzt ein Waffensystem mit nuklearem Gefechtskopf, mit dem wir ihren Boden erreichen können. Plötzlich sind sie in der Lage, in die sie uns seit Jahren gebracht haben. Die Hauptbedrohung ist für sie die Pershing 2 wegen

deren Zuverlässigkeit und deren Eindringfähigkeit. Wenn wir die Pershing 2 aufgeben würden und die Sowjets behielten ihre Kurzstreckenraketen SS 21, SS 22, SS 23 und dazu noch die SS-20-Mittelstreckenraketen - alle auf uns gerichtet - dann würde das einen erheblichen Verlust an Abschreckung bedeuten. Unsere Cruise Missiles würden dann zwar immer noch ihr Gebiet erreichen können, aber Tatsache ist, daß es sich um ein luftatmendes System handelt, das viel langsamer fliegt, und das abgeschlossen werden kann. Es ist aber unter gegenwärtigen Bedingungen sehr schwierig, eine Pershing 2 abzuschleusen.“

Rogers begründet ihre Notwendigkeit mit der gewachsenen Bedrohung Europas durch sowjetische Raketen kürzerer Reichweite. Sie würden übrigbleiben, selbst wenn das Potential an sowjetischen SS-20-Mittelstreckenraketen als Verhandlungsergebnis verringert werde: „Die SS 21, SS 22 und SS 23 werden in den Mittelstreckenverhandlungen bisher nicht berührt. Sie können nicht nur mit nuklearen Gefechtsköpfen bestückt werden. Sie können konventionelle oder chemische Gefechtsköpfe tragen. Wir haben herausgefunden, daß sie sehr zielgenau sind. Mit genauen konventionellen Gefechtsköpfen können unsere Häfen, Befehlszentralen, Luftstützpunkte, Raketenbasen und nuklearen Waffenspeicher angegriffen werden.“

Wenn es Krieg geben sollte, müßte ich deshalb noch früher die Freigabe nuklearer Waffen beantragen, nur um dann über meine Schulter zu sehen und festzustellen, daß als Konsequenz der geschilderten Lage bereits eine Masse meines nuklearen Potentials vernichtet worden ist. Was also ist zu tun? Wir brauchen eine aktive Raketenabwehr.“

Weiter sagte Rogers: „Nach meiner Meinung muß es sich um eine europäische erforderte, entwickelte und produzierte Raketenabwehr handeln. Das bedeutet nicht, daß man nicht eng im Informationsaustausch mit der SDI-Organisation (in Washington, die Red.) zusammenarbeitet. Aber gegenwärtig zeichnet niemand hier in Westeuropa verantwortlich für die ballistische Raketenabwehr unseres Gebiets.“

Alles sei eine Frage der Prioritäten: „Wie hoch auf der Prioritätenliste des einzelnen Bürgers hier in Westeuropa stehen Frieden und Freiheit?“ fragt



Mahnung an die Europäer: General Rogers

# In Iran wird auch Gemüse zum Luxus

Einzelheiten aus dem Alltag im heutigen Persien / Bachtjar und Schah als Alternative

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

Berichte aus dem Iran sind selten geworden. Journalisten können sich nicht frei bewegen. Selbst Vertreter von Presseorganen, die den Kampf des Revolutionsführers Khomeini gegen den Schah publizistisch unterstützen, haben Schwierigkeiten, eine Einreiseerlaubnis zu bekommen oder ungehindert ihren Recherchen nachzugehen. Das dürfte noch schwieriger werden. Denn die Lage im Innern des Landes und in der Hauptstadt verschlechtert sich nach Augenzeugenberichten täglich, die Lebensumstände würden immer unhaltbarer. Große Unzufriedenheit erfasse zunehmend auch ärmere Kreise der Bevölkerung, die die Lebensmittelpreise und die Repression der Revolutionswächter im übrigen nicht mehr widerstandslos hinnehmen.

## Nicht viel zu verlieren

Ein Busfahrer aus Teheran erzählt: „Vor gut zwei Wochen wollten die Revolutionswächter mehrere Busse für Fahrten an die Front beschlagnahmen. Wir sagten nein. Als sie Gewalt anwenden wollten, sammelte sich plötzlich eine größere Menschenmenge um uns herum an. Viele nahmen eine drohende Haltung gegenüber den Revolutionswächtern ein. Es kam zu einem Handgemenge. Schüsse fielen. Ich lief davon. Später erzählte man mir, daß es Verletzte gab, aber auch unter den Revolutionswächtern. Die Menschen verlieren die Furcht vor ihnen.“

Viel haben die Iraner offenbar nicht mehr zu verlieren. Fleisch, das man wie andere Grundnahrungsmittel nur nach langem Schlängestehen bekommen kann, wenn überhaupt, kostet pro Kilo je nach Qualität zwischen 80 und 145 Tuman, für die iranische Hauptnahrung Reis muß man pro Kilo hundert Tuman bezahlen. Offiziell wird der Kurs mit 28 Tuman für eine Mark angegeben. Vor der Machtübernahme durch die Mullahs vor gut sieben Jahren war eine Mark schon für 4,5 Tuman zu haben.

Eine realistische Vorstellung von der heutigen Kaufkraft der iranischen Währung bieten jedoch andere Zahlen: Ein Arbeiter verdient pro Monat 2500 Tuman, ein Beamter mit 15 Jahren Dienstzeit kommt auf fünf bis sechs tausend Tuman, eine Summe, die man für die Miete eines kleinen Appartements in Teheran auf den Tisch legen muß. Die Miete für ein kleines Zimmer im Armenviertel im Süden Teherans kostet 800 Tuman.

Der Brotpreis wird dank massiver staatlicher Subventionen noch bei drei Tuman pro Kilo gehalten, Obst jedoch ist bereits so teuer, daß eine durchschnittliche Familie es sich schon nicht mehr leisten kann. Auch Gemüse wird zum Luxus. Ein Kilo Kartoffeln oder Gurken kostet 40 Tuman, Zwiebeln ebenfalls. Waschmittel und Seife sind Mangelware. „Die Eigenproduktion wird exportiert. Das Land braucht Devisen für die Kriegführung“, sagt ein Lehrer aus Isfahan. Milchprodukte seien im wahren Sinn des Wortes nur noch

zu „erhalten“. Für einen Becher Joghurt stünden manche zwei Tage vor dem Laden. „Wenn ich wüßte, daß meine Frau und die Kinder von dem nächsten Regime zu essen bekommen, würde ich lieber heute als morgen auf die Straße gehen, um zu protestieren“, meint ein Arbeiter, der seinen Arbeitsplatz verloren hat, weil auch seine Fabrik geschlossen wurde. Stromausfälle und -unterbrechungen (pro Tag bis zu dreimal je drei Stunden) machen die Produktion für viele Werke unmöglich.

## Vielsagende Parolen

Die Unzufriedenheit äußert sich in Parolen, die nachts an die Hauswände geschmiert werden. Sie lauten zum Beispiel: „Landsmann steh auf, rette unsere Jugend vor dem Krieg!“ Oder: „Es lebe Bachtjar!“ Und: „Bachtjar, komm und bring den jungen Schah mit!“ Shapur Bachtjar, der letzte Premier des verstorbenen Schah, leitet von seinem Exil in Paris aus die Widerstandsbewegung, die im Volk den größten Anhang hat. Eine Testdemonstration im Mai des vergangenen Jahres brachte mehr als eine Million Menschen auf die Beine. Bachtjar, der einen unblutigen Wechsel durch den Aufmarsch der Volksmassen anstrebt, aber offensichtlich auch gute Verbindungen in die Armee unterhält, scheint jetzt nicht nur in Paris und London, sondern auch in Washington als die Alternative der Vernunft zum Regime der Mullahs angesehen zu werden.

# Slowenien, eine Selbstmordrepublik?

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Der Selbstmord der 17jährigen ungarischen Schönheitskönigin Csilla Molnar - der ersten, im vergangenen Jahr gewählten „Miss Ungarn“ - hat erneut die Aufmerksamkeit auf die Tatsache gerichtet, daß Ungarn gemeinsam mit Österreich zu den europäischen Ländern mit der höchsten Selbstmordrate gehört. In enger geographischer und geschichtlicher Nachbarschaft zu beiden Ländern nimmt die jugoslawische Teilrepublik Slowenien den ersten Platz in der Selbstmordstatistik ein.

Die slowenischen Behörden sind alarmiert, weil im vergangenen Jahr 702 Bewohner der nordwestlichen Teilrepublik - das sind 36 auf 100 000 Einwohner - ihrem Leben selbst ein Ende machten. Schon 1984 waren es 688, 1983 661 und 1982 679. Die Tendenz scheint also leicht steigend zu sein. Besonders besorgniserregend ist die Zunahme von Selbstmorden unter Jugendlichen und sogar unter Kindern. So nahmen sich in Slowe-

nien - einem Land mit 1,8 Millionen Einwohnern - im Jahre 1984 22 Minderjährige im Alter zwischen zehn und 19 Jahren das Leben. Das entspricht einer Zahl von drei Prozent der Selbstmordrate insgesamt.

Alein die Zahl der jugendlichen Selbstmörder ist in Slowenien höher als die im Lande registrierten Fälle von Mord und Totschlag (19 Fälle). Slowenische Wissenschaftler, so etwa der Laibacher Suizid-Forscher Professor Lev Mircinski, führten als Ursache der Selbstmordwelle unter Jugendlichen ungelöste Berufsprobleme sowie allgemeine Perspektiv- und Aussichtslosigkeit an. Sie weisen darauf hin, daß sich Probleme der Erwerbslosenwelt immer stärker in die jüngeren Jahrgänge verlagern. So haben die meisten 15- bis 16jährigen bereits sexuelle Erfahrungen.

Unter den Erwachsenen grassiert der Selbstmord offenbar bei jenen Menschen besonders stark, die den radikalen Umchwung vom einstmaligen blühenden Leben zur unper-

sönlichen Industriegesellschaft nicht verkraften. Warum Slowenien eine so erschreckend hohe Selbstmordrate aufweist - wobei Söhne aus „gutem Hause“ und auch Kinder kommunistischer Prominenz sich immer wieder unter den Opfern finden - kann noch nicht beantwortet werden. Spiel die Geographie eine Rolle - wie die ähnlichen Ziffern aus Ungarn und Österreich vermuten lassen?

In Jugoslawien ist nur ein weiterer Landesteil ähnlich stark in der Selbstmordstatistik vertreten: die Provinz Vojvodina. Auch sie war wie Slowenien einst Teil der österreichisch-ungarischen Monarchie - und außerdem ist die landschaftliche und psychologische Affinität zum benachbarten Ungarn unverkennbar. Eines steht allerdings außer Zweifel: Die Selbstmordrate hat nicht mit akuten gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Krisen zu tun. Im Gegenteil: Slowenien geht es im jugoslawischen Maßstab gemessen materiell immer noch am besten.

# ATTENTION BRITISH CITIZENS LIVING ABROAD

1	<b>BROWN</b> (Andrew Brown, of 6 Orchard Grove, Maidstone, Kent)	<b>DON'T BE X CLUDED!</b>
2	<b>SMITH</b> (John Phillip Smith, of 21A Highfield Road, E. Field, Middlesex EN6 2DR)	
3	<b>JONES</b> (Albert David Jones, of 11 Charlton Court, London NW1)	

If you were registered as an elector in the UK within the last 5 years you can now vote in UK parliamentary and European Parliament elections.

Your vote will be cast in the constituency in which you were last registered before leaving the UK.

In order to qualify you will have to fill in a declaration form and return it by 10th October 1986 (15th September if you were previously resident in Northern Ireland).

Forms and an explanatory leaflet are available from your nearest diplomatic or consular post.

**PLEASE LET OTHER BRITISH CITIZENS KNOW THAT THEY MAY ALSO BE ELIGIBLE TO VOTE IN THE UK.**



# Pandschab: Wanderströme bereiten Neu-Delhi Sorgen

### Terror der Sikhs provoziert schleichenden Völkeranstausch

**PETER DIENEMANN, Neu-Delhi**  
Die politische Tragödie im nordwestindischen Bundesstaat Pandschab dauert an: Während die Sicherheitskräfte, inzwischen mit recht gutem Erfolg, immer mehr jener Sikhs habhaft werden, die mit Waffengewalt und Terror ihren Staat „Khalistan“ auf indischem Boden errichten wollen, Sikhs weiterhin auf Hindus und Moderate ihrer eigenen Glaubensgemeinschaft schießen und eine Massenwanderung Angehöriger beider Glaubensgemeinschaften nach und aus dem Pandschab begonnen hat, ist die Übergabe der in Haryana gelegenen Stadt Chandigarh an den Pandschab, wie zwischen Premier Rajiv Gandhi und der Sikh-Regierung vereinbart, heute unwahrscheinlicher als jemals zuvor.

vorgeführt, um ihn zum Einlenken zu bewegen. Ministerpräsident Gandhi ist jetzt auch bereit, mit jenen Akali-Dal-Führern zu verhandeln, die Barnala den Rücken gekehrt und inzwischen ihre eigene Partei, ebenfalls eine Akali Dal, gegründet haben. Es sind der frühere Chiefminister Badal und der Tempelverwalter Thora. Sie verfügen mittlerweile über die Mehrheit der Akali-Fraktion im Pandschab-Parlament.

Barnala muß spüren, so die Meinung im Machtzentrum Neu-Delhi, daß er mit seiner parlamentarischen Minderheit politisch nur überlebt, weil die Kongreß-Regierungspartei ihn stützt. Tut diese sich aber mit den Barnala-Rivalen zusammen, müßte der Chiefminister gehen. Und dieser Zeitpunkt scheint näherzurücken.

### Jetzt andere Probleme

Drei Kommissionen hatten sich bislang mit dem Problem beschäftigt, welche Teilgebiete Pandschabs - insgesamt gut es um 28 000 Hektar Land - Haryana als Ausgleich für den Verlust Chandigarhs zugesprochen werden sollen. Doch auch zum letzten Stichtag, dem 15. Juli, konnte die jüngste der drei Kommissionen keine Entscheidung treffen und weigert sich Pandschab-Chiefminister S. S. Barnala, die Autorität und Kompetenz der Kommission anzuerkennen.

Es scheint so, als sei so recht keiner mehr an der Frage der Übergabe Chandigarhs als Hauptstadt Pandschabs interessiert. Friedlich arbeiten jetzt die Sikh-Regierung Pandschabs und die Hindu-Regierung Haryanas in Chandigarh, der gemeinsamen Hauptstadt, unter einem Dach. „Warum“, so fragen inzwischen schon Parteigrößen, „sollen wir Sikhs 28 000 Hektar Land hergeben, wenn wir im Gegenzug mit Chandigarh nur 7000 Hektar erhalten.“ Statt dessen schlagen sie vor: „Die Zentralregierung soll uns 500 Millionen Mark geben - und davon bauen wir uns dann unsere eigene Hauptstadt neu auf.“

Während das politische Tauziehen weitergeht, hat eine „Völkerwanderung“ aus und in den Pandschab begonnen - ausgelöst durch den Terror der Sikhs. Nach amtlichen Schätzungen haben 24 000 Menschen ihr Heim verlassen; Sikhs aus Haryana und anderen Staaten sind in den Pandschab gezogen, Hindus haben ihn verlassen. Viele von ihnen leben in Gurdwaras (Sikh-Tempel), die Hindus in ihren eigenen Tempeln. Eine Bewegung, die der Zentralregierung nicht ins Kalkül paßt. Bei anhaltendem Trend könnte der Pandschab so schließlich doch noch zu einem „de facto“-Sikh-Staat werden. Diese Entwicklung bereitet Neu-Delhi jedenfalls zunehmend Kopfzerbrechen.

### Verhandlungen abgelehnt

Die Bewohner Pandschabs fühlen sich trotz verbesserter Sicherheitslage nicht recht sicher. Täglich finden noch Überfälle militanter Sikhs statt, die Militarisierung der Hindu-Gemeinschaft auch in angrenzenden Staaten wächst, geschürt von der Hindu-Organisation „Shiv Sena“. Polizeichef Julio Ribeiro greift hart durch: Hunderte von mutmaßlichen Extremisten sind verhaftet, die Polizei tötete zahlreiche Militanten in Feuergefechten. Und Verhandlungen mit dem extremen Studenten der „All India Sikh Students Federation“ oder der militanten Bhindranwale-Nachfolge-Organisation „Damdami Taksa“ lehnt Ministerpräsident Gandhi vorerst noch kategorisch ab.

### Schtscharanskij: Druck des Kreaml

**AFP, New York**  
Der jetzt in Israel lebende frühere sowjetische Bürgerrechtler Nathan Schtscharanskij hat Moskau vorgeworfen, seine Familie in der UdSSR festzuhalten. In einem Telefoninterview mit der „New York Times“ sagte Schtscharanskij, die UdSSR verweigere die Ausreise seiner Eltern nach Israel, um seine Kampagne für die sowjetischen Juden zu unterbinden. „Meine Mutter ist 77 Jahre alt“, fügte der Bürgerrechtler an, „sie hat viel gelitten und mittlerweile ist jeder Monat wichtig für sie. Niemand weiß, wie lange sie noch zu leben hat.“

Schtscharanskij wies darauf hin, die Haltung der sowjetischen Behörden verstoße gegen einen Vertrag über den Gefangenenaustausch zwischen Ost und West. Er habe sich entschlossen, die Existenz dieses Abkommens jetzt bekanntzumachen. Über diesen Vertrag hätten ihn nach seiner Ausreise vor fünf Monaten amerikanische und westdeutsche Regierungsvertreter informiert.

Ein Beamter des amerikanischen Außenministeriums wies sich auf Anfrage der „New York Times“, die Existenz eines solchen Vertrages zu bestätigen oder zu dementieren. Dabei betonte er, solche Austauschaktionen unterlägen besonderer Geheimhaltung.

### Abu Nidal droht mit Anschlägen

**AFP, Amman**  
Die von Abu Nidal geleitete Gruppe der Palästinensischen Befreiungsfront will die Bestrebungen, in Westjordanland eine Verwaltungsautonomie zu errichten, durch neue Terroraktionen zunichte machen. Der Fatah-Revolutionär drohte allen, die als Bürgermeister arabischer Gemeinden in den israelisch besetzten Gebieten vorgesehen sind, sie würden „dasselbe Schicksal wie Safer al Masi“ erleiden. Al Masi, früherer Bürgermeister von Nablus, war von einem Kommando der Abu-Nidal-Gruppe ermordet worden.

In einem Anruf beim Büro der französischen Nachrichtenagentur AFP in Amman warnte ein Mann, der sich als offizieller Sprecher der Organisation bezeichnete, die vorgesehenen Kandidaten in Hebron, Zai Bich, Ramallah und Doura davor, den Bürgermeisternposten anzutreten. Außerdem richtete er eine „Warnung“ an Jordanien, die „Verschwörung zur Errichtung einer Verwaltungsautonomie“ in den besetzten Gebieten fortzusetzen.

Jordanien König Hussein hatte in der vergangenen Woche erklärt, sein Land habe einen Fünfjahresplan zur Entwicklung der besetzten Gebiete beschlossen. Der Fonds dafür ist mit 150 Millionen Dollar ausgestattet.

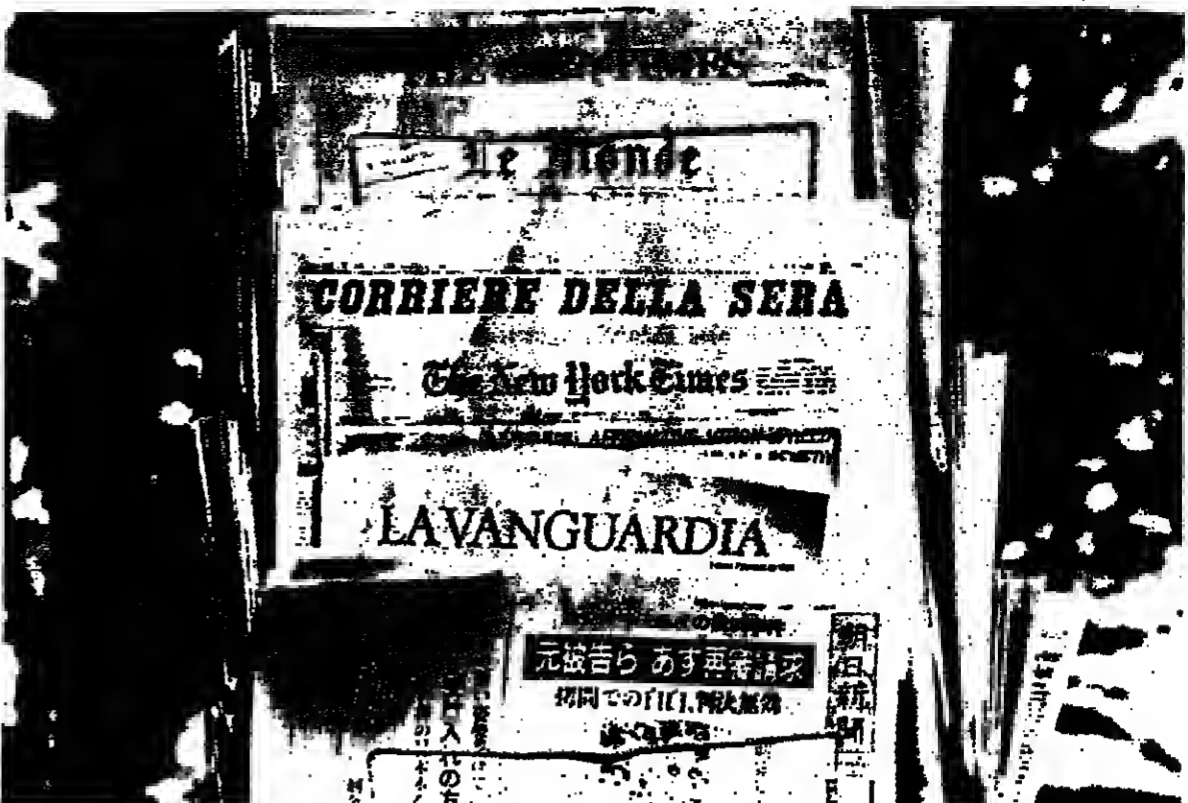
Mit einer gehörigen Portion Zynismus betrachtet Charles Wilson, Chefredakteur der Londoner „Times“, die Deutschen. Ist ihre Nachkriegsidentität wirklich echt? fragt er. Sind die Deutschen seit dem Krieg weniger deutsch geworden? Das neue Deutschland seit 1945, so meint er, weise erstaunliche Parallelen zu Amerika auf: kapitalistisch, demokratisch, von nervöser Aktivität und psychoanalytischer Nabelschau darüber geprägt, was es heißt, deutsch zu sein. Zur Politik schreibt Wilson, die Deutschen hätten die am wenigsten kriegslustige Kultur in Westeuropa. Fast unheimlich fand er die deutschen Gefühle während des Falklandkrieges.

# Und plötzlich waren die Deutschen dekadenter als die Franzosen...

Von CHARLES WILSON

Vor elf Jahren, während der Abstimmungskampagne über die britische Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft, warnten die Gegner des Gemeinsamen Marktes immer wieder davor, daß die Mitgliedschaft in einem großen europäischen Konglomerat den britischen Nationalcharakter schrittweise zerstören würde. Das wurde von den Befürwortern des britischen Beitritts bestritten. Sie wiesen damals entkräftet darauf hin, daß die ursprünglichen sechs Mitgliedstaaten über zwanzig Jahre eine europäische Verschmelzung vermieden hätten, und um diese Kernfrage noch zu betonen, stellten sie damals eine Reihe von markigen Fragen: „Sind die Franzosen denn weniger französisch geworden?“ fragten sie etwa. „Sind die Italiener weniger italienisch? Die Niederländer weniger niederländisch?“ Aber irgendwie sagte niemand: „Sind die Deutschen weniger deutsch?“

durch den Zollverein, die politische Einigung, das Aufkommen des kaiserlichen Deutschlands als Industriemacht und schließlich durch die Bewerbung des Kaisers um einen Platz an der Sonne ausgelöst. Obwohl das Auftauchen eines europäischen Rivalen um die Weltmacht und die Vorherrschaft auf den Meeren die öffentliche Meinung in Großbritannien alarmierte, fügte es jedoch dem Bild der Deutschen als solchen keinen Schaden zu. Genau das Gegenteil geschah, weil die Deutschen der wilhelminischen Ära uns immer ähnlicher zu werden schienen: Sie warfen ihre komischen Operettenprinzen aus den wirklichen Machtpositionen hinaus, nahmen die Verantwortung für ein ganzes Reich auf sich, modernisierten ihre Industrie - kurz, sie wurden zu einem durch und durch respektablen, gutbürgerlichen, protestantischen Volk. Britische Beobachter jener Zeit sahen mit weitaus mehr Sympathie auf eine solche Nation als auf die



Berlin-Geschichten den Mythos der Weimarer Republik als einer zügellosen „Cabaret“-Gesellschaft.

Hitler machte sich dann, dieses Bild von Deutschland auszulösen und es durch seine eigene, finstere Vision zu ersetzen - eine seltsame Mischung von Mechanisierung und mittelalterlicher Grausamkeit. Man muß zugeben, daß die Tatsache, daß er diese Vision für so viele Deutsche anziehend machen konnte, so manchen stocken läßt, bevor er fragt: „Sind die Deutschen denn irgendwie weniger deutsch?“ Für Leute über 40, die vor, während oder kurz nach dem Zweiten Weltkrieg aufwuchsen, haben die Hitlerjahre ein Bild von Deutschland hinterlassen, das die nachfolgenden Jahre zwar verbessert, aber nicht ganz ausgelöscht haben. Ist das unfair? In gewisser Weise schon. Hitler hat nie die Unterstützung einer Mehrheit in freien Wahlen gewonnen. Er kam an die Macht in Zeiten äußerster wirtschaftlicher

zudem genau nach amerikanischen Grundsätzen entwickelt: kapitalistisch, demokratisch, von nervöser Aktivität und der psychoanalytischen Nabelschau darüber verfallen, was es heißt, Deutscher beziehungsweise Amerikaner zu sein.

Diese Gesellschaft hat bemerkenswerte Leistungen erbracht, die zu ihren Gunsten sprechen. Die Leistung, die als erste die Aufmerksamkeit der anderen weckte, war der wirtschaftliche Erfolg der Bundesrepublik schon in den fünfziger Jahren. Diese hat man zunächst rein nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten beurteilt. Den Aufschwung der Mark hat man der berühmten Neigung der Deutschen zu harter Arbeit zugeschrieben und dem glücklichen Umstand, daß ihre Industriemägen im Krieg zerstört wurden, so daß sie gezwungen waren, diese zu modernisieren. (Allerdings kam niemand auf die Idee, die Demolierung als eine Lösung für die wirtschaftlichen Probleme Großbritanniens und Frankreichs vorzuschlagen.)

Das Anschwellen des Patriotismus in Großbritannien während des Falklandkriegs beobachtet. Es war, als ob die dabei hochkommenden Emotionen - Gefühle, die schließlich nichts Ungewöhnliches in der Geschichte Westeuropas sind - in der deutschen Seele nicht den geringsten Widerhall fanden. Diese spezifische Atmosphäre wird vielleicht mit dem Begriff Leistung nicht treffend umschrieben, weil sie einige Kritiker dazu geführt hat, das blühende Westdeutschland weniger als ein Land als vielmehr als einen großen Bauch zu beschreiben. Diese Kritik geht am Wesentlichen vorbei. Es gibt Patriotismus in Deutschland, aber die geschichtliche Erinnerung an den Nationalsozialismus, der den Nationalismus über alle Maßen erhob, macht es schwer, diesen Patriotismus unbefangenen zu artikulieren. Aber patriotische Gefühle können nicht völlig verdrängt werden. Sie sind eins der beständigsten Merkmale der menschlichen Seele. Daher können wir das sonderbare Phänomen beobachten, daß der deutsche Nationalismus sich auf andere Weise artikuliert - als Antiamerikanismus zum Beispiel, als Umweltbewußtsein oder als Aufregung über die Atomkraft. Die Grünen, die alle diese Leidenschaften in sich vereinen, wirken auf den Außenstehenden, als ob sie unter dem Einfluß eines unterdrückten und nicht eingeständenen Nationalismus stünden.

Kurz gesagt, das heutige Deutschland ähnelt dem reichen Erben eines riesigen Vermögens, das erst kürzlich erworben wurde, aus einer Familie, zu deren Vergangenheit ein großes Verbrechen gehört. Am Anfang haben sie über das Verbrechen nie gesprochen. Jetzt sprechen sie ganz offen untereinander und mit den Nachbarn darüber. Und doch hindert das dadurch hervorgerufene Schuldgefühl den Erben daran, die führende Rolle in der Gesellschaft zu spielen, die ihm durch seinen Reichtum normalerweise zufallen würde. Er ist stolz auf seine Kinder - Doktoren, Geschäftsleute und Sozialarbeiter - aber sie halten sich sorgfältig zurück, mit den Leistungen der Familie vor der Zeit des Verbrechens anzugeben. Das wäre schlechter Stil. Und als Neuankommlinge in einer Nachbarschaft vom zweifelhaften Status der Neureichen sind sie noch pedantischer als die älteren Familien, wenn es um die Bewahrung der gebührenden Formen geht.

Das führt dazu, daß ihre Nachbarn sie mögen, in ihrer Gegenwart jedoch manchmal ein leicht angestregtes Gefühl haben. Das wird sich zweifellos geben, je mehr das Verbrechen zur geschichtlichen Vergangenheit wird. Das ist noch nicht geschehen, aber Boris Becker, der Repräsentant der ersten von den Nazi-Jahren scheinbar völlig unberührten deutschen Generation, läßt erwarten, daß dies bald geschehen wird.

# THE TIMES



Charles Wilson, geboren 1936 in Schottland, hat eine Bilderbuch-Karriere hinter sich. Mit 16 war er Bürojunge bei der Londoner Zeitschrift „People“, mit 49 wurde er im November vergangenen Jahres Chefredakteur einer der berühmtesten Zeitungen der Welt, der Londoner „Times“. Zuvor hatte er für Rupert Murdoch, den neuen Verleger der „Times“, die „Chicago Sun Times“ geführt.

benachbarten Franzosen, die katholisch waren, politisch unzuverlässig und angeblich frivol.

Der Erste Weltkrieg hat diese Sympathien natürlich auf unschwer erkennbare Weise und aus leichtverständlichen Gründen verändert. Aber vielleicht wurden die Ansichten der gebildeten Schichten über Deutschland viel tiefergehend verändert durch den finanziellen Zusammenbruch, die politische Instabilität und die künstlerische Experimentierfreudigkeit der Weimarer Republik. Plötzlich waren ausgerechnet die Deutschen dekadent - und das auf eine gründlichere, entschlossener, eben deutsche Weise, als die Franzosen es je zustande gebracht hatten. Die gewohnte Struktur der Gesellschaft war offensichtlich verschwunden - erbare, hart arbeitende Leute waren verschuldet oder ruiniert; Spekulanten und Glücksspieler floren - und die gewohnten erbbaren Grundsätze waren mit ihr verschwunden. Für den britischen Reisenden, der von der Inflation der Mark profitierte, war Berlin ein billiges, aufregendes und sexuell freizügiges Pflaster. Und für diejenigen, die sich die Reise nicht leisten konnten, verbreiteten Christopher Isherwoods

Not, die die etablierten Parteien offenbar nicht bewältigen konnten. Seine politischen Fähigkeiten schlossen Lügen, Täuschung und Betrug ein, die nur deshalb zum Erfolg führten, weil sie die Zustimmung der Regierten eher vorzuziehen als gewonnen. Und als er erst einmal an der Macht war, nutzte er sämtliche Möglichkeiten eines modernen Polizeistaates, um seine Gegner einzuschüchtern und das Volk zur Zustimmung zu zwingen.

Dennoch bleibt die Tatsache, daß Deutschland die Nazi-Uniform anzog - wie unwillig, im Zweifel oder unwissend das auch gewesen sein mag - ein geschichtliches Faktum, das seine Nachbarn nie ganz werden vergessen können. Was diese Erinnerung so beunruhigend macht, ist, daß das deutsche Volk vorher seine operettenhaften, wilhelminischen und Weimarer Karnevalsmasken mit allen Anzeichen von Behagen und Zufriedenheit aufgesetzt hatte. Das läßt seine Nachbarn natürlich fragen, ob die Nachkriegsidentität der Deutschen wie die Amerikaner sagen „for real“, also wirklich echt ist. Der Gebrauch einer amerikanischen Wendung ist hier angebracht, denn das Modell eines neuen Deutschlands nach 1945 wurde

deutete, daß die deutsche Wirtschaft nicht durch periodische Wechsel in der Wirtschaftspolitik der Regierung unterbrochen wurde, wenn die Regierung wechselte, und ermutigte später andere westeuropäische Länder, diese oder eine ähnliche Politik zu übernehmen. Die westdeutsche Wirtschaft ist die erfolgreichste und beständigste in Europa geblieben.

Eine zweite Leistung war die Wiederherstellung und Festigung der deutschen Demokratie. Dieser Erfolg wurde durch das Aufkommen des Terrorismus in den 60er und 70er Jahren hart geprüft. Das war eine ernste Herausforderung an die Legitimität des demokratischen Staatswesens. Dennoch wurde der Terrorismus ohne Rückgriff auf nicht verfassungskonforme oder sogar repressive Maßnahmen im Rahmen der Verfassung besiegt.

Beinahe ebenso beeindruckend wie sein kapitalistisches Aufblühen und seine demokratischen Werte ist jedoch der friedliche Charakter Westdeutschlands. Es hat wohl die am wenigsten kriegslustige politische Kultur in Westeuropa. Es war schon fast unheimlich, mit welchem Unverständnis die meisten Westdeutschen (sicherlich die meisten westdeut-

Mittwoch in der WELT Frankreich: „Le Monde“

Nach langer schwerer Krankheit entschlief unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, unsere liebe Oni und Uromi

## Lona Pirsch-Steigerwald

geb. Weigel  
\* 3. 5. 1909 † 16. 7. 1986

In stiller Trauer  
im Namen aller Angehörigen  
Hans Joachim und  
Ursula Pirsch-Steigerwald

Pirschberg im Billetal 72  
2077 Trittau

Trauerfeier am Freitag, dem 25. Juli 1986, um 14.00 Uhr, Friedhof Hamburg-Ohlsdorf, Kapelle 10.  
Die Urnebeisetzung erfolgt später auf dem Begräbnisfriedhof in Heidelberg.

**Familienanzeigen und Nachrufe**  
können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden.

Telefon:  
Hamburg (0 40) 3 47-43 80  
oder -42 30  
Berlin (0 30) 25 91-29 31  
Kettwig (0 20 54)  
1 01-5 18 und 5 24

Telex:  
Hamburg 2 17 001 777 as d  
Berlin 1 84 611  
Kettwig 8 579 104

## Was kann man mit 100 Mark machen?

# MISEREOR

Man kann damit zum Beispiel einen Ochsenpfug für die Arbeit auf einem Reisfeld in Indonesien kaufen

100 Impfungen als Schutz gegen Tuberkulose, Kinderlähmung und Diphtherie in Indien durchführen

ein Sozialprogramm für die Ärmsten der Armen in den Slums von Bahia/Brasilien zwei Wochen weiterführen

Die Lehr- und Anschauungsmittel für einen vierwöchigen Ausbildungskurs von Genossenschaftsleitern und Dorfsprechern in Westafrika bezahlen.

Man kann mit 100 Mark zu einem der vielen tausend kirchlichen Entwicklungsprojekte beitragen, die neuen Mut bringen und den Willen zu Eigenverantwortung und Selbsthilfe fördern.

Mozartstraße 9,  
5100 Aachen

Spendenkonto: 556-505 Postscheckamt Köln  
556 Stadtparkasse Aachen (BLZ: 390 500 00)

# Wie gut nach 3 Jahren?

## Auto Bild

Mazda 929 Audi 60 CL

### NEU! Gebrauchtwagen-BMW 316 Vergleichstest

Alle Daten über Karosserie, Fahrleistung, Verbrauch und Wiederverkaufswert - in AUTO-BILD.

## Die Zeitung rund ums Auto

Gott der Herr nahm heute meinen inniggeliebten Mann, unseren herzenguten Vater und Schwiegervater, meinen lieben Schwiegersohn und unseren liebsten Opa

## Eugen Saier

\* 17. September 1926 † 17. Juli 1986

im Alter von 59 Jahren völlig unerwartet zu sich in die Ewigkeit.

In Liebe und Dankbarkeit:  
Else Saier geb. Heindl  
Ulrich Saier  
und Jutta Saier mit  
Hanns-Ulrich und Tom  
Ute Bareiß geb. Saier  
und Hermann Bareiß mit  
Christian und Hannes  
Anna Heindl

Alpirsbach-Peterzell, den 17. Juli 1986

Die Beerdigung findet am Dienstag, dem 22. Juli 1986, um 14.30 Uhr auf dem Friedhof in Alpirsbach-Peterzell statt.

Von Beileidsbezeugungen am Grab bitten wir Abstand zu nehmen.

Völlig unerwartet ist unser verehrter Chef und geschäftsführender Gesellschafter

## Eugen Saier

\* 17. September 1926 † 17. Juli 1986

verstorben.

Wir verlieren mit ihm ein Vorbild, dessen ganzes Leben erfüllt war von der Fürsorge für unsere Unternehmen und seine Mitarbeiter.

Er war der Gründer unserer Firmengruppe. Vitalität, Energie und Tatkraft, gepaart mit hohem kaufmännischem Wissen und Können, waren die hervorragenden Merkmale seiner Persönlichkeit.

Sein Leben und sein Wirken sind Vorbild, und Verpflichtung für uns.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Mitarbeiter, Betriebsräte, Geschäftsleitung und Gesellschafter der Firmen

Kunststoffwerk Eugen Saier  
GmbH & Co.

Alpirsbach-Peterzell

GFV-Gesellschaft für  
Verschlußtechnik  
mbH & Co.

Alpirsbach-Peterzell

E + E Plastic  
GmbH & Co. KG

Jettingen

Alpirsbach-Peterzell, den 17. Juli 1986

gut  
ch  
ren!  
s Auto



### Glemp: Nur in der Liturgie ein wenig Freiheit

dpa, Rom  
Der Primas von Polen, Kardinal Jozef Glemp, hat sich skeptisch über die auf dem 10. Kongress der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) angekündigten Reformen geäußert. Auf einer Pressekonferenz in Alghero (Sardinien) kritisierte Glemp nach einem Bericht der römischen Tageszeitung „La Repubblica“, daß sich seit dem Ende Juni stattgefundenen Parteikongress der PVAP nichts geändert habe.

„Die Kommunisten überwachen, kontrollieren und kommandieren. Nur in der Liturgie ist uns ein wenig Freiheit erlaubt“, sagte Glemp. Kritisch äußerte sich der Primas auch über diejenigen Intellektuellen, die Polen in den vergangenen Jahren verlassen haben. Man dürfe das eigene Land nicht im Stich lassen, wenn es in Schwierigkeiten sei, meinte Glemp. Der Kardinal hatte in Alghero einen Friedenspreis entgegengenommen und aus diesem Anlaß eine Pressekonferenz gegeben.

### Dissidenten wollen engere Kooperation

JGG, Köln  
Polens Untergrund strebt eine engere Zusammenarbeit mit Dissidenten aus anderen Ostblockländern an. So hat der Vorsitzende der „Kämpfenden Solidarność“ und Chefredakteur des im Untergrund erscheinenden „Niederschlesischen Bulletin“, („Biuletyn Dolnoslaski“), Kornel Morawiecki, die jetzt in Paris lebende sowjetische Dissidentin, Natalia Gorbaniewskaja, gebeten, ehrenhalbes Redaktionsmitglied zu werden. In einem offenen Brief wurde die Auszeichnung von ihr angenommen und als „große Ehre“ bezeichnet. „Ich habe die Hoffnung, daß ich die Zeit erleben werde, da euer Programm Wirklichkeit wird und das sowjetische Imperium auseinanderbricht.“

Wie aus polnischen Oppositionskreisen dazu zu hören ist, wollen andere polnische Untergrundzeitschriften dem Beispiel des „Niederschlesischen Bulletin“ folgen und emigrierte Dissidenten aus der Sowjetunion, der CSSR und Ungarn zur Mitarbeit einladen. Tschechische und slowakische Oppositionelle, die noch in der CSSR leben, arbeiten bereits unter Pseudonym mit.

## Managua wird nicht kapitulieren

Ortega wirft Washington „Völkermord“ vor / Bischöfe klagen über „Volkskirche“

DW, Managua  
Sieben Jahre nach dem Sieg der Sandinisten über den Diktator Anastasio Somoza ist von der Euphorie des Aufbruchs in ein neues Zeitalter nichts mehr zu spüren. Das ist nicht nur ein Ergebnis des Kampfes der Contras gegen die neuen Machthaber, sondern auch des Drucks von innen auf ein Regime, das seinen diktatorischen Charakter kaum noch verschleiern und immer stärker in die Isolierung gerät. Hinzu kommt die Armut, eine Folge der Mißwirtschaft.

An der Spitze des gewaltlosen Widerstandes gegen die Sandinisten steht die katholische Kirche des Landes. Die Bedeutung der Kirche, die furchtlos die Wahrung der Menschenrechte einfordert, hat das Regime zu einer harten Linie veranlaßt. Die Bischöfe Nicaraguas haben sich jetzt in einem in Washington veröffentlichten Schreiben an Amtsbrüder in aller Welt über eine wachsende Bedrohung beklagt. „Die moralische und körperliche Unversehrtheit von Bischöfen, Priestern, religiösen Menschen und Gläubigen ist ständig bedroht, von Skandalen, Massenkund-

gebungen, Todesdrohungen oder Ausweisungen aus dem Land, wenn sie in Treue fest zur Kirche und der Verteidigung der Menschenrechte stehen“, heißt es in dem Brief, der von dem Weihbischof von Managua, Bosco Vivas Robelo, unterschrieben ist.

Besonders beklagt wird die Gründung der sogenannten Volkskirche. Hier haben sich katholische Gläubige zusammengefunden, die die Regierung unterstützen und die Unabhängigkeit von der Amtskirche anstreben. Diese Organisation stehe, so der Brief, „völlig im Dienste der Regierung und ist der gefährlichste Arm der von dieser Regierung bei ihren Versuchen benutzt wird, die Kirche zu spalten“.

Die Installation einer sandinistischen Regierung vor sieben Jahren hat die Lage der Menschenrechte nicht verbessert. Das zeigen nicht nur die Klagen über Bedrohungen, sondern selbst die Zahlen, die die Regierung veröffentlicht hat. 1800 politische Häftlinge sind nach Angaben von Innenminister Tomas Borge in den nicaraguanischen Gefängnissen

inhaftiert. Die Regierung beschuldigt sie „konterrevolutionärer Handlungen“. Die von der Regierung unabhängige Menschenrechtskommission hält diese Angaben für geschönt. Sie beziffert die Zahl der politischen Gefangenen in Nicaragua auf mehr als 6500 Menschen. Hinzu kämen 2500 ehemalige Angehörige der Nationalgarde Somazas.

Der Regierung steht das Wasser bis zum Hals. Angesichts der wirtschaftlichen Probleme blieb Präsident Daniel Ortega nichts anderes übrig, als vor 1500 Menschen an dem Jubiläumstag einzustehen: „Es wird noch mehr Schwierigkeiten geben, aber wir werden nicht wegen Hungers kapitulieren.“ Kuba und die Sowjetunion konnten diesen „Hilferuf“ zum ersten Mal via Satellit direkt empfangen.

In beleidigendem Ton stellte der Präsident die US-Hilfe an die Contras auf eine Stufe mit nationalsozialistischen Verbrechen. US-Präsident Reagan wetteifere mit Nero und Hitler, indem er „das nicaraguanische Volk mordet“.

### Protest im Zentrum Moskaus verhindert

AP, Moskau  
Der sowjetische Bürger Serafim Jewskow ist in Moskau festgenommen und vermutlich in eine psychiatrische Klinik eingeliefert worden, weil er gegen die Inhaftierung seines Sohnes protestieren wollte. Die Tochter des Mannes, Ludmilla Jewskowa, berichtete gestern, ihr Vater und ihre Mutter seien am Samstagabend in einer Eisenbahnstation festgenommen worden. Sie hätten zum Puschkinplatz im Zentrum Moskaus gewollt, wo Mitglieder der Familie in den vergangenen Wochen regelmäßig mit Plaketten an der Kleidung erschienen waren, auf denen „Gefangener Jewskow“ stand.

Während ihre Mutter von der Polizei wieder freigelassen wurde, sei ihr Vater mit gefesselten Händen in den Transportwagen einer psychiatrischen Klinik gezerrt worden, berichtete die Frau. Der Sohn der Familie war im Mai dieses Jahres zu drei Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden, weil er sich dem Dienst in der sowjetischen Armee widersetzt hatte.

### 25 Soldaten in Chile verhaftet

dpa, Santiago  
Im Zusammenhang mit dem Tod eines Demonstranten sind 25 chilenische Soldaten, darunter drei Offiziere, festgenommen worden. Der Militärgouverneur von Santiago, General Carlos Ojeda, erklärte dazu, die 25 Soldaten seien wegen „möglicher Beteiligung und Verantwortung“ für den Tod des 19-jährigen Rodrigo Rojas den zivilen Justizbehörden überstellt worden.

Rodrigo Rojas soll am 2. Juli, dem ersten Tag des von der Opposition organisierten zehntägigen Generalstreiks, von Soldaten mit Benzin übergossen und dann angezündet worden sein. Er starb am 6. Juli. Die 18-jährige Studentin Carmen Quintana hatte bei dieser Aktion lebensgefährliche Brandwunden erlitten. Ihr Gesundheitszustand ist nach wie vor kritisch.

Nach dem Kommuniqué des Militärgouverneurs war die Kleidung von Rojas und Quintana durch unglückliche Umstände in Brand geraten. Die Anwälte der Familien Rojas und Quintana hatten dies bestritten.

### Moskau attackiert Diplomaten-Schule

rt, Moskau  
Der Moskauer Parteichef Boris Jelzin hat massive Vorwürfe gegen die Diplomaten-Akademie in der sowjetischen Hauptstadt erhoben und sie wie andere Schulen des Auswärtigen Dienstes als Brutstätten für Sonderrechte und Korruption hingestellt. Die Tageszeitung „Moskowskaja Prawda“ meldete am Sonntag, Jelzin habe auf einer Parteiveranstaltung gerügt, daß 70 Prozent der Akademie-Hörer aus Funktionärsfamilien stammten. Rund 40 Prozent der Dozenten seien untereinander verwandt. In einer der Fakultäten sei die Zahl der schwarzarbeitenden Lehrkräfte viermal höher als die der regulären Ausbilder.

Der Stadtverband der Partei habe sich in die Belange der Akademie lange Zeit nicht eingemischt, zum Schaden der Ausbildungsqualität, wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit und Disziplin, sagte der Politbüro-Kandidat. Ähnlich ernst sei die Lage am Staatlichen Institut für Internationale Beziehungen in Moskau und in anderen Ausbildungsstätten.

## Genscher holt sich letzte Informationen bei Nitze

Wird umstrittenes Abkommen doch in Moskau unterzeichnet?

dpa/AP, Bonn  
Kurz vor seinem Abflug zu einem dreitägigen offiziellen Besuch in der Sowjetunion ist Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher auf dem Köln-Bonner Flughafen gestern vormittag noch mit dem Sonderbeauftragten für US-Präsident Ronald Reagan für die Genfer Abrüstungsverhandlungen, Paul Nitze, zusammengetroffen. Bei dem Gespräch informierte Nitze den FDP-Politiker über den Entwurf der amerikanischen Antwort auf die jüngsten sowjetischen Abrüstungsvorschläge sowie über den letzten Stand der Genfer Verhandlungen. Der Sonderbeauftragte des US-Präsidenten war der letzte in einer Reihe von Gesprächspartnern, mit denen sich Genscher auf die Unterredungen in Moskau vorbereitet hatte.

Nach den Worten von Außenminister Genscher liegt die eigentliche Bedeutung seines Besuchs darin, daß die Bundesregierung an dem wieder in Gang gekommenen West-Ost-Dialog aktiv teilnehmen will. In einem Interview des Süddeutschen Rundfunks sagte er, Bonn halte es für wichtig, in Moskau in aller Ausführlichkeit und Intensität über das West-Ost-Verhältnis, vor allem auch über die Abrüstungsfragen zwischen Ost und West zu sprechen.

Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Lutz Stavenhagen (CDU), sagte über das Klima vor dem Genscher-Besuch, die Bundesregierung sehe zur Zeit optimale Chancen für faire Abrüstungsvereinbarungen zwischen den Supermächten.

### Bonns Interesse an Gipfel

Im Südwestfunk erklärte Stavenhagen gestern, die Deutschen hätten aufgrund ihrer geographischen Lage und ihrer Geschichte durchaus das Recht, den amerikanischen Bündnispartner energisch zu drängen, jetzt bei den Abrüstungsverhandlungen zügig voranzugehen. Das Ziel müßten natürlich faire Verträge sein.

Genscher kündigte an, er werde in Moskau auch das Interesse Bonns an einem zweiten Gipfeltreffen zwischen US-Präsident Reagan und dem sowjetischen Parteichef Gorbatschow unterstreichen. Ein solches Treffen, das natürlich auch substantielle Fortschritte bringen solle, sei wichtig. Es komme jetzt darauf an, daß die Bun-

desregierung ihr eigenes Verhältnis zur Sowjetunion und ihren Verbindeten nutze, um Verständnis für die deutschen Probleme und Sorgen herbeizuführen, aber gleichzeitig auch dazu beitrage, daß es Fortschritte im amerikanisch-sowjetischen Verhältnis gibt. Die sowjetische Regierungszeitung „Iswestija“ veröffentlichte gestern ein Kurzporträt des deutschen Außenministers und brachte in dem Begleittext die Hoffnung zum Ausdruck, daß der dreitägige offizielle Moskau-Besuch Genschers zum besseren gegenseitigen Verständnis zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland beitragen werde.

### Porträt in der „Iswestija“

Das Blatt wies zwar darauf hin, daß Genscher wiederholt in die Sowjetunion gereist sei, vermied aber den Hinweis, daß es auf dessen letzte Visiten in Moskau keine Gegenbesuche eines sowjetischen Außenministers in Bonn gegeben habe.

In der Sowjetunion wird Genscher mit seinem Amtskollegen Schewardnadse, aber voraussichtlich auch mit Parteichef Gorbatschow und Staatsoberhaupt Gromyko zusammenkommen. Für Gorbatschow hat der Bundeskanzler Helmut Kohl im Gepäck, in der der Kanzler die Bereitschaft der Bundesregierung bekräftigt, die Beziehungen zur Sowjetunion auf allen Ebenen auszubauen und zu vertiefen.

Vor der Abreise Genschers wurde gestern auch Optimismus in Bezug auf das geplante Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion verbreitet. Aus der Umgebung des Ministers verlautete am Vormittag, obwohl die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen seien, werde jetzt davon ausgegangen, daß die Vereinbarung während des Aufenthaltes des deutschen Außenministers noch unterschrieben werden könne.

Von den Grünen wurde Genscher aufgefordert, auch das Thema Tschernobyl anzusprechen. Der Bundestagsabgeordnete Suhr forderte, der Außenminister solle darauf dringen, daß die Atomreaktoren in Tschernobyl nicht wieder in Betrieb genommen würden.

## Mubarak gibt „gigantische Probleme“ zu

Der ägyptische Staatspräsident Hosni Mubarak ist zuversichtlich, daß sein Land die akuten wirtschaftlichen Probleme lösen kann. In einer mehr als zweistündigen Rede zum Auftakt des vierten Kongresses der regierenden Nationaldemokratischen Partei (NDP) erklärte Mubarak in Kairo unter dem Belfall der Delegierten: „Die ägyptische Wirtschaft liegt nicht auf der Intensivstation. Ägypten tanzt nicht auf einem Vulkan.“

Der Staatschef, der sich zufrieden über das Ergebnis seiner jüngsten Reise nach Rom, Paris, London und Bonn äußerte, gestand ein, daß Ägypten „gigantische Probleme“ habe. Er deutete unter anderem an, daß Kairo eine Umschuldung mit ausländischen Gläubigern anstrebe. „Die Schuldenlast wird in diesem und im nächsten Jahr einen Höhepunkt erreichen, und wir versuchen eine Umschuldung.“ Ägypten ist mit rund 70 Milliarden Mark im Ausland verschuldet.

### Geringe Chancen für Andreotti

dpa, Rom  
Die Bemühungen des bisherigen italienischen Außenministers Giulio Andreotti, eine stabile Neuaufgabe der Fünf-Parteien-Regierung unter seiner Führung einzuleiten, sind nicht von Erfolg gekrönt. Noch am Freitag hatte Andreotti Staatspräsident Francesco Cossiga um eine Verlängerungsfrist für seine Bemühungen zur Regierungsbildung bis Montag gebeten.

Wegen der zwischen Sozialisten und Christdemokraten andauernden Gegensätze mußte am Sonntag eine geplante Begegnung der Parteisekretäre der fünf Koalitionspartner (Christdemokraten, Sozialisten, Republikaner, Sozialdemokraten und Liberale) abgesagt werden. Kern der Auseinandersetzung ist die Frage, welche Partei den Ministerpräsidenten stellt. Eine Neuaufgabe der Regierung unter dem Sozialisten Bettino Craxi wollen die Christdemokraten nur zulassen, wenn sie zeitlich bis zum kommenden Frühjahr begrenzt ist. Die Sozialisten bestehen aber darauf, daß Craxi bis zum Ende der Legislaturperiode 1988 ohne zeitliche Auflagen weiterregieren darf.

Mit Dank und Hochachtung nehmen wir Abschied von

**Ernst Blickle**  
26. 3. 1913      15. 7. 1986

**Ernst Blickle**  
26. 3. 1913      15. 7. 1986

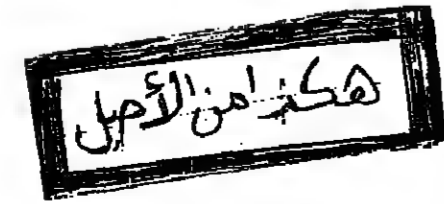
In tiefer Trauer, Liebe und Dankbarkeit  
im Namen der Kinder und aller Angehörigen  
**Edeltraut Blickle geb. Pähr**

Wir werden unsere Arbeit in seinem Sinne fortsetzen  
**Geschäftsleitung,  
Betriebsrat und Belegschaft der  
SEW-EURODRIVE-Unternehmensgruppe**

Bruchsal, Weitenruß 4

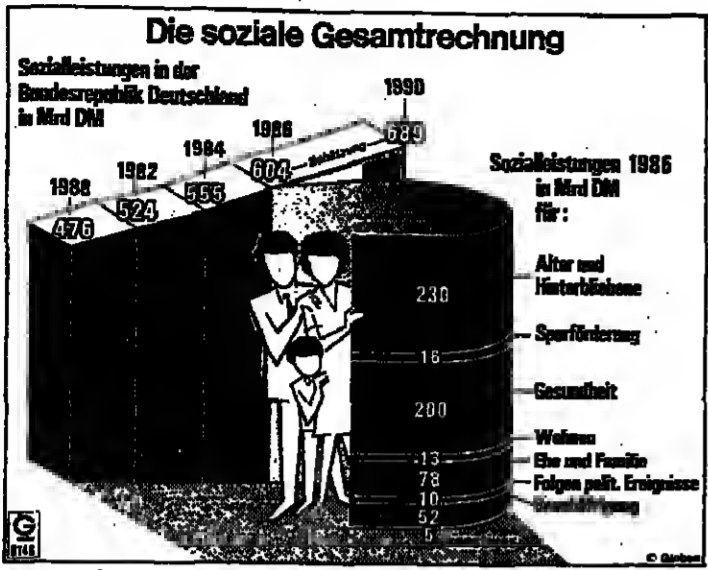
Bruchsal, Industriestraße 42

Die Urnenbestattung wird in aller Stille erfolgen.  
Statt zugedachter Kranz- und Blumenspenden bitten wir um eine Spende zugunsten der Deutschen Krebshilfe e.V., Konto-Nr. 90 90 90, Deutsche Bank, Bonn





Mubarak  
gigantische  
Probleme



Die Sozialleistungen in der Bundesrepublik haben eine neue Rekordmarke erreicht, von einem Abbau kann nicht die Rede sein. In diesem Jahr steigen die Aufwendungen auf die Rekordmarke von 604 Mrd. Mark, 49 Mrd. Mark mehr als 1984. Gegenüber 1980 beträgt das Plus 128 Mrd. Mark. Der größte Brocken im Sozialbudget 1988 ist mit 230 Mrd. Mark für die Versorgung der älteren Mitglieder und der Hinterbliebenen vorgesehen.

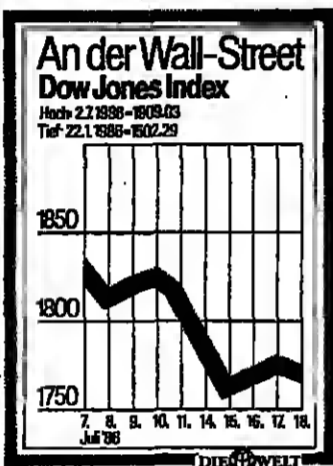
### FÜR DEN ANLEGER

**Renten:** Experten sehen Spielraum für einen leicht abwärts gerichteten Zinstrend auf dem deutschen Markt. (S. 11)

**Aktien:** Deutliche Kursrückgänge kennzeichnen die in der vergangenen Woche das Geschehen an wichtigen internationalen Börsen. Neben der Wallstreet schlossen auch Toronto, London und Zürich schwächer. Eine Ausnahme bildete Tokio.

**Wertpapiere:** Die Emissionstätigkeit bei Festverzinslichen verhielt sich im Juni auf dem Niveau des Vormonats. Inländische Emittenten begaben Rentenwerte von nominal 13,6 Mrd. DM, teilte die Bundesbank mit. Junge Aktien wurden im Kurswert von 0,9 Mrd. DM abgesetzt.

**Bundesbank:** Die Währungsreserven sind in der Woche zum 15. Juli aufgrund von Zinszuschüssen auf Auslandsanlagen um 0,4 auf 82,5 Mrd. DM gestiegen. Die Aus-



### WELTWIRTSCHAFT

**US-SSR:** Die Industrieproduktion ist im ersten Halbjahr 1988 nach amtlichen Angaben um 5,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen.

**Öl:** Saudi-Arabien hat seine tägliche Fördermenge über den von der Opec gesetzten Rahmen von 4,35 Mill. Barrel auf mehr als fünf Mill. Barrel hochgefahren. Die irakische Regierung kündigte für

1987 eine beträchtliche Erhöhung der Ölförderung an.

**Philippinen:** Die Zentralbank hat die Importkontrollen für 262 Produkte im Zuge des Liberalisierungsprogramms aufgehoben.

**Brüssel:** Die EG-Finanzminister beginnen heute mit den Beratungen über den Haushaltsplan der Gemeinschaft für 1987.

### UNTERNEHMEN & BRANCHEN

**Autos:** Der US-Konzern Ford will 40 Prozent des Kapitals des staats-eigenen italienischen Herstellers Alfa Romeo, Mailand, übernehmen. Durch die Kooperation mit Ford soll der Ausstoß der Alfa-Romeo-Werke verdoppelt werden. (S. 11)

**Mittelstand:** Die Kreditanstalt für Wiederaufbau hat in einer Studie herausgefunden, daß kleine und mittlere Unternehmen durchaus nicht immer dynamischer und dem Strukturwandel besser gewachsen sind als ihre großen Kollegen. (S. 11)

**USA:** Durch die größte Einzelhandelsfusion seit zehn Jahren entsteht ein neuer Warenhausgigant. (S. 10)

**General Motors:** Der US-Autohersteller hat insgesamt 43 825 Arbeiter wegen der Umstrukturierung der Werke auf neue Modelle vorübergehend entlassen.

**Rotaprint:** Ein Konkurs des Berliner Unternehmens ist nach Ansicht des Hamburger Rechtsanwalts Gerd Weiland unvermeidlich, wenn das Land Berlin sich gegen weitere Hilfen sperrt. (S. 11)

### MÄRKTE & POLITIK

**Waschmittel:** Immer mehr Hausfrauen waschen umweltfreundlich. Phosphatfreie Waschmittel kommen in der Bundesrepublik nach Angaben der Düsseldorfener Henkel KGaA inzwischen auf einen Marktanteil von 25 Prozent. (S. 11)

**Strukturpolitik:** Ein Mangel an Gewerbeflächen und zu hohe Energiekosten hemmen das Wachstum im westlichen Ruhrgebiet und in der Niederrhein-Region, hat ein Standortgutachten für die IHK Duisburg ergeben. (S. 10)

**Wohnigentum:** „Noch nicht optimal“ nennt das Ifo-Institut die Steuer-Neuregelung, die am 1. Januar 1987 in Kraft tritt. Der Wegfall der Nutzungswertbesteuerung fördere vor allem schuldenfreie Objekte und nicht den Neuwert. (S. 10)

### NAMEN

**Monopolkommission:** Der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Otto Schlacht, hat die Kritik der SPD an der Berufung des Wirtschaftsprofessors Carl-Christian von Weizsäcker zurückgewiesen. In einem Brief an den SPD-Abgeordneten Uwe Jens schreibt Schlacht, von „einer grundlegenden Richtungsänderung“ in der Kommission, die Jens befürchte, könne keine Rede sein.

**Standvorsitzende:** Prof. Karl Mönkemeyer, vollendet am Donnerstag das 70. Lebensjahr. Mönkemeyer kam 1952 zur damaligen Chemische Werke Hüls AG, wurde 1964 in den Vorstand berufen und war von 1972 bis 1980 Vorstandschef des Chemie-Unternehmens.

**Wer sich allzuern grün macht, den fressen die Ziegen.**  
Johann Wolfgang von Goethe

## Das Problem der Durchsetzung neuer Energien liegt im Markt

Riesenhuber: Vielfach besteht nur noch ein sehr begrenzter Forschungsbedarf

**HEINZ HECK, Bonn**  
Heute tagt in Bonn eine Staatssekretärskonferenz, die die sicherheits-, gesundheits-, forschungs- und energiepolitischen Folgen für die Bundesrepublik aus dem Reaktorunfall Tschernobyl beraten soll. Zu den Vorträgen gehört auch ein Vortrag des Kanzlers an Forschungsminister Riesenhuber, der die zusätzlichen Möglichkeiten zur Einsparung und zur besseren Ausnutzung von Energie sowie zur Nutzung alternativer Energiequellen zu prüfen hat.

In der Staatssekretärskonferenz sind unter Vorsitz des Kanzlers die Ressorts Finanzen, Forschung, Gesundheit, Inneres, Umwelt, Verkehr und Wirtschaft vertreten. Riesenhuber hat das Ergebnis seines Prüfungsauftrags Anfang Juli dem Kanzler in einem Schreiben mitgeteilt, ohne es allerdings vorher mit den übrigen Ressorts abzustimmen. Er erinnert daran, daß es bei vielen Energietechniken nur noch um einen „sehr begrenzten Forschungsbedarf“ gehe. Das Problem liege „in der Durchsetzung der neuen Energietechniken im Markt, jenseits der Ressortgrenzen des Forschungsministeriums“.

Sein Katalog mit insgesamt fünf Vorschlägen zielt auf Steuervergünstigungen, Zuschußprogramme etwa für die Landwirtschaft, Neugestaltung von Stromabnehmerverträgen und Testprogramme für Sonnenenergienutzung. Insgesamt hält er die Kosten seiner Vorschläge für „überschaubar“. So würden sich die Steuerminderungen über die nächsten zehn Jahre kaum „auf wesentlich mehr als 200 Millionen Mark addieren... Größere Programme könnten natürlich leicht entwickelt werden, jedoch scheinen sie mir in der derzeitigen Situation kaum realisierbar zu sein“.

Als Fazit verweist Riesenhuber auf das Urteil von Fachleuten. Danach sei zu bezweifeln, daß sowohl bei der regenerativen Energie als auch bei der „schon außerordentlich erfolgreichen“ Energieeinsparung „noch sehr große Potentiale durch staatliche Maßnahmen erschlossen werden können, insbesondere solange der Ölpreis niedrig ist“. Den Vorteil sieht er eher auf der politischen Ebene, denn es könne „deutlich gemacht werden, daß alle absehbaren Möglichkeiten mit wirtschaftlich vertretbaren Instrumenten gefördert werden“.

Zu den Vorschlägen im einzelnen: Die Investitionszulage für ausgesuchte energiesparende Maßnahmen sollte von derzeit 7,5 auf 20 Prozent erhöht werden (Paragraph 4a Investitionszulagengesetz). Bei einer Beschränkung der Erhöhung auf gewerbliche Anlagen zur Nutzung der Windenergie sowie von Biomasse und Biogas rechnet er mit nicht mehr als 10 Millionen Mark jährlichem Steuerausfall. Für innovative und erneuerbare Energietechnik wie Wärmepumpen, Solar- und Anlagen zur Wärmerückgewinnung, zur Nutzung von Windenergie, Biomasse und -gas sowie Anschließ an Kraft-Wärme-gewinnung Fern- und Nahwärmesysteme empfiehlt er eine Verkürzung der Abschreibungsfristen.

Auf die Energie, vor allem die Stromwirtschaft sollte eingewirkt werden. Einsparungsvergütungen und Durchleitungspreise für regenerative Energien attraktiver zu gestalten.

## Neue Strategie für die EG

Von RUDOLF SPRUNG

Vor fast genau einem Jahr hat sich die Kommission der EG das sehr ehrgeizige Ziel gesetzt: Bis 1992 alle Grenzen innerhalb der EG zu öffnen und den Binnenmarkt, wie er zum Beispiel in den USA besteht, zu vollenden. 320 Millionen Bürger sollen zu einem Markt zusammenwachsen.

Die Realität heute, rund 30 Jahre nach Gründung der EG, sieht immer noch anders aus. Immer noch gibt es Grenzkontrollen.

Immer noch gibt es eine Vielzahl unterschiedlicher Regelungen, laufend werden neue nationale Vorschriften erlassen, zum Schutz der Gesundheit, zur Sicherheit der Bevölkerung. Immer noch weichen die Mehrwert- und Verbrauchsteuern in den Mitgliedstaaten stark voneinander ab.

Zielte die bisherige Strategie der Kommission darauf ab, in zeitraubenden Verfahren nach dem Einstimmigkeitsprinzip diese unterschiedlichen Regelungen durch einheitliche, alle Einzelheiten umfassende Gemeinschaftsregelungen zu ersetzen, so hat die Kommission nun unter der engagierten Führung des für den EG-Binnenmarkt zuständigen EG-Vizepräsidenten Lord Cockfield eine neue Strategie entwickelt: Harmonisierung nur noch der zwingenden Erfordernisse von Gesundheit und Sicherheit, im übrigen Beschränkung auf Mindestanforderungen, gegenseitige Anerkennung der unterschiedlichen nationalen Vorschriften oder Verweis auf Normen.

Die Bundesregierung unterstützt diese neue Strategie, da sie wesentlich besser geeignet erscheint, den EG-Binnenmarkt bis 1992 zu verwirklichen: Sie entlastet den Rat von Detailarbeit, bietet erhebliche Deregulierungsmöglichkeiten und belebt den Wettbewerb.

Dennoch bleibt das Ziel mit Zielmarke 1992 äußerst ehrgeizig. Die EG-Kommission hat in ihrem Weißbuch ca. 300 Einzelvorhaben zur Vervollständigung des Binnenmarktes aufgelistet. Dabei geht es um wichtige wirtschaftspolitische Felder. Sie erfordern vielfach ein rigoroses Umdenken.

Eine besonders große Bedeutung kommt der Angleichung der unterschiedlichen Mehrwert- und Verbrauchsteuern zu. Sie sind es vor allem, die derzeit noch Formalitäten beim Grenzübertritt erforderlich machen. Zwar liegen erste Vorschläge auf dem Tisch, so hat zum Beispiel die Kommission angeregt, sich auf eine Angleichung im Rahmen einer Spanne von plus/minus 2,5 Prozent zu beschränken; bei der Mehrwertsteuer wird von ihr beispielhaft eine Spanne zwischen 14 bis 18 Prozent erwähnt; der durchschnittliche Regelsatz von 14 Prozent läge danach noch innerhalb dieser Spanne.

Bei den Verbrauchsteuern möchte sich die Kommission auf fünf wesentliche Steuerarten konzentrieren, die übrigen Verbrauchsteuern (zum Beispiel auf Kaffee, Tee und Zucker) sollten entfallen, wie dies auch in Deutschland von verschiedenen Seiten gefordert wird. Mit den Vorschlägen sind wir weitgehend einverstanden. Konkrete Fortschritte sind allerdings gerade in diesem Bereich noch ausbleiben.

Der Rat hat die Kommission deshalb Mitte Juni aufgefordert, bis zum April 1987 ein Gesamtpaket zur Harmonisierung der Strukturen und Sätze der Mehrwert- und Verbrauchsteuern zu schnüren. Erst dann wird sich über die Realisierungschance konkret etwas sagen lassen. Viele weitreichende wirtschafts- und haushaltspolitische Rückwirkungen werden dann noch zu klären sein.

Der Handlungsdruck ist allerdings groß, denn ohne Fortschritt in diesem Bereich können die Grenzkontrollen nicht aufgehoben werden.

Schwierige Probleme bestehen auch in der Verkehrspolitik. Eine schrittweise Liberalisierung während der Übergangszeit bis 1992 ist erforderlich, verbunden mit einer Beseitigung der Wettbewerbsverzerrungen, insbesondere der fiskalischen Belastungen, also eine Angleichung der sehr unterschiedlichen Mineralöl- und Kfz-Steuerbelastung für LKws in den Mitgliedstaaten. Ein anderer wichtiger Bereich ist die Schaffung eines einheitlichen Marktes für Versicherungsdienstleistungen. Auch hier sollte sich die betroffene Wirtschaft rechtzeitig auf Öffnung der Märkte einstellen und die sich bietenden Chancen nutzen. Die hier vorhandenen Deregulierungspotentiale sollten voll genutzt werden. Dies gilt auch für den Luftverkehrsreich.

Bisher leidet auch die Freiheit des Kapitalverkehrs daran, daß eine Reihe von Mitgliedstaaten immer noch Restriktionen und Substanzklauseln anwendet. Die Kommission hat kürzlich ein stufenweises Liberalisierungsprogramm vorgelegt. Dieses wird von der Bundesregierung unterstützt. Sie hat immer wieder gedrängt, daß sich auch der Produktionsfaktor Kapital frei innerhalb der EG bewegen muß.

Sehr wichtig für den freien Güterverkehr sind auch Fortschritte in dem weiten Bereich der technischen Handelshemmnisse. Gerade hier muß sich die neue Strategie der Kommission „Regelung nur der zwingenden Erfordernisse“ bewähren. Im technischen Bereich muß das Harmonisierungsmodell des Normenverweises zügig auf möglichst weite Produktbereiche angewendet werden.

In der Öffentlichkeit besonders heftig diskutiert wird immer der Fragen der Gesundheit geht, ist auch in Zukunft die Harmonisierung der Vorschriften, und zwar auf relativ hohem Niveau, erforderlich. Soweit es nicht um Gesundheit, sondern um Qualität und Geschmacks geht, sind flexiblere Methoden des Binnenmarktes unausweichlich. In jedem Fall ist die volle Information und die Vermeidung von Irreführung des Verbrauchers durch eine verbesserte Kennzeichnungsregelung zu gewährleisten.

Es sind also noch viele Hindernisse auf dem Weg zur Vervollständigung des Binnenmarktes bis 1992 zu überwinden. Um das Ziel dennoch in etwa zu erreichen, ist vor allem eine Verbesserung des Entscheidungsverfahrens in Botschaften erforderlich. Im Dezember 1983 haben sich die EG-Regierungschefs geeinigt, daß über Maßnahmen zur Vervollständigung des Binnenmarktes künftig weitgehend mit qualifizierter Mehrheit entschieden wird - allerdings nicht bei politisch sensiblen Substanzharmonisierungen. Dies sollte für die notwendige Beschleunigung der Beschlußfassung sorgen.

Hinzukommen muß eine verstärkte Aufklärungs- und Werbekampagne in den einzelnen Staaten, um die vielfältigen nationalen Widerstände zu verringern. So bietet ein gemeinsamer Binnenmarkt eine einmalige Chance, Verkrustungen aufzubrechen, die Wirtschaft von einem übermäßigen Vorschriftendruck zu entlasten, zu deregulieren, die Produktionskosten zu senken, die fruchtbare Arbeitsteilung zu vertiefen. Einen Weg zurück kann es nicht geben.

Dr. Rudolf Sprung ist Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft.

## Widersprüche entnerven Anleger

An der Wall Street fiel der „Dow“ weiter zurück - Notenbankprognose zu optimistisch?

**H.A. SIEBERT, Washington**  
Ungewißheit bestimmt weiterhin das Klima an den US-Aktienmärkten. In der zweiten Wochenhälfte sah es so aus, als sei das Schlimmste überstanden. Die Stabilisierung sicherte jedoch an der sich ausbreitenden Konjunkturschwäche, an der nach der im Juni wieder gesunkenen Industrieproduktion und Kapazitätsauslastung sowie den dürftigen Einzelhandelsumsätzen nun nicht mehr zu zweifeln ist.

Hinzu kamen widersprüchliche Prognosen, die vor allem Freitag große Verwirrung stiften und teilweise beinahe panikartige Kursschwankungen auslösten:

● In ihrem Halbjahres-Report an den Kongress reduziert die US-Notenbank ihre Februar-Vorhersage, nach der das wirtschaftliche Realwachstum in Amerika im Vergleich der vierten Quartale 1985 und 1986 3 bis 3,5 Prozent ausmachen sollte. Dennoch hält sie aber 2,5 bis 3 (Inflationsrate: 2,25 bis 2,75) Prozent für möglich. Für 1987 schließt sie drei bis 3,5 Prozent nicht aus.

● Dagegen nahm das größte Brokerhaus der Welt, Merrill Lynch, eine viel drastischere Revision vor: Nach real 2,9 Prozent im ersten Quartal 1988 hat die Wertschöpfung in der April-Juni-Periode überhaupt nicht zugenommen. Im dritten Quartal ist mit einem Wachstumspuls von einem und im vierten sogar mit minus ein Prozent zu rechnen.

Die US-Notenbank, die den akkommodierenden Geldkurs fortsetzen will, führt Amerikas milde Konjunktur auf das Handelsdefizit (1987: 148,5 Mrd. Dollar) zurück, das einen großen Teil der Nachfrage ins Ausland verlagert und zu Lasten der einheimischen Erzeugung und Investitionen geht. „Folgt man der ‚Fed‘, dann steht die Wende aber bevor, da, wie es weiter heißt, der niedrigere Dollarwert das Wachstum der Importe hemmt und die Exporte stimuliert“.

Diese Ansicht wird sonst nicht geteilt, und zwar mit Hinweis auf die in wichtigen Bereichen überhöhte USA-Ausführungsstruktur sowie Qualitäts- und Produktivitätsmängel. Für Merrill Lynch reichen die Verbrauchermachfrage und der Wohnungsbau nicht aus, um für den Rest des Jahres das Wachstumstempo merklich zu beschleunigen. Die betrieblichen Investitionen bleiben auch 1987 schwach.

Die Wall Street votierte für Merrill Lynch, und „Fed“-Chef Paul Volcker wird am Mittwoch vor dem Bankenausschuß des Senats Mitleid haben, die Prognose zu begründen. Im Wochenverlauf sackte der Dow-Jones-Index noch einmal um 47,45 Punkte (Freitag: minus 3,80) auf 1337,98 Punkte. Etwas besser schnitten der NYSE-Index und der Standard & Poor's 500 ab, die Freitag 0,55 und 0,29 Punkte zulegten, über die Woche aber um 3,16 auf 136,93 bzw. 5,86 auf 236,34 Punkte fielen. Kritik kann es werden, wenn die Unternehmensgewinne im zweiten Quartal wie im Falle IBM weiterhin schlecht ausfallen.

## Enttäuschte Hoffnungen im Handel

dpa/VWD, München

Nach deutlichem Umsatzplus im vergangenen Herbst hat das Winterhalbjahr die Hoffnungen des Einzelhandels enttäuscht. In einer Umfrage zu den Lagerbeständen ermittelte das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung (München) erst im April und Mai wieder wachsende Umsätze beim Handel, der dadurch seine Zurückhaltung bei Bestellungen wegen zu großer Lager wieder aufgeben könnte. Die Industrie hatte im Mai Fertigwaren aus 3,6 (Februar: 3,8) Wochen Produktion auf Lager.

Nach wie vor günstig beurteilt das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe seine Fertigwarenbestände von 3,9 (Februar: 4,2) Produktionswochen. Die Branche Steine und Erden gab sich zuversichtlich, Lieferengpässe beklagten Zellstoff, Papier- und Pappezeuger. Zufrieden ist auch das Investitionsgütergewerbe mit 3,8 (Februar: 3,9) Wochenproduktionen auf Lager. Der Fahrzeugbau fand seine geringeren Autobestände ausreichend, während die Büro- und Datentechnik immer noch auf zu vielen Fertigprodukten festsaß. Nach Lieferengpässen beklagten die Hersteller elektronischer Gebrauchsgüter nun Lagerdruck. Das Verbrauchsgütergewerbe war mit unverändert 3,1 Wochenproduktionen auf Lager unzufriedener, produzierte aber mehr. Textil- und Schuhhersteller klagten über Absatzprobleme.

## AUF EIN WORT



„Auch für den Einzelhandel ist die Aufnahmefähigkeit des Marktes keine unabänderliche Größe. Sie ist vielmehr durch aktives und vor allem innovatives Handeln der Anbieter zu beeinflussen.“

Dr. Walter Deuss, Vorstandsvorsitzender der Karstadt AG, Essen  
FOTO: JUPP GARCHINGER

## Positive Handelsbilanz für „DDR“

rt, Berlin

Das produzierte Nationaleinkommen der „DDR“ ist im ersten Halbjahr 1988 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 4,3 Prozent gestiegen. Das geht aus der am Wochenende veröffentlichten Mitteilung der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik hervor. Nahezu der gesamte Zuwachs beim produzierten Nationaleinkommen, das in etwa mit dem Bruttoinlandsprodukt vergleichbar ist, resultiert aus gesteigerter Arbeitsproduktivität. Diese sei in der Industrie um 8,6 Prozent gestiegen. Die absoluten Zahlen der Wirtschaftsgrößen werden nicht aufgeführt.

Die Außenwirtschaftsbeziehungen seien weiter gefestigt und ausgebaut worden, heißt es in der Mitteilung weiter. Der Exportüberschuß habe insgesamt 1,8 Milliarden Valuta-Mark, deren Wert rechnerisch etwa 0,77 DM entspricht, betragen. Auch im Handel mit den nichtsozialistischen Ländern habe die „DDR“ wiederum eine positive Handelsbilanz erzielt. Der Außenhandelsumsatz mit den sozialistischen Ländern habe 59 Milliarden Valuta-Mark betragen. Dies entspreche zwei Dritteln des gesamten Außenhandelsumsatzes. Laut Mitteilung nahm der Export des Maschinenbaus und der anderen Zweige der verarbeitenden Industrie in das nichtsozialistische Ausland um sechs Prozent zu.

## Wolken über dem Germanengrill

**GÜNTHER DEPAS, Mailand**  
Das Touristikland Italien bekommt immer stärker die Konkurrenz der anderen Mittelmeerländer zu spüren. Dieses alarmierende Signal zieht sich wie ein roter Faden durch eine Untersuchung, die jetzt der italienische Fremdenverkehrsminister Lelio Lagorio vorgelegt hat. Kein Wunder, daß sich Regierung und Fremdenverkehrsverbände inzwischen einig darüber sind, daß die Förderung des Ausländertourismus möglichst schnell zentral koordiniert werden muß.

Als Ursache für das nicht nur im Verhältnis zu Spanien, sondern auch zu allen anderen Mittelmeerkonkurrenten wesentlich langsamere Wachstum des Ausländertourismus in Italien nennt das Fremdenverkehrsministerium vor allem die Preise. Gegenwärtig kostet ein Urlaubstag in Italien im Durchschnitt 20 Prozent mehr als in

Spanien und sogar 70 Prozent mehr als in Griechenland. In den vergangenen Jahren übertraf die Preisentwicklung im Beherbergungs- und Gaststättengewerbe Italiens konstant die Inflationsrate, die seit zehn Jahren ebenfalls konstant die in allen anderen westeuropäischen Ländern übertrifft.

Nicht nur die höheren Preise sind es, die die Attraktivität des Mittelmeereschwächen. Nicht mehr auf der Höhe der Anforderungen erscheinen auch viele Infrastrukturen im Tourismus. Nach einer Erklärung des Präsidenten der staatlichen italienischen Luftfahrtgesellschaft Alitalia, Umberto Nardo, werden die meisten Flughäfen Italiens bereits in den neunziger Jahren dem Bedarf nicht mehr gewachsen sein. Dabei gehören schon heute Flughäfen wie Fiumicino in Rom zu den am schlechtesten funktionierenden der

## Saure Kirschen

**HIL - Bundeslandwirtschaftsminister Kiechle hat die Einfuhrzölle für bestimmte Sauerkirschenerzeugnisse ausgesetzt. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt diesen entschlossenen Schritt als wichtige Voraussetzung für einen besseren Marktverlauf bei der jetzt beginnenden Kirschenernte.“**

So freundliche Worte widmet Kiechles Fraktionskollege Susset einem schlichten Importstopp für Sauerkirschenerzeugnisse, den der Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA) „als sachlich nicht gerechtfertigt“ kritisiert.

Ausgerechnet im Vorfeld einer neuen Gatt-Runde darf es selbstverständlich an „schlagkräftigen Beweisen unserer liberalen Importgesinnung nicht fehlen - ebenso

selbstverständlich mit der kleinen Einschränkung, daß man hier und da entschlossen für einen besseren Marktverlauf“ sorgen muß.

Die Europäische Gemeinschaft trifft diesmal keine Subsid. Susset selbst konstatiert nicht ohne bedauernden Unterton, daß zwei deutsche Vorstöße für einen Importstopp auf EG-Ebene gescheitert seien. Er macht zugleich - wahrscheinlich unfreiwillig - klar, daß Kiechles entschlossener Schritt kontraproduktiv ist, wenn er argumentiert, daß die Obstbauern „weitgehend auf die industrielle Verwertung angewiesen“ seien. Wie aber soll die Industrie wettbewerbsfähig bleiben, wenn sie zwingend auf teure Rohstoffe angewiesen ist? Geht ihr Absatz aber zurück, so der deutschen Kirschaubauern auch. Es ist unverständlich, daß der BGA versäumt hat, Kiechles Schritt auch als kurz-sichtig zu kritisieren.







### Versicherer planen Fonds

Investmenttöchter der Dresdner Bank als Partner

DANKWARD SEITZ, München  
Einen direkten Einstieg in die Investment-Branche planen einige deutsche Versicherungsunternehmen. So liegt seit wenigen Tagen beim Bundesamt für den Kreditwesen ein Antrag für die Gründung einer neuen Kapitalanlagegesellschaft, an der die Vereinigte Versicherungsgruppe (VVG), München, nach eigenen Angaben mit 25 Prozent beteiligt sein wird. Die restlichen Anteile am Grundkapital von 10 Mill. DM werden zunächst von zwei oder drei (noch nicht genannten) Versicherern und den zur Dresdner-Bank-Gruppe gehörenden Dresdnerbank Investment Management und DIT Deutscher Investment-Trust gehalten.

fangsvermögen von insgesamt 500 Mill. DM kommen soll, bereits im Oktober dieses Jahres.  
Mit dem Start dieser Gesellschaft will die VVG dann nach Angaben von Dorschel einen eigenen Fonds mit anfangs 50 Mill. DM aufliegen, der sowohl als Ablaufoffiz wie auch als Instrument der Vermögensanlage genutzt werden kann. Ähnliches dürften auch die anderen beteiligten Versicherer planen. Nicht geplant ist, so Dorschel, die bisher von der VVG aufgelegten zwei Spezialfonds mit einem Fondsvermögen von derzeit rund 407 Mill. DM in die geplante Kapitalanlagegesellschaft einzubringen.

Vor einigen Tagen hatte bereits die Alte Leipziger Versicherung, Oberursel, ebenfalls die beabsichtigte Gründung einer Investmentgesellschaft für Publikums- und Spezialfonds gemeinsam mit einer Frankfurter Bank angekündigt. Genaue Angaben wollte dazu die Gesellschaft noch nicht machen, da die entsprechenden Vertragsverhandlungen noch nicht abgeschlossen seien. Branchenkenner glauben, daß die Alte Leipziger dabei mit der BHF-Bank, Frankfurt, im Gespräch ist und diese mit 40 Prozent an der Gesellschaft beteiligen will.

### Im Umweltschutz erfolgreich

Clouth Gummiwerke erreichten eine Umsatzsteigerung

Fy. Köln  
Die zu gleichen Teilen Conti-Gummi und Phillips Kommunikation gehörende Clouth Gummiwerke AG, Köln, arbeitet weiter mit großem Nachdruck auf die Vermarktung hochwertiger Technologie hin. „Neue Projekte auf dem weiten Gebiet des Umweltschutzes geben uns die Möglichkeit, weiter erfolgreich zu sein“, erläutert Vorstandssprecher Alfred Krainer. Beispiele dafür seien Rauchgasentschwefelungsanlagen für Kraftwerke und schalldämmende Elemente in der Verkehrstechnik.  
Das Geschäft 1985 folgte der Entwicklung der Kautschukbranche. Besondere Erfolge wurden im Bereich Fördertechnik erzielt. Der Sektor Auskleidungen blieb wegen zeitlicher Verschiebung von größeren Aufträgen gegenüber den Planzahlen zurück. Gute Zuwachsraten hatte dagegen der Bereich Verkehrstechnik in innovativen Produkten.

Die Clouth-Gruppe setzte 1985 einschließlich der griechischen Tochtergesellschaft Imas 313 Mill. DM um, der Umsatz der Clouth AG stieg um 8,7 Prozent auf 281 Mill. DM. An dem Zuwachs waren alle Geschäftsbereiche beteiligt. Der Exportanteil blieb mit 21 Prozent in etwa konstant. Der Auftragsbestand erreichte 285 (280) Mill. DM. Der Bestand lag am Jahresende mit 129 Mill. DM auf Vorjahreshöhe. Im Jahresdurchschnitt wurden rund 1500 Menschen beschäftigt.  
Das Gesamtergebnis ging - durch Sondereinflüsse bedingt - zurück. Erhebliche Mittel mußten für zukunftsichernde Maßnahmen im Sach- und Personalbereich aufgewendet werden. Der Jahresüberschuß von 2,7 (2,7) Mill. DM reicht aber wieder für die 16-Prozent-Dividende. Im laufenden Jahr werden die Investitionen (1985: 11 nach 16 Mill. DM, bei 11 nach 10 Mill. DM Abschreibungen) wieder stark steigen.

## Der dynamische Mittelstand - lediglich eine Mär?

Eine Untersuchung der Kreditanstalt für Wiederaufbau kratzt am Image kleiner und mittlerer Unternehmen

JOACHIM WEBER, Frankfurt  
Deimler-Benz, Siemens, Thyssen, Bosch oder Bayer - riesige Konzerne mit großen Namen stehen gemeinhin für die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Doch Innovation, Kreativität, Anpassungsfähigkeit, schnelle Reaktion auf Markterfordernisse - all diese Synonyme für das „richtige“ Wirtschaften schlechthin sind gar nicht so sehr Sache der Giganten, sondern finden sich viel stärker in jenen kleinen und mittleren Einheiten (bis zu 100 Millionen DM Umsatz und 500 Beschäftigten), zu denen 998 von 1000 deutschen Unternehmen überhaupt zählen, die 51 Prozent der Umsätze in der Wirtschaft erzielen. 44 Prozent der Investitionstätigen und zwei von drei deutschen Arbeitsplätzen zur Verfügung stellen.

Schicht schwächerer und wenig innovativer Unternehmen“ gegenüber, die die Erfolge der ersten Gruppe teilweise wieder aufzuholen.  
Die Hypothese, daß kleinere Unternehmen den Anforderungen des gegenwärtigen Strukturwandels besser gewachsen seien als ihre großen Konkurrenten, sei nicht uneingeschränkt zu bestätigen. So gebe die statistische Abschätzung zwar Hinweise darauf, daß die Beschäftigungsexpansion im Mittelstand in den letzten Jahren stärker ausgefallen ist als bei Großunternehmen.  
Doch eindeutig sei das nicht feststellbar, und alle bisherigen Untersuchungen konzentrierten sich ausschließlich auf überlebende Unternehmen. Die Arbeitsplatzausfälle durch Pleiten, in denen kleine, junge Unternehmen in den letzten Jahren den Löwenanteil hatten, bleiben also unberücksichtigt. Daß sie ein durchaus beachtenswertes Gegengewicht ausmachen könnten, wird mit der durchschnittlichen Zahl von zehn bis 13 verlorenen Arbeitsplätzen je Unternehmen insolvenz noch unterstrichen.

„Selbst, wenn vor allem kleine Unternehmen in den 70er Jahren zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen hätten, müßte sich dies nicht zwangsläufig in höheren Beschäftigtenanteilen der Gruppe der kleineren Unternehmen niederschlagen, da die dynamischen unter ihnen möglicherweise in höhere Größenklassen abgewandert sind.“  
Im Klartext: Viele der wirklich erfolgreichen Mittelständler der 70er Jahre sind heute gar keine mehr, ein zu-

sätzliches Problem jeder statistischen Analyse zu diesem Sachverhalt.  
Auch von der überdurchschnittlichen technischen Kreativität und der Innovationsleistung, die den Unternehmen-Davids gerne nachgesagt wird, hält Irsh nicht allzu viel: „Zwar sind in Einzelfällen und vor allem in bestimmten Branchen kleine Unternehmen auf diesen Gebieten zu außerordentlich hohen Anstrengungen fähig, und sie erzielen dann auch entsprechende Erfolge. Für die überwiegende Mehrheit trifft dies jedoch nicht zu.“  
Bleibt noch die wahre Maßlatte allen unternehmerischen Erfolgs, die Rendite. Doch auch hier sieht es für die Mittelständler eher trübe aus. Zwar verdienen sie nach wie vor besser als große Unternehmen. Indessen: „Ihr Rentabilitätsvorsprung ist deutlich, wenn auch nicht völlig abgeschmolzen.“  
Insgesamt also hat sich die gesamtwirtschaftliche Position der Mittelständler in den letzten Jahren eher verschlechtert. Die „tatsächliche wirtschaftliche Macht“ der großen und größten Unternehmen dagegen dürfte, so Irsh, „aufgrund von Kapitalbeteiligungen, personellen Verflechtungen und Lieferabhängigkeiten noch wesentlich stärker zugenommen haben.“

So jedenfalls die gängige Meinung, auch der meisten Wirtschaftspolitiker. Eine Studie der Frankfurter Kreditanstalt für Wiederaufbau aber hat dieses Klischee jetzt mit deutlichen Fragezeichen versehen. Tatsächlich, so ein Ergebnis der Untersuchung mit dem Titel „Kleine und mittlere Unternehmen im Strukturwandel“, geht es auch im Mittelstand recht gemischt zu: Den relativ dynamischen Klein- und Mittelunternehmen, die es wirklich gibt, steht eine „breite

Zudem ist, so die kritische Anmerkung des Autors Norbert Irsh, ein schnelleres Belegschaftswachstum nicht unbedingt ein Zeichen größerer Leistungsfähigkeit. Es könne genau-

### „Rotaprint-Konkurs unvermeidlich“

VWD, Hamburg

Der Zusammenbruch von Rotaprint GmbH, Berlin, ist nach Auffassung des Hamburger Rechtsanwalts Gerd Weiland unvermeidlich. Er erklärte, der Konkursantrag dürfe in den nächsten Tagen gestellt werden.

Die Entscheidung des Senats, bis zur Vorlage eines überzeugenden Sanierungskonzepts keine weiteren Hilfen zu gewähren, nannte Weiland unvermeidlich. Die von Senator Pieroth vermittelten Detailinformationen könne das Unternehmen in absehbarer Zeit nicht erstellen. Ob die Betriebsräte Königsplatz in Niedersachsen mit 160 Arbeitsplätzen und die übrigen Firmen erhalten bleiben könnten, sei zur Zeit ungewiß.

Weiland hat ein Konzept erarbeitet, das nach seinen Angaben durch eine Straffung von Produktion und Organisation die Sanierung der Gruppe und die Erhaltung von rund 600 Arbeitsplätzen in Berlin sicherstellt.

### „Phosphatfrei“ setzt sich durch

dpa, Düsseldorf

„Sehr zufrieden“ ist die Düsseldorf-KGAA mit dem phosphatfreien „Perail“. Sechs Monate nach der Einführung des Produkts verlässt bereits sechs von zehn Paketen der führenden deutschen Waschmittelmarke das Werk als „phosphatfrei“. Damit hat sich dieses Waschpulver nach dem Urteil der Henkel KGAA „am Markt durchgesetzt“.

Phosphatfreie Waschmittel hatten Ende Mai in der Bundesrepublik einen Marktanteil von 25 Prozent erobert, davon kamen fast zwei Drittel von Henkel. Und mit einem Anteil von 39 Prozent liegt das neue Perail auch unter den phosphatfreien Saubermachern an der Spitze.

Bei einer insgesamt stark verringerten Phosphatbelastung stammt nach Henkel-Angaben nur noch ein Viertel der Phosphatmenge aus Waschmitteln, 1978 hatte dieser Anteil noch 40 Prozent betragen.

### Renditetief ist nicht in Sicht

Leicht abwärts gerichteter Zinstrend zu erwarten

Wenn auch das Renditetief von Mitte April (5,35 Prozent) noch längst nicht in Sichtweite ist, spricht doch einiges für einen leicht abwärts gerichteten Zinstrend: niedrigere Ölpreise und stabiler Preisindex, geringere Inanspruchnahme des Kapitalmarkts durch alzu hohe Brutto-Kapitalauf-

nahmen, die stärkere Position der DM im EWS. Die Geldmengenentwicklung kann - kehrt sie in den Zielkorridor zurück - der Bundesbank Spielraum schaffen, über niedrigere Sätze bei den Wertpapieremissionsgeschäften das Terrain für Leitzins-Senkungen vorzubereiten. (Py.)

Emittenten	18.7.86	11.7.86	30.12.85	28.12.85	30.12.84
Anleihen von Bund, Bahn und Post	5,49	5,52	5,91	6,58	7,88
Anleihen der Städte, Länder und Kommalverbände	5,86	5,90	6,24	6,72	7,72
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	5,62	5,64	5,89	6,56	7,83
Schuldverschreibungen der Industrie	5,99	5,91	6,31	6,94	6,29
Kreditanstalten u. Körperschaften	5,09	5,08	6,04	6,05	7,90
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	5,31	5,30	5,64	6,34	7,64
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,29	6,30	6,73	7,14	7,30
Inländische Emittenten insgesamt	5,68	5,67	6,03	6,64	7,89
DM-Auslandsanleihen	6,44	6,44	6,82	7,20	6,08

### Alfa Romeo mit Ford einig

dpa/VWD, Mailand

Die Mailänder Automobilgesellschaft Alfa Romeo und sein potentieller Partner, der US-Konzern Ford, haben sich über die möglichen Formen einer Zusammenarbeit geeinigt. Dies verlautete aus gut unterrichteten Kreisen in Mailand. Beide Firmen hätten vor zwei Monaten vereinbart, spätestens am 21. Juli die Machbarkeitsstudie für eine Kooperation beziehungsweise eine Beteiligung von Ford an Alfa Romeo abzuschließen.

Wie es heißt, sollen sich Alfa Romeo und Ford nicht nur über die Form der industriellen Kooperation,

Überlassen Sie bei Ihrer Berufs-Planung nichts dem Zufall.

Nutzen Sie den großen Stellen-Markt für Fach- und Führungskräfte.

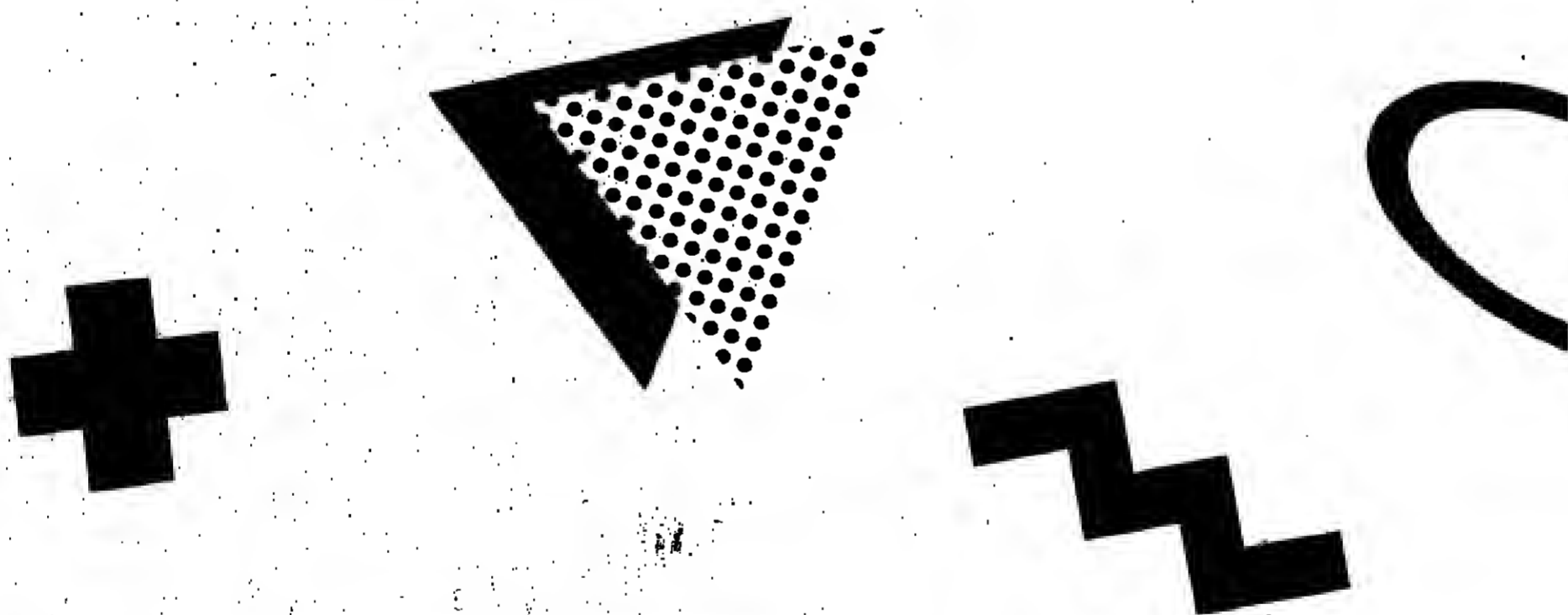
Jeden Samstag in der WELT

sondern auch über die finanzielle Verflechtung bereits in Einzelheiten geeinigt haben. Der US-Konzern soll sich dabei damit einverstanden erklärt haben, sich zunächst mit einer 40-Prozent-Minorität zu begnügen. Gegenwärtig ist das Alfa-Romeo-Kapital zu 84 Prozent in der Hand der IRI-Bereichsholding Finmeccanica und zu 16 Prozent in der Hand der Staatsholding IRI selbst.

Im industriellen Bereich sollen die beiden potentiellen Partner vereinbart haben, die Alfa-Romeo-Produktion von jetzt unter 200 000 auf über 400 000 Stück jährlich mehr als zu verdoppeln. Jeweils die Hälfte davon soll auf das Norditalienwerk Arese bei Mailand und das Südtalwerk Pomigliano d'Arco bei Neapel entfallen. Zumindest anfangs sollen davon 75 Prozent auf Autos mit der Marke Alfa Romeo entfallen, während der Ford-Anteil erst in einer zweiten Phase angehoben werden soll.

Grünes Licht für eine eventuelle Ford-Beteiligung müssen nicht nur die Staatsholding IRI und das Staatsbeteiligungsministerium erteilen, sondern auch die Regierung.

# Schon mal was von Polymathie gehört?



Gerade in der Finanzberatung dürfen Sie von der Berliner Bank Polymathie erwarten. Denn ein vielseitiges Universalwissen - und nichts anderes heißt Polymathie - ist das Erfolgsrezept all unserer Niederlassungen direkt vor Ort.

Das liegt daran, daß bei uns jede Niederlassung mit selbständigen Fachabteilungen ausgestattet ist. Die dortigen Experten für das Kredit-, Devisen-, Wertpapier- oder Auslandsgeschäft beraten Ihr Unternehmen effizient und kompetent. Daß dieses vielseitige Know-how Ihnen ständig direkt zur Verfügung steht, garantiert kurze Wege sowie eine umfassende, wirkungsvolle Betreuung.

Und nicht zuletzt hat sich professionelle Polymathie dazu geführt, daß die Berliner Bank mit einer Konzernbilanzsumme von 27 Mrd. DM heute eine der größten privaten Geschäftsbanken Deutschlands ist.

**Berliner Bank. Die Bank, mit der man reden kann.**

**BERLINER BANK**  
AKTIENGESELLSCHAFT

BERLIN · DÜSSELDORF · FRANKFURT · HAMBURG · HANNOVER · MÜNCHEN · STUTTGART · LONDON · LUXEMBURG





TENNIS / Federation-Cup der Damen in Prag: Martina Navratilova umjubelt, deutsche Mannschaft greift morgen ein

Hinter dem neuen Stadion pfeifen die Lokomotiven

H. J. POHMANN, Bonn
Bereits gestern begann in Prag mit den Qualifikationsspielen der Federation-Cup der Tennis-Damen...

der teilweise fanatischen Besucher zwischen den Ballwechseln bis hin zu den Lokführern auf dem benachbarten Rangierbahnhof...



Martina zu Hause bei Vater Miroslav und Mutter Jana. Der Fotograf der staatlichen Agentur CTK hatte nur kurz Zutritt.

FOTO: AP

Schnelle Siege der Favoriten

Im Davis-Cup-Viertelfinale machten die Favoriten kurzen Prozess: Bereits vor den letzten beiden Einzeln hatten sich mit Titelverteidiger Schweden (3:0 gegen Italien)...

Da wurden zwar für die Wettbewerbe in São Paulo und Nagoya jeweils die stärksten Teams gemeldet, am Start war dann jedoch, speziell nach der vorjährigen amateurlastigen Vorarbeit...

Blumen am Flugplatz, Fotograf im Wohnzimmer

Der Duft von Blumen erfüllte die Luft, die Ankuftshalle des Flughafens war überfüllt. Eine Atmosphäre herzlicher Neugier war zu spüren, als Martina Navratilova in ihre Heimat zurückkehrte...

Genau das aber gelang der stets sehr emotional reagierenden Martina Navratilova nicht. Die Kaltblütigkeit, mit der sie sich auf den Tennisplätzen der Welt zur absoluten Nummer Eins hochgespielt hat...

Sogar die große Rivalin Hana Mandlikova, die wie Martina Navratilova in Prag geboren wurde, sich aber im Gegensatz zu ihr aus Überzeugung zu ihrem Heimatland bekennt...

Ihrer Rückkehr nach Prag hatte sie voll gespannter Erwartung entgegengefeuert. Das Wiedersehen mit den Eltern, zu denen sie auch nach der Flucht ein herzliches Verhältnis...

kehrsbetriebe „Dopravni Podniky“, ein Zentrum mit Tribünen für 7000 Besucher, aus dem Boden. In diese Anlage wurden auch Büros der Federation integriert...

Nett ausgerollt präsentierten sich die vier Mädchen einmal bei SAT 1 während eines Trainingsspiels oder beim ZDF im Studio. Immer wieder wurde die gute Stimmung hervorgehoben...

GOLF / Langer verspielte Spitzenplatz bei Offenen Britischen Meisterschaften. Sein schneller Trost:



Wie rollt und fliegt der Ball bei Stürmböen? Etwas ratlose Blicke von Jack Nicklaus und Bernhard Langer (rechts).

„Vater geworden zu sein ist mehr wert als alle Open-Siege zusammen“

GERD A. BOLZE, Turnberry
Bernhard Langer hatte schnell seinen Optimismus wiedergefunden. Und das war leicht, obwohl er in der dritten Runde der Offenen Golf-Meisterschaften von Großbritannien im schottischen Turnberry einen Spitzenplatz verspielt hatte...

teils nur 25 Meter Breite. Oder über das viel zu hohe Gras (das sogenannte Rough) an den Spielbahnändern, in dem man sich beim Herausziehen des Balles die Handgelenke zerreißt...

Für Trainer steht der Meister schon fest: München

Bis zum Start der Fußball-Bundesliga am 8./9. August bleibt den Klubs noch ausreichend Zeit, in Form zu kommen, die Kondition aufzubessern und die richtige Zusammensetzung der Mannschaft zu finden...

den Titel in Frage. Eindeutig für die Bayern sprachen sich diese 13 Trainer aus: Feldkamp (Uerdingen), Coordes (Stuttgart), Ribbeck (Levertusen), Gerland (Bochum), Schaafstall (Schalke), Bongartz (Kaiserslautern), Höber (Nürnberg), Keßler (Köln), Erei (Düsseldorf), Weise (Frankfurt), Saftig (Dortmund), Fuchs (Homburg) und Hoss (Blau-Weiß 90 Berlin).

Schalke 04 hat mit Bernd Grabosch von Fortuna Köln einen Spieler verpflichtet, der in der letzten Saison in der Zweiten Liga zu den stärksten Mittelfeldspielern zählte. Die Schalcker zahlten eine Ablöse-Summe von 850 000 Mark...

Uerdingens Trainer Karl-Heinz Feldkamp dagegen bangt um seinen Stürmer Wolfgang Schäfer, der mit Verdacht auf einen Jochbruch ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Schäfer zog sich die Verletzung beim Interoto-Spiel bei Leuzens Sports zu...

Wie noch in jeder Saison gehen die Bayern auch diesmal davon aus, daß sie ganz vorne landen werden. Der erfolgreiche Trainer Udo Lattek hat sich in seinem 22. Trainerjahr selbst das hohe Ziel gesetzt: „Ich will mit dem FC Bayern den Hat-trick schaffen.“

So sehr verführerisch Vorhersagen auch immer sein mögen, die Bundesliga-Szene ist ständig in Bewegung. Am Wochenende hat es noch einmal einen nicht uninteressanten Transfer gegeben. Auch melden die Klubs schon die ersten schlimmeren Verletzungen nach den zahlreichen Vorbereitungsspielen...

Pech auch für den Verteidiger Dirk Schlegel vom Bundesliga-Aufsteiger Blau-Weiß 90 Berlin. Der vom VfB Stuttgart nach Berlin gewechselte Schlegel fällt für mindestens drei Monate aus. Bei einem Freundschaftsspiel in Hof zog er sich nach einem Zusammenprall einen Innenband- und Außenbandriß am rechten Knie zu.

Den Gruppensieger verspielt hat Bundesliga-Absteiger Hannover 96 durch eine 0:1-Niederlage bei Legia Warschau. Das 1:3 des 1. FC Saarbrücken beim schwedischen Meister Örgryte Göteborg bedeutete dagegen die fünfte Niederlage im sechsten Spiel für den Bundesliga-Absteiger. Vor 1000 Zuschauern boten die Saarbrücker eine enttäuschende Vorstellung.

NACHRICHTEN

DFB gründet Hilfswerk

Duisburg (dpa) - Der Deutsche Fußball-Bund (DFB) hat ein Hilfswerk für bedürftige mexikanische Kinder gegründet. Dies gab in Duisburg der Delegationsleiter der Deutschen Fußball-Nationalmannschaft in Mexiko, Egidius Braun (Aschen), bekannt.

Titel an Kähn und Kilit

Monheim (dpa) - Albin Kilit (München) und die Aschenerin Monika Kähn gewannen die ersten Titel bei den deutschen Meisterschaften der Wasserspringer in Monheim. Mit 663,06 Punkten errang Kilit vom Drei-Meter-Brett seinen 17. Titel bei nationalen Meisterschaften.

Bronze für Jugoslawien

Madrid (sid) - Die Basketball-Nationalmannschaft von Jugoslawien erkämpfte sich bei der Weltmeisterschaft in Spanien den dritten Rang. Sie besiegte Brasilien mit 117:91. In der Begegnung um den siebten Rang besiegte Israel den Olympia-Vierten Kanada mit 97:84.

Olafsson nach Düsseldorf

Düsseldorf (dpa) - Handball-Bundesligaklub TuRu Düsseldorf verpflichtete den Isländer Páll Olafsson (26). Olafsson absolvierte für Island 102 Länderspiele und erzielte in der letzten Saison für den Bundesliga-Absteiger Grünweiß Dankersen 101 Tore.

Becker sagt ab

Besten (sid) - Der zweifache Wimbledon-Sieger Boris Becker hat seine Teilnahme an dem mit 220 000 Dollar dotierten internationalen Tennis-Turnier in Boston (21. bis 27. 7.) abgesagt. Der 18 Jahre alte Leimener laboriert laut Angaben der Organisatoren an einer Knieverletzung.

Franko Sloothak siegt

Tirschenreuth (dpa) - Sieger im Großen Preis von Tirschenreuth (Oberpfalz) wurde der Mühlener Springreiter Franko Sloothak. Nachdem Sloothak in der mit 60 000 Mark dotierten S-Pfingst in zwei Umläufen mit seinem zehnjährigen Holsteiner Farmer fehlerlos blieb, verlor er im Stechen den ebenfalls fehlerfreien Norbert Nitzoll aus Dumme auf Santans (38,00 Sekunden) auf Platz zwei.

Basketball-Angestellte

Hagen (dpa) - Die Basketball-Bundesliga-Mannschaft des SSV Hagen wird künftig nicht mehr im Hauptverein, sondern als „wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb“ geführt. Dies beschloß die Abteilungsversammlung des Bundesligaklubs, der damit die Konsequenzen aus der Aberkennung der Gemeinnützigkeit für den 1300 Mitglieder starken Hauptverein zog. Im Februar dieses Jahres hatten Steuerfahnder Verträge gefunden, aus denen hervorging, daß einige Bundesliga-Spieler von ortsansässigen Unternehmen entlohnt wurden.

Spielerwechsel nach Asyl

New York (sid) - Der CSSR-Eishockey-Nationalspieler Frantisek Musil wird zukünftig bei den Minnesota North Stars in der nordamerikanischen Profi-Liga spielen. Musil soll einen Mehrjahresvertrag unterschreiben. Der 21 Jahre alte Verteidiger hatte in der Botschaft der USA in Belgrad um politisches Asyl gebeten und war am gleichen Nachmittag mit dem Generalmanager der North Stars Lou Napolitano über London in die Vereinigten Staaten geflogen.

Ringer setzen Signal

Schiffstadt (sid) - Die Junioren-Weltmeisterschaften der Ringer in beiden Stilarten in Schiffstadt setzen neue Zeichen für den internationalen und besonders für den olympischen Sportverkehr. Mit der Teilnahme der Mannschaften aus beiden Teilen Koreas, die in der Länderwertung des freien Stils die Plätze vier (Nordkorea) und sechs (Südkorea) belegten, wurde auch ein Signal für die Olympischen Spiele 1988 in Seoul gesetzt.

Nilsson bleibt in Köln

Köln (sid) - Der deutsche Eishockey-Meister Kölner EC hat den Vertrag mit seinem schwedischen Trainer Hardy Nilsson um drei Jahre bis 1989 verlängert. Der 36jährige führte das Kölner Team in der letzten Saison in seinem ersten Trainerjahr in der Bundesliga auf Anhieb zum vierten Titelgewinn.

Keine Kunstwettbewerbe

Athen (sid) - Die Internationale Olympische Akademie hat auf ihrer 26. Session abgelehnt, wieder olympische Kunstwettbewerbe einzuführen. Zwischen 1912 und 1948 waren Kunstwettbewerbe Bestandteil der Olympischen Spiele. Sie litten vor allem unter dem niedrigen Niveau der teilnehmenden Künstler und den ungelösten Bewertungsproblemen der Jury.

Sieg für Stepanek

Travemünde (dpa) - Der Berliner Alexander Stepanek gewann das mit 25 000 Dollar dotierte Tennisturnier von Travemünde durch ein 6:2, 6:0 über den Australier Karl Limberger.



RADSPORT

Nur Verfolger haben Chancen bei der WM

dpa/sid, Ludwigshafen
In der dünnen Luft von Colorado Springs haben wohl nur die Verfolger...

Dennoch, Bundestrainer Udo Hempel zeigte vorsichtigen Optimismus: „Die Situation ist so, daß wir eine solide Basis besitzen.“

In der Tat: In Ludwigshafen traten einige hoffnungsvolle Talente in die Pedale, die die Lücke zur Weltspitze schließen könnten.

„Roland war heute nicht zu schlagen, er ist auch international auf einem sehr hohen Niveau angelangt.“

Im Sprint ist der Anschluss an die Weltspitze dagegen nach wie vor weit. Die Kölner Frank Weber und Jürgen Greil dominierten zwar erneut die nationale Sprintkonkurrenz...

TOUR DE FRANCE / Frage nach dem Sieger ist ein Spiel mit der Taktik

Hinaults plötzliche Angriffe nur eine Hilfe für Teamkollege Greg Lemond?

Sechs Tage vor dem Ende der Tour de France ist die Frage nach dem Sieger noch so spannend wie am ersten Tag. Und sie ist ebenso ungeklärt.

Dabei hatte es am Samstag auf der 16. Etappe für eine Weile so ausgesehen, als könne Hinault seinen Vorsprung ausbauen.

Die Attacke des Bernard Hinault blieb erfolglos, doch sie zeigte, daß er möglicherweise doch sein Versprechen wahrmacht, das er im letzten Jahr seinem Teamkollegen Greg Lemond gab.

Obwohl er selbst noch die Chance auf den Gesamtsieg hatte, war Lemond 1985 auf den letzten Stufen äußerst defensiv gefahren und hatte Hinault so den fünften Sieg bei der Tour de France ermöglicht.

Offiziell verrät er mit keinem Wort, ob er sein Versprechen einlösen will.



Stillschweigendes Einverständnis zwischen den beiden großen Favoriten... Foto: AP

Doch die Hinweise verdichten sich, daß er Lemond tatsächlich beifien wird. Wie? „Indem ich ohne Rücksicht auf persönliche Verluste attackiere, damit die Gegner von Lemond zum Arbeiten zwingen und ihm Konzentration eröffne.“

Auf den letzten Etappen zeigte sein Fahrverhalten, daß er genau diese Taktik anwendet. Hinault hat mehrere Attacken gefahren, die vielen Rad-Sportexperten absurd erschienen.

FUSSBALL / Sir Stanley Rous gestorben

13 Jahre lang war er Präsident der FIFA

Die Fußball-Welt trauert um eine ihrer großen Persönlichkeiten: Sir Stanley Rous ist im Alter von 91 Jahren gestorben.

Als Stanley Rous am 25. April 1986 geboren wurde, herrschte in Großbritannien noch Königin Victoria.

Vor etwas mehr als einem Jahr feierten Gäste aus 143 Ländern im vornehmen Londoner Stadthaus Kensington den 90. Geburtstag des legendären Fußball-Idols.

Dennoch gab es fast nur noch Fußball für Stanley Rous. 1934 bereitete er sich auf eine Anzeiger, in der er die englische Football Association (FA) geschildert wurde.

um die Vereinheitlichung der Regeln verdient. So führte er international als optisches Zeichen die gelbe und rote Karte ein.

Eine Londoner Tageszeitung hat Sir Stanley Rous einmal wie folgt gewürdigt: „Er ist ein Mann, der auf einem hohen Berg zu residieren scheint.“

Auch als Rous am 11. Juni 1974 in Frankfurt/Main von dem Brasilianer Joao Havelange an der Spitze der FIFA abgelöst und gleichzeitig zum Ehrenpräsidenten ernannt wurde, war für ihn das Fußball-Leben in keiner Weise beendet.

Man wird einen Menschen vermissen, den ein trockener, typisch britischer Humor und eine auch im hohen Alter nicht nachlassende Standfestigkeit in schwierigen Verhandlungssituationen auszeichneten.

Geschlagener Frank Bruno: „Er hat meinen Stolz zerstört“

Drei rechte Haken an das ungeschützte Kinn zerstörten dem Traum von einem britischen Schwergewichts-Weltmeister seit 80 Jahren.

Im Sprint ist der Anschluss an die Weltspitze dagegen nach wie vor weit. Die Kölner Frank Weber und Jürgen Greil dominierten zwar erneut die nationale Sprintkonkurrenz...

Henry Cooper und Brian London gewonnen hatte. Frank Bruno hatte sich für die Chance seines Lebens extra die Kabine ausgesucht, in der sich auch die englische Fußballmannschaft 1986 vor dem WM-Finale aufgehalten hatte.

Von Bruno war nach dem schweren K.O. nicht zu erfahren, ob er dem Rat seines Bewerbers folgen und zu einem Revanchekampf antreten werde.

Frank Bruno, mit 103 Kilogramm schwerer als sein Gegner, wurde im vierten Kampf durch einen linken Schwinger von Bruno bereits fast verteidigungsunfähig gemacht.

Auch in der neunten und zehnten Runde schien der Kampf noch vollkommen offen zu sein. In der elften

Runde jedoch gelang es dem Amerikaner, seinen Gegner an den Seilen zu stellen, einem linken Schwinger, der Bruno bereits fast verteidigungsunfähig machte.

Und er lobte besonders die Kampfmoral des Herausforderers. „Keiner meiner Gegner in nunmehr 27 Kämpfen hat mich vorher öfter und härter getroffen als er.“

LEICHTATHLETIK / Junioren-WM und Mehrkampf-Meisterschaften

„Erhebliche Mängel“, aber auch Hoffnungen

Die Situation der deutschen Leichtathletik ist gewiß nicht rosig. Doch die Zukunft muß nicht so düster sein, wie es die Medaillensaubereite vor den letzten Entscheidungen der Junioren-WM in Athen erwarten läßt.

Hinter den Medaillengewinnern Dietmar Haaf (Sieger im Weitsprung), Stefanie Storp (Zweite im Kugelstoßen) und Edgar Itt (Dritter über 400 Meter) stehen weitere Hoffnungen: Die Berliner Matthias Schlicht (400 Meter) und Karsten Köhrbrück (400 Meter) und Zehnkämpfer Stefan Haigis (Bad Sooden-Allendorf) verfehlten als Vierte nur knapp einen Medaillen-Rang.

Und doch habe sich wieder bestätigt, resümierte Sportwart Otto Klappert, „daß wir erhebliche Mängel haben. Die können wir nur über eine bessere Talentsichtung abstellen.“

amerikanischen Mannschaft setzten sich nur die beiden Sprinter Derrick Florence und Stanley Kerr durch. Die einst in der Frauen-Leichtathletik führende UdSSR wartete vier Tage lang auf einen Sieg bei den Junioren.

Beim gleichzeitig stattfindenden internationalen Leichtathletik-Meeting in Birmingham wurden eine Reihe herausragender Leistungen erzielt.

Das Speerwerfen der Frauen gewann die Engländerin Fatima Whitbread mit 69,42 Meter. Jamaikas widerstandsfähiger Weltmeister über 400 Meter, Bert Cameron, siegte in 45,27 Sekunden.

Sabine Everts: Saisonschluß nach neuer Verletzung

Nur Sekunden währte die Hoffnung der Olympiadinette Sabine Everts. Als sie bei den deutschen Mehrkampf-Meisterschaften der Leichtathleten in Hannover ihre letzte Qualifikations-Chance für die EM in Stuttgart wahrnehmen wollte, war bereits am ersten Hindernis des 100-Meter-Hürdenlaufs der Wettkampf für sie beendet.

Das Ende einer verkorkerten Saison. Seit fünf Monaten laborierte Sabine Everts ständig an Verletzungen, hatte Schwierigkeiten mit dem Ischiokrur. „Ich breche die Saison jetzt ab und nehme im WM-Jahr 1987 einen neuen Anlauf“, sagte sie.

Beim Zehnkampf der Männer war schon seit Wochen klar, daß die Mainzer Siegfried Wentz und Guido Kratschmer sowie Jürgen Hingsen aus Uerdingen nicht starten würden.

ZAHLEN - ZAHLEN - ZAHLEN

REITEN
Derby in Hamburg, Großer Dressur-Preis: 1. Rebbein Robby 1639 Punkte, 2. Minstermann Montecello 1813, 3. Bismarck (alle Deutschland) 1900.

GALOPP
Rennen in Mühlheim-Ruhr: 1. Rennen: Majorität (Ald) vor Charissa und Dep Dancer (Toto) 8:28, 17, 17, 27: 404, 424, 172, 2. R.: Nightrocket (Frl. Faulstich) vor Timarete und Noble Lady (Toto) 4:20, 28, 21, 27: 460, 470, 194, 3. R.: Lissa (Ald) vor Farundo und Spring Blow (Toto) 2:12, 26, 16, 27: 180, 11, 27: 148, 27: 704, 4. R.: Classic (Gib) vor Axis und Derby Star (Toto) 2:00, 34, 20, 27: 518, 27: 912, 5. R.: Lissa (Ald) vor Farundo und Spring Blow (Toto) 2:12, 26, 16, 27: 180, 11, 27: 148, 27: 704, 4. R.: Classic (Gib) vor Axis und Derby Star (Toto) 2:00, 34, 20, 27: 518, 27: 912.

BASKETBALL
WM der Herren in Spanien, Finalrunde in Madrid, Spiel um Platz drei: Jugoslawien - Brasilien 117:91, um Platz 5: Griechenland - Argentinien 102:88, um Platz 7: China-Kuba 83:78, um Platz 9: Israel - Italien 78:101, um Platz elf: Kuba - Argentinien 85:81.

TENNIS
Davis-Cup-Viertelfinale: In Mexico City: Mexiko - USA 1:2, Perez Pascual/Lozano - Flach/Seguro 7:5, 3:6, 6:4, 6:3. In Bastad: Schweden - Italien 3:0, W. Lander/Nyström - Cane/Pasitita 6:4, 7:5, 6:2 - In Sarajevo: Jugoslawien - CSSR 0:3, Zivonovic/Flego - Medri/Smid 3:2, 2:6, 6:4. In Wimbledon: England - Australien 0:3, Bates/Dowdewell - Cash/Fitzgerald 1:6, 5:7, 6:5, 6:3. In Aachen: Gruppe 1: Eder/Finke/Schäfers - Thallner 3:0. - Davis-Cup-Europazone A: Halbfinale: Frankreich - Bulgarien 3:0 in Mollets. - Internationale Turnier in Newport (150 000 Dollar): Damen: Halbfinale: Shriver - White 6:1, 6:3, McNeil-McGregor (alle USA) 6:2, 6:2. - Grand-Preis-Meisterschaften in Münster: Herren Einzel: Halbfinale: Werner (Deutschland) - Vojtesek (CSSR) 6:1, 6:2. Meisack/Leppen (beide Deutschland) 6:3, 7:5.

FUSSBALL
Interfoto-Runde, 6. und letzter Spieltag, Gruppe 1: NEC Nijmegen - Fortuna Düsseldorf 4:3, FC Lüttich - MTK/VfA Budapest 3:0, Gruppe 2 in Moudon: Lausanne Sports Bayer Uerdingen 2:0, 1. FC Union Berlin - Standard Lüttich 4:1, Gruppe 3: Malmo FF - Gornik Zabrze 3:1, Videoton Szekesfehervar - Rosenbergs Trondheim 1:1, Gruppe 4: Kalmar FF - Witoscha Sofia 8:4, Lillestrom SK - FC Rot-Weiß Erfurt 0:1. - Legia Warschau - Hannover 96 1:0, Young Boys Bern - Sigma Olmitz 2:1. - Gruppe B: Admira Wacker Wien - AGF Aarhus 0:2. - Gruppe 7: Brøndby IF - FC St. Gallen 3:0, Widzew Lodz - 1. FC Magdeburg 3:0, Gruppe 8: Crasul AK - Lyngby BK 0:1. - Gruppe B: Linzer ASK - Odense BK 2:1, Lech Posen - Siofoki Bonyas SE 4:1. - Gruppe 10: FC Zürich - IFK Göteborg 2:3. - Gruppe 11: Sturm Graz - FC Luzern 3:2, Ferencváros Budapest - Slavia Prag 0:1. - Gruppe 12: Örgryte IS - 1. FC Saarbrücken 3:1. - Freundschaftsspiele: Stuttgarter Kickers - Hamburger SV 3:2, Hessen Kassel - Werder Bremen 3:5, VfR Aalen - VfB Stuttgart 2:2, FC Bayern - Hamburger SV 2:2, Viktoria Aschaffenburg - Dukla Prag 1:0, VfB Langenfeld - TSV Bayer 04 Leverkusen 1:4, MSV Duisburg - Alemannia Aachen 0:2, FC Erbach - SV Waldhof Mannheim 0:4.

HOCKEY
Länderspiel der Damen: Niederlande - Deutschland 3:0.

LEICHTATHLETIK
Internationales Meeting in Birmingham: Männer: 100 m: 1. Johnson (Kanada) 10:05 Sek., 2. Inob (Nigeria) 10:12 - 200 m: 1. Evans (USA) 20:68 - Meile: 1. Rowland (USA) 3:56,44. - Stabhochsprung: 1. Kozakiewicz (Deutschland) 5,24 m - 400 m: 1. Cameron (Jamaika) 45:87 Sek., 800 m: 1. Crum (England) 1:45:06 Min., 400 m Hürden: 1. Moses (USA) 48:21 Sek., Frauen: 100 m: 1. Ashford 11:09 Sek., 200 m (beide USA) 11,14, Speerwurf: 1. Whitbread (England) 69,42 m. Erste Junioren-Weltmeisterschaft in Athen.

MOTORSPORT
Großer Motorrad-Preis von Frankreich in Le Castellet: Klasse: bis 125 cm (18 Runden = 82,8 km): 1. Cadrola Garelli 36:06,81 Min (154,304 km/std.) (Rundenrekord 2:13,35 Min = 158,86 km/std.), 2. Grestini (beide Italien) Garelli 36:09,61, 3. Aunger (Österreich) 36:10,24, 4. F. Rossi (Italien) 36:11,11. 150 cm: 1. Cadrola 76:09,61, 2. Grestini 76, 3. Brigaglia und Gianola (alle Italien) 77.

Junioren: 400 m: 1. Murphy (Australien) 45,64 Sek., 2. Hernandez (Kuba) 45,84, 3. Itt (Deutschland) 45,72 (Deutscher Juniorenrekord). - 800 m: 1. Sharp (Großbritannien) 1:46,39, 2. Hillenbrand 1:46,80, 3. Müller 1:48,60 (alle Berlin). - Damen, 3000 m Verfolgung: 1. Enzenauer (Ludwigshafen) 4:06,27, 2. Sieghart (Solingen) 4:12,27, 3. Egner (Wiesbaden) 4:11,67. - 2000 m Einzelverfolgung: 1. Matzwey (Oderbruch) 2:47,45, 2. Dorausch (Berlin) 2:52,82, 3. Wasmuth (Köln) 2:49,58. - Herren: Tandem: 1. Weber/Greil (Köln) 2:11, 2. Ledwiger/Zimmermann (Berlin). - Deutsche Meisterschaft 50-km-Einzelzeitfahren in Stuttgart: 1. Bölls (Dortmund) 1:06:22, 2. Stunden (44,8 km/std.): 1. Freinseten (Nürnberg) 1:07:12,9, 2. Schenk (Dortmund) 1:07:10,5.

VOLLEYBALL
„Goodwill Games“ in Moskau, Herren: um Platz 3: Japan - Frankreich 3:1, Finale: UdSSR - USA 3:2.

HANDBALL
„Goodwill Games“ in Moskau, Männer: 5. und letzter Spieltag: UdSSR - Polen 25:18, UdSSR II - USA 27:22, CSSR - Island 20:18. Abschlusstabelle: 1. UdSSR 100 Pkt., 2. UdSSR II 7:3, 3. USA 4:6. - Frauen: 5. und letzter Spieltag: Deutschland - USA 19:13, Dänemark - Japan 25:19, UdSSR - Ungarn 26:15. Abschlusstabelle: 1. UdSSR 100 Pkt., 2. Deutschland 8:2.

KUNSTTURNEN
„Goodwill Games“ in Moskau: Mehrkampf, Turnieren-Einzelwertung: 1. Kolesnikova 78,55 Punkte, 2. Schuchunova 78,40, 3. Omaljanischi (alle UdSSR) 78,10, 4. Poteraj (Rumänien) 77,00, 5. Fang (China) 76,70. - Mannschafts-Mehrkampf der Turnerinnen: 1. UdSSR 196,100 Punkte, 2. Bulgarien 190,800, 3. China 190,250.

MOTORSPORT
Letzte 4, 6, 18, 20, 25, 45, Zusatzzahl: 6. - „Steel 77“: 2, 3, 3, 4, 4, 7, 8. (ohne Gewähr).

GOODWILL GAMES

Kaum Zuschauer Verluste in Höhe von 15 Millionen

Die finanziellen Verluste für die Organisatoren der Goodwill-Spiele, die gestern mit der Schlußfeier in Moskau endeten, liegen möglicherweise bei 15 Millionen Dollar.

„Der Zuschauerzuspruch in Moskau lag weit unter unseren Kalkulationen“, meinte Turner. „Zusätzlich haben sich einige Firmen so vertraglich abgesichert, daß ihnen angesichts der ebenfalls geringen Resonanz des amerikanischen Publikums ein Teil der Gelder zurückgezahlt wird, die sie in die Fernseh-Werbung investiert haben.“

Von einem generellen Mißerfolg der erstmals ausgetragenen Goodwill-Spiele, die 1990 in Seattle eine Neuaufgabe erleben sollen, will Turner allerdings nichts wissen.

An den Finaltagen im Boxen und Volleyball der Herren versuchten die USA, ein sportliches Desaster gegenüber Gasgeber UdSSR abzuwenden. Im Boxen gelang der Versuch: Gegen die übermächtigen Athleten der UdSSR verhielt der 20 Jahre alte US-Meister Albert Johnson aus St. Louis bei den Finalkämpfen den totalen Triumph der Sowjetunion. Mit einem 3:2-Punktsieg über den Fliegengewichtler Rindivas Bilus gewann er als einziger Ausländer eine Goldmedaille bei dem Turnier mit 122 Kämpfern aus 26 Ländern.

Die US-Staffel war im letzten Augenblick geändert worden. Das Pentagon (das amerikanische Verteidigungsministerium) neun Armeeeinheiten der Teilnahme kurzfristig untersagt hatte. Da diese Anordnung am 4. Juli, dem Unabhängigkeitstag der USA, in Moskau eintraf, konnte gegen diese Entscheidung nicht mehr protestiert werden.

Im Volleyball-Turnier der Herren waren den Amerikanern gegen die UdSSR fast ein zweites spektakulärer Erfolg gelungen. Nach einem Spiel, das an Dramatik und Klasse Spitzenformat bewies, unterlagen die USA knapp mit 2:3.



# Im Urlaub: Auf diesen Wellen klingt es deutsch

In Spanien, Portugal, und Nord-West-Afrika:  
**Sender der Heimat:**  
 Mittelwelle: Deutsche Welle (Sender Malta): 1557 kHz = 192 m (14 bis 20 Uhr). Europaweit Saar: 1422 kHz = 211 m. BR: 801 kHz = 374 m. SWF 1: 1017 kHz = 295 m. SDR: 576 kHz = 520 m. HR: 584 kHz = 505 m. Deutschlandfunk: 1539 kHz = 194 m (19.30 bis 23 Uhr in Fremdsprachen).  
 Langwelle: Deutschlandfunk: 153 kHz = 1980 m. DLF auch: 209 kHz = 1435 m (tagsüber).  
 Kurzwelle: Deutsche Welle: 6075 kHz im 49-m-Band (Schaltpause 7.47 bis 8 Uhr). DW auch: 9545 kHz im



31-m-Band (8 bis 21.55 Uhr) und 3995 kHz im 75-m-Band (22 bis 7.47 Uhr). RIAS: 8005 kHz im 49-m-Band. BR: 8085 kHz im 49-m-Band (19.10 Uhr Telegramm für Touristen). Südfunk: 6030 kHz im 49-m-Band. SWF 3: 7266 kHz im 41-m-Band.

**Sender der Gastländer in Deutschland:**  
 Spanien: Radio Aleman Uidecena: UKW 95.0 MHz (montags bis samstags 13.30 bis 14.30, sonntags bis 15 Uhr) für Costa Dorada und Costa Azahar. Radio Antena Aleman Mallorca: UKW 103.2 MHz (montags bis samstags 18 bis 20 Uhr). Radio Balear Internacional Balearen: UKW 88.8 MHz (montags bis samstags 8 bis 10 Uhr). Kanarischer Touristenfunk Las Palmas: UKW 88.8 MHz und MW 1215 kHz (werktags 8.21 Uhr). Radio Canaria Sur Gran Canaria: UKW 89.2 MHz (9.30 bis 10 und 19.30 bis 20 Uhr). Radio Maspalomas Gran Canaria: UKW 95.2 MHz (9 und 20 Uhr). Radio Tourist Lanzarote: 90.7 MHz (9.10 bis 10.40 und 18.05 bis 19.05 Uhr).  
 Portugal: Radio Tourista über Estacao Radio Madeira: MW 1485 kHz = 202 m (montags bis freitags 10 bis 10.30 Uhr). Tourist Radio Lagos: 99.95 MHz (21 bis 22 Uhr, samstags 20 bis 22 Uhr gemischt deutsch-portugiesisch).  
 Zeiten in MESZ. Generell gilt: Empfang auf MW meist nur bei Dunkelheit; auf KW guter Empfang tagsüber. (MW = Mittelwelle, KW = Kurzwelle, LW = Langwelle) E.L.

Nachtrag zu Nord- und Ostsee: Der Deutschlandfunk sagt, daß er auf diesen Wellen zu hören ist: MW 549, 756, 1269 und 1559 kHz (tagsüber in Deutsch). LW 153 und 209 kHz (letztere tagsüber).  
**ENDE**

# Mitbestimmungsdurstige Programmgestalter wollen Scharmützel riskieren Der WDR und das Loewe-Syndrom

In „Blacky“ Fuchsbergers Prominententwurf sorgte sich der Mann um die aktivistisch agierenden Politiker: „Ich kann sie nur bedauern.“ Das war 1982. Inzwischen zeigt sich bei Friedrich Nowotny so etwas wie ein Anfang von Selbstmitleid. Der WDR-Intendant, in seiner Zeit als Studiolofer in der Bundeshauptstadt und „Bericht aus Bonn“-Alleinunterhalter für manchen flotten, gelegentlich auch platten Spruch gut, kommt schon mal ins Grübeln. „Ich muß irgendetwas falsch machen. Ich komme eigentlich zu nichts mehr, was man als besonders angenehm empfinden könnte. Das ist ein bißchen zu wenig als Lebensqualität“, zitierten ihm Regionalzeitungen.

Der erste Mann am Kölner Appellhofplatz bekommt zur Zeit die Nachwirkungen der Berliner Loewe-Affäre zu spüren. Die kriegsstarren Kompanien von mitbestimmungsdurstigen Programmgestaltern, die nach ihrem Sieg über Loewe und die CDU lautstark triumphieren, möchten auch gerne im WDR ein Scharmützel riskieren. Da ist die Sache mit Nowotnys Selbsteinstufung. Der kraft Amtes zur Bildschirmabstimmung ver-

dornerte Intendant versteht sich als „Oberredakteur“, worin ihm Gesetz und Praxis durchaus Recht geben. Aber die Mannschaft hört das nicht gerne, wie das empörte Murren in der Redaktionsversammlung zeigt. Der Chef selber gibt in der Hauszeitschrift „WDR-print“ einen Hinweis auf die Stimmungslage: „Wenn die Anforderung von Manuskripten schon als die Aktion eines Oberredakteurs betrachtet wird, dann betrachte ich mich als solchen.“ Die Truppe war es bislang nicht gewöhnt, daß sich jemand an der Spitze um Beiträge kümmerte.

Die „Monitor“-Redaktion um Klaus Bednarz ist die Speerspitze eines auf Mission, nicht auf Information angelegten Magazin-Journalismus. Im Hause WDR gilt es als offenes Geheimnis, daß Nowotny Bednarz auf einen Auslandsposten im Ostblock wegloben möchte. Dem Nowotny möchte „kein Programm vertreten, von dem ich fest überzeugt bin, daß es durch den Programmfortschritt nicht gedeckt ist.“ Dem Mithras-WDR-Chef jüngst zu Protokoll: „Ich rate allen davon ab, zu versuchen, als Journalist Richter und Staatsanwalt

in einer Person zu sein. Wer immer unter diesem Rezept antritt, ist zum Scheitern verurteilt. Wir müssen darauf achten, daß wir im Streit der Parteien nicht selbst zur Partei werden.“ Auch dieser Satz wurde in Richtung der linken Meinungsmehrheit in eigenen Hause gesprochen: „Ich reagiere ganz allergisch, wenn die Menschenwürde eines einzelnen im Programm zur Disposition gestellt wird, ... und ich bin ganz allergisch, wenn es um Verharmlosung von Gewalt geht, denn so hat schon mal alles angefangen im Deutschen Reich.“

Fegt der frische Wind, der von den privaten Programmen kommt, auch durch die Chefetagen des WDR? TV-Chefredakteur Rolf Schmidt-Holtz, von Nowotny auf den Sessel gehievt, greift das Wort von RIAS-Chef Peter Schiwy auf: „Mein Programmredakteur ist der Zuschauer.“ Schmidt-Holtz hält „vom Informationsangebot mehr als von einer Form des Überzeugungsversuchs um jeden Preis. Der Zuschauer ist king genug, zu sehen, was er von dieser Information zu halten hat und wie sie zu bewerten ist“ (im „medien-telegramm“).

GERNOT FACIUS

## KRITIK

### Glückwunsch aus Arglosigkeit

Die Arglosigkeit, mit der Fernsehredaktionen dazu neigen, Partei in Konflikten zu ergreifen, über die sachlich zu berichten sie verpflichtet sind, ist erstaunlich. Das jüngste Beispiel lieferte das Regionalprogramm Hier und Heute (WDR 1) Freitagabend. Fröhlich wurde aus Münster berichtet, die „jungen Aufbauhelfer“, die nach Darstellung des US-Außenministeriums mit sowjetischen Maschinenwaffen in der Hand in Nicaragua von den Rebellen gefangen genommen wurden, würden jetzt an ihre Wirkungsstätte zurückgehen. Zwei von ihnen würden sich einer anderen „Brigade“ anschließen. Kein Wort darüber, daß die Jugendlichen - vermutlich aus eigenen Entschluß - Front in einem Bürgerkrieg bezogen haben.

Die Bezeichnungen „Aufbauhelfer“ und „Brigade“ - kennzeichnend für Sprachverwirrung und Benutzung marxistisch-leninistischer Terminologie - machte die WDR-Reporterin sich zu eigen. Zum Schluß wünschte die ebenso arglose Moderatorin den Mittelempfem eines totalitären Regimes noch „viel Glück“.

CAY GRAF BROCKDORFF

### Goodwill-Tour im Norden

Irgendwie waren sie alle auf Goodwill-Tour - auf der Psycho-Couch bei Lea Rosh und Dagobert Lindlau in III nach neun (ARD-Nordkette), der Talkshow aus Bremen. Trotzdem: Die Mischung, zumal für eine Sommerloch-Sendung, war hochinteressant. Bruder Johannes Rau zeigte sich den Nordlichtern als schlagfertiger und selbstsicherer Stimmengänger. Botschafter a.D. Gerhard Fischer wird auch ohne die eingelebte Kontonummer so manche Mark für seine Lepa-Station in Süd-Indien locker gemacht haben. Michael Ende und reizvolle Ausschnitte aus der Kultbuch-Verfilmung „Momo“ luden zu einem Kino-Besuch ein.

Nach so viel flocliger Promotion wurde es gegen Ende politisch bitterst: Der von seiner Partei geschaltete SPD-Abwächler Martin Kriele, der Historiker Jürgen Aretz und die „Propagandatormpete der Sandinisten“ Henning Scherf, sonst Sozialsenator in Bremen, diskutierten über Nicaragua - allerdings derart verblissen und persönlich, daß wohl nur der Sendeschluß kurz nach Mitternacht weitere Entgleisungen verhinderte.

THOMAS LINKE

## Fernsehkrieg in Frankreich

Die Formen des Umgangs zwischen Politikern waren in Frankreich bisher bestimmt durch Höflichkeit und Anstand. Wenn sie schließlich nicht mehr miteinander sprachen, wechselten sie formvollendete Briefe, die später in ihre Memoiren eingingen. Dies scheint nun anders geworden: Der Staatspräsident und sein Premier verkehren nur noch über Fernsehen miteinander. Das Volk wird Zeuge ihrer gesicherten Bemühungen, seinen Willen zu erfüllen.

Daß Mitterrand eine Verordnung Chiracs nicht unterzeichnet hat, teilte der Präsident nicht dem Regierungschef beim institutionalisierten wöchentlichen Tête-à-tête mit, sondern der Nation am Nationalfeiertag während eines Fernsehplauders mit Frankreichs beliebtestem Polit-Unterhalter Yves Mourousi. Chirac antwortete nicht postwendend oder griff zum Telefon, sondern bemühte seinerseits das staatliche Fernsehen. Das Zusammenleben zwischen sozialistischem Präsidenten und konservativem Regierungschef ist zum Fernsehkrieg pervertiert. Gewinnen kann dabei nur das Fernsehen, nicht der politische Stil.

schw.

### ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

**9.45** Tipi für den Alltag  
**10.00** Touristik-Informationen  
**10.05** Tagesschau  
**10.15** Die Presse des 20. Juli

**14.20** Kinostippkette  
**14.25** Unsere kleine Farm  
**14.30** Tagesschau  
**14.35** Lieder-GWZ  
**14.40** Film von Clemens Frohmann  
**14.45** Eine Handvoll Gold  
**4. Jocko Roche**  
**17.15** Sport extra  
**17.20** Tour de France  
**18.00** Etappe: Briançon-Alpes d'Huez  
**17.45** Tagesschau  
**17.55** Regionalprogramme  
**20.00** Tagesschau  
**20.15** ... und das Leben geht weiter!  
**5. Folge des Films von Dino Risai**  
**21.15** Alltag in Aalen  
**Fluggewisse aus Brandenburg**  
**Film von Winfried Scharlau**  
**21.45** Volkstanz  
**Vorstadt-Homoresen**  
**22.30** Tagesschau  
**22.35** Rita auf dem Meer  
**Medizinischer Spielfilm (1976)**  
**Regie: Jesus Salvador Trevino**  
**(Deutsche Erstaufführung)**  
**Im medizinisch-kalifornischen Grenzgebiet versuchen politisch engagierte junge Leute, bessere Lebensbedingungen für die Arbeiter des Landes zu schaffen. Dabei geraten sie in heftige Auseinandersetzungen mit denjenigen, die von der Notlage weiterer Bevölkerungskreise profitieren.**  
**0.35** Tagesschau  
**0.40** Nachgedanken

**11.05** Vom der Planke  
**12.15** Wuppelgagel  
**12.35** Postnachrichten  
**12.50** Tagesschau

**15.00** heute  
**15.15** Lieder aus der Planke  
**15.30** Feiernachrichten  
**15.45** So als wären wir  
**MR Klaus Hoyerstein**  
**16.30** Heute, wir werden erwachsen  
**Väter gegen Söhne**  
**17.00** heute / Aus den Ländern  
**17.15** Tele-Magazin  
**17.30** Agassiz mit Herz  
**19.00** heute  
**19.30** Betrugene Liebe  
**Film von Diethard Klotz**  
**MR Rolf Zech**  
**21.00** Der Feuerkammer  
**Therapieporträt von H.-J. Zimmermann**  
**21.15** WDR  
**Wirtschaftsmagazin**  
**Themen: „Er kümmert sich um jeden Dreck“ - zur Person Claus Wisser. Arger mit der Wertstellung - Banken bringt Bummein Gewinn. Deutsche Unternehmen in Südamerika - Geiselnahme statt Hautfarbe. Lichtwellenleiter - Klomoter, in Gramm gewogen. Was-Tip: Fernunterricht**  
**21.45** heute-journal  
**22.10** 210 - Der ungeliebte Kompass  
**22.15** 210 - Der ungeliebte Kompass  
**22.55** Sinfonie in D  
**Komisches Ballett**  
**Von Jiri Kylian**  
**Music: Joseph Haydn**  
**23.25** Appropos Film  
**0.30** heute

**18.00** Es war einmal  
**18.30** Lieder  
**18.45** Die deutsche Sprache  
**19.00** Bismarck-Estapade  
**Say es Menschen gibt**  
**Anschließend: Das Geheimnis der blauen Tropfen**  
**19.30** Von Courbois, Sheffis und Boudins  
**Anschließend: Dick Tracy**  
**19.30** Off-Jack  
**19.45** Das Café  
**Tod auf Kredit**  
**Anschließend: Videothek**  
**19.45** Adèle Nobels  
**Deutsch-franz. Kinostipps (1988)**  
**21.30** APF-Blick  
**22.15** WDR - Wirtschaftsmagazin  
**Themen: Zinsen - Wie reagiert die Börse? Wertpapiermarkt - Neue Warten für das Kartellamt**  
**22.45** Jodels Extra  
**23.00** Mott-Haus  
**Die Frau in Weiß**  
**Anschließend: APF-Blick**

**19.00** Hobbyklub  
**Alles Käse**  
**19.45** heute  
**19.55** Tagesschau  
**20.15** Jede Woche hat nur einen Sonntag  
**Moin müß was tun**  
**21.05** heute  
**Fernsehspiegel**  
**Mit René Deltgen, Krista Keller**  
**Schauplatz ist das Müßer einer Schaubildung in New York**  
**22.30** Ich stehs nicht  
**Bernhard Paul, Gründer und Direktor des Circus Roncalli**  
**Moderator: Claus Hirlich Casdorff**  
**Anschließend: Nachrichten**

### WEST

**18.30** Sonntag  
**19.00** Aktuelle Stunde  
**20.00** Tagesschau  
**20.15** Heidestraße (55)  
**Gift**  
**20.45** Geboren in Sappard: Michael Thonet  
**21.30** Rheine - eine alte Plage der Menschheit  
**22.00** Kressl und der Laster nach Lütlich  
**Kriminalfilm von Wolfgang Menge**

### NORD

**18.00** Sonntag  
**18.30** Musikinstrumente  
**19.00** Musikinstrumente  
**19.15** Schloß des aus Geesen kommt  
**20.00** Tagesschau  
**20.15** Untern Pankum  
**Zu Gast bei Wolf Hanke, Korrespondent in Madrid: Professor Lopez Pico, Enrique Bron, Freiherr Marshall von Lieberstein, Wolfgang Lutjens**  
**21.15** CMC  
**22.00** Das internationale TV-Kochbuch  
**22.15** Nachrichten

### HESSEN

**18.30** Sonntag  
**18.30** Programmvorzeichen  
**18.35** Fests (7)  
**19.30** Hebeschau  
**Ab 20.00 Uhr wie WDR**

### SÜDWEST

**14.00** Totb, Febril und die Jugend von heute  
**Historischer Spielfilm (1960)**  
**Mit Christine Kaufmann**  
**Regie: Mario Mattoli**  
**18.30** Sonntag  
**18.30** Schwarzes Theater  
**18.35** Fery  
**19.00** Abschiedschor  
**19.30** Sündenböcken  
**19.35** Teen-Magazin (5)  
**20.15** Die Erde lebt  
**21.00** 9 aktuell  
**21.15** Nachrichten  
**Reportage von Friedrich Merz und Wolfgang Schür**  
**21.45** Gekochtes  
**Fernsehfilm von Eberhard Fechner**  
**22.00** Jazz am Montagabend  
**22.45** Nachrichten

### BAWERN

**18.15** Sonntag  
**18.15** Nachrichten  
**19.00** Live aus dem Alpbach  
**20.45** Wetterbericht  
**21.00** Rundschau  
**21.45** Rückpunkt Sport  
**22.00** E.K.K.  
**22.30** Appropos  
**23.35** Schwarze Rhythmen  
**0.35** Rundschau

## Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

### Die De-facto-Flüchtlinge

„Asylrecht: Stille rufen Bonn zu Hilfe“: WELT vom 18. Juli

Nicht die anerkannten Asylberechtigten sind das Problem, sondern die sogenannten De-facto-Flüchtlinge als die Zahl derer, die ohne triftige Gründe an den Grenzen der Bundesrepublik Deutschland Asyl begehren und damit im Bundesgebiet eine Aufenthaltsgestattung erwirken und unser Rechtssystem in Anspruch nehmen. Dieses ist rechtlich so vorgesehen und von Verfassung wegen so kompliziert, daß bis zum rechtskräftigen Abschluß eines Asylverfahrens eine solche Frist verstrichen ist, nach deren Ablauf die Bewerber weder in Drittländer, aus denen sie ins Bundesgebiet kamen, zurückgeschoben noch in ihr Heimatland abgeschoben werden können, weil zum Beispiel von der Rechtsprechung weitgespannte humanitäre Gründe entgegenstehen.



Ein weiteres, zunehmend an Bedeutung gewinnendes Abschiebungshindernis ergibt sich aus der Praxis der Bewerber, ihre Paß- und Ausreisepapiere zu vernichten, auf Grund dessen die Heimatstaaten sich häufig weigern, die Flüchtlinge zurückzunehmen: Am 28. Juni 1986 reisten zum Beispiel in Helmsdorf 18 Libanesen einer Großfamilie ein, die Asyl beantragten, ohne Asylgründe zu nennen und abgaben, die Pässe vernichtet zu haben, um eine Zurückweisung deutscher Behörden auszuschließen, ein Trick, dessen sich zunehmend auch andere Völkerguppen bedienen. Die circa 250 000 De-facto-Flüchtlinge, die aus dem einen oder anderen Grund, nach Ablehnung eines Asylgesuchs, im Land verbleiben und nicht mehr abgeschoben werden können, gehen letztlich allgrößtenteils auf des Konto unseres Asyl- und Rechtsschutzsystems.

Die Aufwendungen für Flüchtlinge insgesamt können für das Jahr 1986 bei sorgfältiger Schätzung auf über 2,7 Milliarden Mark angesetzt werden. Vor dieser Wirklichkeit, die auch dem täglichen Augenschein in unseren Städten entspricht, verblasen alle theoretischen Zahlenspiele.

MdEP Oskar Vetter hat jüngst die Auffassung vertreten, die Bundesrepublik Deutschland trage auch als Folge des europäischen Kolonialismus eine historische Schuld, selbst Wirtschaftsflichtlinge aus der Drit-

ten Welt aufzunehmen. Abgesehen davon, daß jedenfalls ein Dreivierteljahrhundert nach Aufgabe der letzten deutschen Kolonien von historischer Schuld überzeugend nicht mehr die Rede sein dürfte und ein Schuldner ohnehin nicht über sein Leistungsvermögen hinaus in Anspruch genommen werden kann: Der

lauwarmen Politiker zu verantworten. Diese stellen sich auch nicht vor die Polizeibeamten in Wackersdorf, Startbahn West und an anderen Orten. Sie sitzen gut bewacht zu Hause oder im Büro und warten auf die nächste Diätenerhöhung.

Dr. Joachim Michalke,  
Papenburg 1

### Aus der Fülle

„Die Schicksalsgemeinschaft“: Gedicht WELT vom 12. Juli

Curt Riess schreibt in seiner Buchbesprechung „Über das jüdische Erbe in der österreichischen Literatur“: „... daß die gesamte moderne österreichische Literatur von sogenannten Nichtariern geschaffen wurde.“ Dies entspricht in keiner Weise den Tatsachen.

Aus der Fülle deutsch-österreichischer Erzähler, Lyriker, Dramatiker seien genannt: Bruno Brehm, F. K. Ginzkey, R. Hohlbaum, Walter von Molto, Richard von Schankl, K. H. Strobl, Anton Wildgans, Franz Spunda, Josef Weinheber, E. G. Kolbenheyer, Friedrich Halm, M. Jeuschik, Max Moll, R. Billinger und R. M. Rilke, die ja wie der von Herrn Riess genannte Kafka auch in dem damals zu Österreich gehörenden Prag geboren wurde.

Mit freundlichen Grüßen  
R. Timmanns,  
Villingen-Schwenningen

### Nur mit Hilfe

„Eigle private Redaktionen auf Erbgründen“: WELT vom 11. Juli

Daß in einer „Springer“-Zeitung privater Rundfunk nur bebudelt werden kann, ist nicht verwunderlich. Was ich in Ergänzung hierzu vermissen, ist die leider nur noch selten stattfindende faire Berichterstattung, was die „öffentlich-rechtlichen Anstalten“ betrifft.

So ist es auch nicht verwunderlich,

### Wort des Tages

„Die Vernunft ist Historikerin, während die Leidenschaftenschaupielrinnen sind.“  
 Antoine de Rivarol, französischer Moralist (1733-1801)

## Personen

### VERANSTALTUNG

Zum Kanzlerfest unter dem Motto „Sommerfest unter'm Funkturm“ haben Bundeskanzler Helmut Kohl und der Regierende Berliner Bürgermeister Eberhard Diepgen für den 5. September wieder nach Berlin eingeladen. Im Sommergarten erwartet der Bundeskanzler 3000 Gäste zu einem künstlerischen Programm, für das der Generalintendant der Deutschen Oper Berlin, Günter Friedrich, verantwortlich zeichnet. Unter der Regie von Winfried Barmann werden Mitglieder der Städtischen Schauspielbühnen Berlin, des Kias sowie viele andere Berliner Künstler, internationale Gäste, die Kapellen der Schutzmächte sowie das Polizeiorchester Berlin zu sehen und zu hören sein. Unter den Gästen werden Vertreter des politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und kirchlichen Lebens in Berlin und viele Bürger sein, die ehrenamtlich im Sozialbereich tätig sind, vom Roten Kreuz bis zur Ausländerintegration.

### UNIVERSITÄT

Professor Dr. Hans-Dieter Klein von der Universität Gießen hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Virologie im Zentrum für Hygiene und Medizinische Mikrobiologie der Universität Marburg erhalten. Der 48jährige Wissenschaftler, der sich in seiner Forschungsarbeit vor allem mit der Virushepatitis beschäftigt, begründete die Annahme des Rufes nach Marburg vor allem mit der besonders traditionsreichen Professur in Marburg.

### THEATER

Dr. Grisca Barthes, einer der dienstältesten deutschen Operndirektoren, wird in diesen Julitagen zum Ende der Spielzeit sein Amt als Chef der Deutschen Oper am Rhein, Düsseldorf/Duisburg, niederlegen. Genau 22 Jahre lang hat der heute 66jährige ein Unikum unter den großen Operndirektoren der Welt geleitet, ein Haus in zwei repräsentativen Häusern, mit zwei Orchestern und mehr Vorstellungen, als das Jahr-Tage hat, ohne nennenswerte Staatszuschüsse und Skandale. Nur Walter Erich Schäfer, über 23 Jahre lang Chef der Stuttgarter Staatsoper, mag Barthus in der Länge seiner Amtszeit übertraffen haben.

## GEBURTSTAGE

Der Münchner Staatsschauspieler Erwin Faber feiert heute seinen 95. Geburtstag - und steht an diesem Tag als Aushilfsbeamter Röhrmann in „Erfolg“ nach Lion Feuchtwanger auf der Bühne des Residenztheaters. Der Innsbrucker studierte in Wien und kam 1916 an die Münchner Kammerspiele. 1920 wurde Faber an die Bayerischen Staatstheater verpflichtet. Er gehörte zu den Darstellern der Brecht-Uraufführung „Im Dickicht der Städte“. Nach Engagements in Berlin, Düsseldorf, Salzburg, Wien und Bonn kehrte Faber 1962 an die Kammerspiele zurück und ist seit 1963 Mitglied des Bayerischen Staatsschauspiels.

\*

Er ist ein leidenschaftlicher Unterwasserflieger, morgen wird er 75: Botschafter a. D. Franz Krapf. Nach dem Jurastudium ging er zum Sprachlehrern in die USA und nach Japan, 1938 trat er in den auswärtigen Dienst ein, für den er während des Krieges in Moskau und in Tokio arbeitete. Nach der deutschen Kapitulation konnte er die schwedische Diplomatenochter Helga Gerdtis heiraten, was ihm das AA zuvor untersagt hatte. Nach Deutschland 1947 zurückgekehrt, schlug er sich als Kaufmann durch, bis 1950 das Presseamt in Bonn Verwendung für ihn hatte. Mit Herbert Blankenhorn bereitete er den NATO-Eintritt vor, 1955 ging er als Gesandter an die NATO-Botschaft nach Brüssel, von dort nach Washington. Nach einigen Jahren in der AA-Zentrale kehrte er - diesmal als Botschafter - nach Tokio und Brüssel zurück. Seit zehn Jahren reist er durch Kontinente und taucht in den Weltmeeren. Oder

## DIPLOMATIE

Zwei Länder errichten neue Konsulate in der Bundesrepublik Deutschland: Die afrikanische Republik Gambia wird in München durch Honorarkonsulin Freda Trenchlein von Stackelberg ihre Interessen vertreten. Ihr Konsularbezirk umfaßt das Land Bayern und Baden-Württemberg. Das Großherzogtum Luxemburg erhält ein Honorarkonsulat in Stuttgart. Das Exequatur wurde Dr. Peter Adelfert erteilt. Sein Konsularbezirk ist Baden-Württemberg.

## EHRUNGEN

Der Adorno-Preisträger Professor Dr. Norbert Elias ist mit dem Großen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden. Der Prozeß-Soziologe erhielt die Ehre für sein wissenschaftliches Werk und auch als Dank dafür, daß er, der 1935 unter dem Druck der politischen Verhältnisse emigrierte, trotz der ihm aus Deutschland entgegen geschlagenen Widrigkeiten der deutschen Sprache treu geblieben ist.

\*

Eichendorff-Medailen sind an die Schriftsteller Eise Aichinger aus Frankfurt/Main und Horst Bliesack aus Ottobrunn sowie an den Germanisten Egon Schwarz aus St. Louis (USA) während einer internationalen Tagung der Eichendorff-Gesellschaft in Erlangen verliehen worden. Für besondere Verdienste um die Romantikforschung erhielt außerdem die spanische Übersetzerin Alfonsina James aus Barcelona den Oskar-Seidlin-Preis.

## GESTORBEN

Lord Robert John Graham Boothby, einer der schillerlichsten britischen Parlamentarier und ein früherer Berater von Sir Winston Churchill, ist in einem Londoner Krankenhaus im Alter von 86 Jahren gestorben. Im Parlament trat Lord Boothby häufig als ein „Rebell“ auf, indem er sich seiner konservativen Partei in mehreren Schlüsselsitzungen, wie 1956 bei der Suez-Krise, widersetzte.



Franz Krapf



# Pankraz, Jean Paul und der Stoßverkehr

Ein neuer Autoaufkleber schiebt sich störend ins Straßenbild. Er zielt vor allem Heckscheiben und trägt die Aufschrift „I like Genuß sofort“. Das dümmliche Pidgin-Deutsch der Parole, ursprünglich eine Reklame für Nescafé, ist geeignet, Aggressionen freizusetzen. So mancher Verkehrsteilnehmer mag versucht sein, das Fahrzeug des jeweiligen Bekenners hinterücks zu rammen, um diesem zum „sofortigen Genuß“ eines Auffahrunfalls zu verhelfen.

Aber nicht nur die Form, sondern auch der Inhalt des Aufklebers mutet töricht an, so daß man sich über seine Häufigkeit wundern muß. Genuß und Sofortigkeit schließen sich nämlich weitgehend aus, wie schon das Kind weiß, das sein Eis mit Bedächtigkeit schleckt. Der Genuß des ersten Schlecks ist umso größer, je länger das Kind auf die Eiswaffel hat warten müssen, und der zweite, dritte und vierte Schleck steigern den Genuß an der Sache noch beträchtlich, so daß es gilt, nicht zu gierig zu sein.

Mit der Struktur „erwachsener“ Genuße verhält es sich nicht anders. Wenn man ihrer sofort und ohne alle Anstrengung habhaft werden kann, sind sie keine, und wenn man sie einmal hat, kommt es darauf an, sie zu strecken und hinauszuwürgen, sie ihrer Sofortigkeit zu entkleiden, damit sie sich auch wirklich genießen lassen. Die ganz raffinierten Genießer sind sogar der Meinung, daß der größte Genuß erst im Nachhinein eintritt, daß man erst „damach“ sagen kann, ob man eine Sache tatsächlich genossen hat oder nicht. „Die Probe eines Genusses“, sagt Jean Paul, „ist seine Erinnerung“.

Aber was ist das überhaupt, ein Genuß? In einem psychologischen Lexikon findet Pankraz die Definition: „Unmittelbare Stellung einer Begierde, besonders der Begierde nach Verbotenen, Süßem oder Narkotisierendem“. Das erscheint ihm denn doch allzu kurz gefaßt. Man kann ja alle möglichen Sachen genießen, auch Immaterielles, auch Situationen, Maßnahmen, Lebenslagen. Und auch mit der behaupteten Unmittelbarkeit ist es in vielen Fällen nicht weit her. Wenn einer zum Beispiel seine Karriere, sein glückliches Familienleben oder ein gesundes, behagliches und finanziell abgesichertes Alter genießt, dann ist das eindeutig ein länger, durch vielerlei Umstände vermittelter Prozeß.

Der unvermittelte, sofortige Genuß scheint vor diesem Hintergrund eher eine spezielle Form existenzieller Qual zu sein. Moment einer fatalen Daseinsdialektik. „So taumel' ich von Begierde zu Genuß! Und im Genuß verschmacht ich nach Begierde“, seufzt Faust, und er sieht dabei keinesfalls sonderlich glücklich aus. Von außen betrachtet wirkt er sogar abgestoßen und mit-leiderregend. Genießen macht gemein“, konstatiert derselbe Faust im zweiten Teil von Goethes Drama und meint damit genau jenen schnellen Genuß mit anschließendem Katzenjammer.

Der erwähnte Jean Paul hat in seinem Erziehungs-Büchlein „Levana“ geschrieben: „Jeder Genuß, und was er der feine eines Kunstwerks, gibt dem Menschen eine seltsame Gebärde und entzieht ihm Teilnahme. Daher ist er nur

Bedingung eines Bedürfnisses, nicht der Tugend. Hingegen Heiterkeit - der Gegensatz des Verdrosses und Trübisses - ist zugleich Boden und Blume der Tugend. Denn Tiere können genießen, aber nur Menschen können heiter sein.“

Die Entdeckung der Heiterkeit als Widerpart des Genusses war zweifellos ein großer Wurf Jean Pauls. Pankraz würde indessen nicht so weit gehen, dem Genuß jegliche höhere Aura abzuspülen und ihn ins Reich des bloß Tierischen zu verweisen (übrigens mißtraut er auch der Kategorie des „bloß Tierischen“). Ein Leben ohne Phasen reinen Genießens ist gar nicht vorstellbar. Auch die Bibel (Jesus Sirach, 14,14) empfiehlt, Gelegenheiten zu „erlaubtem Genuß“ nicht ungenutzt vorübergehen zu lassen. Es gibt zudem Formen des Genießens, die sich jedes behagliche Schmecken versagen, die sich in einer hochbewußten, empathischen Wahrnehmung des Daseins erfüllen und die damit selbst schon von höherer Heiterkeit zeugen.

Auch sie sind freilich ausschließlich auf Verbrauch des Daseins aus und unterscheiden sich genau dadurch negativ von der Heiterkeit des grundsätzlich nicht zu befriedigenden Strebens und Sehnsens, der höchsten, göttlichsten Form der Heiterkeit. Nur sie ist davor gefeit, jemals stockig oder sauer zu werden, nur sie kennt kein Ende, sondern immer nur Neuanfang, nur in ihr kann sich der Mensch ganz weggeben, ohne dabei ins Nichts zu fallen. Daß der Hedonismus, die Philosophie der perfekten Genußbefriedigung, das unerfüllbare Streben ausblendet, macht seine Schwäche aus und rückt auch noch seine größten Vertreter, Epikur und Schopenhauer, letztlich in die zweite Reihe der großen Nachdenker.

Viel wäre allerdings schon gewonnen, wenn unsere heutigen „I-like-Genuß-sofort“-Hedonisten wenigstens auf Epikur und Schopenhauer hören. Sie würden dann u.a. erfahren, daß im Grunde jedes Ding mit mehr Genuß erjagt als genossen wird, daß der höchste Genuß in Gesundheit und Schmerzlosigkeit liegt und daß im selben Maße, in dem die Genüsse zunehmen, die Empfänglichkeit für sie abnimmt, weil das Gewohnte nicht mehr als Genuß empfinden wird („Welt als Wille und Vorstellung“, II, Kap. 46).

Oder sollte sich Pankraz mit den Autoaufklebern völlig getauscht haben? Befindet sie sich etwa auf dem höchsten Erkenntnisstand? Ist ihm ihnen gemein, daß man sich über die Fragwürdigkeit üblicher Genüsse durchaus im klaren ist und daß man sich deshalb nicht mehr auf den Genuß eines erfrischenden Drinks zur „Happy Hour“ werten kann, sondern seinen „Genuß“ „sofort“, nämlich jetzt und hier im abendlichen Stoßverkehr, haben will? In diesem Fall wäre bei den übrigen Verkehrsteilnehmern höchste Vorsicht geboten. Denn Genießer von Stoßverkehr fahren überaus riskant.

Pankraz



Die großen Straßen der Welt (I): Berlins Kurfürstendamm, Caféhaus und Laufsteg des Weltgeistes

# Er fängt gleich „ne Numma jröBa“ an

Die einst von Baudelaire beschworene Gestalt des „Flaneurs“ ist nicht ausgestorben. Nach wie vor behaupten die großen Avenuen und Boulevards der Metropolen ihren festen Platz im Reiseprogramm professioneller Weltbummler und Kunstfreunde. - In einer kleinen sommerlichen Serie stellen wir ab heute in loser Folge Große Avenuen und Prachtboulevards in Europa und anderswo vor. Den Anfang macht der Kurfürstendamm in Berlin.

Schon seit 1832, da Herr von Siemens hier der Welt erstes Elektrizitätsnetz einführte und wenig später ein gewisser Buffalo Bill auf dem Grundstück des heutigen „Ku'Damm-Ecks“ Lassoakustische vorführte, sind diese „3,5 km Charme und Chic“ (so die einfallstarke Berlin-Werbung von heute) für jede Menge illustre Namen gut gewesen - auf jeden Fall bis 1933, als der Große Nivellierer der hundert Vielfalt von „Dadaisten, Surrealisten, Linken und Konservativen, Revolutoren und Liberalen“ jäh ein Ende machte.

Hier wohnten Robert Koch und Tilja Duriurex, Carl Hagenbeck mit seiner „Indien-Schau“ fiel ein, später Max Reinhardt und Arlbert Wäscher, Thomas Wolfe und Jesse Owens, Max Slevogt, die Kollwitz, der Liebermann und der Corinth, Ernst Deutsch, Fritz Massary und der junge Billy Wilder, der für die „BZ“ schrieb. Man denkt an das „Kabarett der Komiker“ und an Werner Finck, an die Reuven und Lichtspiel-Oasen der Zwanziger, an Cabarets und Theater, Freaks und Verriekte in Volksmunds „Café Größenwahn“.

Rasche Metamorphosen waren von Anfang an ein Charakteristikum des Ku'Dammes, der noch 1913 nur 45 Anwohner mit allerdings kräftig konzentrierten drei Millionen Mark an Vermögen zählte. 1945 waren von den mittlerweile 235 Häusern, von denen kein einziges unversehrt geblieben war, auch nur gerade 43 bewohnt. Doch mit typischer Berliner Schnelligkeit regte sich hier wieder die Lust am Leben, und mit Wehmut denkt

man heute zurück an diese Zeit, an Bruno Fritz bei den „Insulanern“, an die originalen „Stachelschweine“ oder den internationalen Glanz der ersten Filmfestspiele.

Past sinnbildlich für den Boulevard mag anmuten, daß ihm vorne und hinten stets so etliches an Hausnummern gefehlt hat und heute noch fehlt. Der jetzige Ku'Damm fängt gleich bei 11 an. An die 130 Restaurants und Gaststätten säumen den Boulevard der 390 Bäume und 90 000 Blumen, über 90 Modehäuser und Boutiquen, Pucci und Saint Laurent neben Jeans und Ramsch. Jeweiligen drängen sich hier neben großen Autosalons, von denen niemand weiß, warum sie nicht endlich sinnvoll aufgestockt werden. Burger King und McDonalds gibt es hier wie das noble Café Laysianer, wachet hier in den Himmel hinauf, und dort versucht sich Möhning in altem Flairgleich neben Unflauer, versteht sich.

Wippenfeld ist nicht mehr da, und die edle Bücherstube Marga Schöeller, einzigartigste Fundgrube für noch den kosmopolitischen Intellekt, eine Art deutscher Shakespeare & Co., mußte um die Ecke in die „Kneise“ ausweichen, weil die Miete astronomisch wurde. Die Quadratmeterpreise liegen am Ku'Damm schon um die 3500 Mark, in der Nähe der Gedächtniskirche sogar zwischen 6000 und 8000 Mark.

Wilhelm Hausenstein nannte den Ku'Damm einst einen „gefabelten Garten der Lüste“. Solche Visionen erhalten heute einen bitter-ironischen Touch, wenn man etwa sieht, wie das Ku'Damm-Eck in seinen Blue Movies Pornographisches fließt, klassische Gründerzeit-Fassaden modernen architektonischen Strukturen von Schnellkonsum-Tempeln weichen mußten und an Cicero oder U-Bahnhof Kurfürstendamm unverachtet ganz offen gedeckt und gekokelt wird. Magerer Trost, daß vor ca. 60 Jahren hier, verschwiegener zwar, auch schon von den Blumen des Bösen gekostet wurde...

Ein weiteres Ärgernis ist das, was

entervte Landeskonservatoren und Senatsbaudirektoren „Schaschlik-Mentalität“ oder „Bulettenstimmung“ nennen. Auch werden dort, wo früher Bilder ausgestellt waren, heute oft nur noch Pullover verkauft. Aber der Flaneur, der als Tourist nach Berlin kommt und die berühmte Meile abwandert, sie mit anderen berühmten Boulevards Europas vergleichend, registriert immer noch genügend Schwung, Intimität und spezifischen Stil.

Gottlob ist der Ku'Damm noch nicht derart komplett von postmodernem Schickel-Mickel eingeholt wie etwa der Hamburger Rathausmarkt oder die Frankfurter Zeil, Gewiß, hier und da werden Versuche unternommen, durch das Aufstellen von Feuermeldern mit Pickelhauben obendrauf vergangeneitsträchtige Atmosphäre zu produzieren. Aber, Hand aufs Herz, die hochgelobten „Hardenberg-leuchten“ und modernen Wasserpumpen in klassischem Exterior bestätigen ja nur, daß eine Vorliebe des Ku'Dammes schließlich seit eh und je der Kitsch gewesen ist.

Kitsch und Kunst, Schnellimbiss und Jil Sander, Peter Steins 71-Millionen-Bühne unten und Eiermanns 20 000 kleine Blaufenster in seinem Kirchen-Achtkant oben, Peepshow und Eden, der Folksänger mit der Gitarre und der großgütige Asylanter aus Ost-Berlin, der Pakistani und der Levantiner, der Amerikaner bei Kranzier und der Japaner im Eck, die Notgemeinschaft der 150 Geschäfte und die insgesamt fast 100 000 Flaneure tagtäglich: der Kurfürstendamm ist nun mal schon immer ein Boulevard der Gegensätze gewesen, ein quicklebender, quirliger, kontrastreicher Organismus, in unaufhörlicher Veränderung, Metamorphose begriffen.

Und so gesehen symbolisiert er auch heute wie eh und je den Charakter der Stadt um ihn her, einer Stadt, die „rund um die Uhr geöffnet“ hat und noch allemal die lebendigste in Deutschland ist.

ALEXANDER SCHMITZ

# JOURNAL

## Sensationeller Fund aus der Bronzezeit

Inw, Münster  
Einen aufsehenerregenden Fund haben Archäologen des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe in Münster gemacht: Bei Rettungsgrabungen im Wetlauf mit einem Bagger entdeckten sie in einer Sandgrube eine etwa dreieinhalbtausend Jahre alte bronzene Gürteldose, wie sie von Frauen während der Bronzezeit an Ledergürteln getragen wurden. Das Schmuckstück hat einen Durchmesser von 18 Zentimetern und ist mit Ornamenten reich verziert. Als erstes und bis zum Fund in Münster einziges Exemplar dieser Art war im Jahre 1911 bei Rheda eine bronzene Gürteldose entdeckt worden.

## Auch Genf erhält eine Buchmesse

dpa, Genf/Frankfurt  
In Genf wird im nächsten Jahr erstmals eine internationale Buchmesse veranstaltet. Vom 13. bis zum 16. Mai 1987 soll diese Schau als Messe des gesamten Printbereichs einschließlich Presse, Zeitschriften und Druckgewerbe angelegt werden. Das kündigte jetzt das Bärenblatt für den Deutschen Buchhandel in seiner jüngsten Ausgabe an. Die Genfer Bücherschau wird von Preisvergaben und Autorenesten umrahmt. Bisher liegen Aussagen von Teilnehmern aus sieben Ländern vor.

## Das 27. Filmfestival von Taormina eröffnet

epd, Taormina  
Das 27. Internationale Filmfestival von Taormina wurde soeben im Teatro Antico eröffnet. Den Auftakt machte Paul Mazurskys „Down and out in Beverly Hills“. Zwei neue Filme aus zwölf Ländern werden in der Wettbewerbs-Sektion gezeigt. Sie begann mit einem Streifen des Glasgower Regisseurs Charles Gormley, „Heavenly Pursuits“, der humorvoll-distanziert den Glauben an Wunder in Schottland thematisiert. Der Jury gehören u. a. der japanische Regisseur Nagisa Oshima, die englische Produzentin Lynda Myles und die kanadische Regisseurin Lea Pool an.

## Grimm-Professur für Tankred Dorst

dpa, Kassel  
Der Schriftsteller Tankred Dorst übernimmt die nächste „Grimm-Professur“ an der Gesamthochschule Kassel. Wie seine Vorgänger soll Dorst sechs Vorlesungen über sein Werk halten und voraussichtlich auch eine Schreibwerkstatt veranstalten. Erster Gastprofessor war der Autor Dieter Kühn.

## Deutsche Architektur aus der Ferne

DW, Stuttgart  
Der Deutsche Architekturpreis - unterstützt von der Ruhrgas AG - ist inzwischen zu einer Institution geworden. Ebenso die Publikation, mit der die Ergebnisse bekanntgemacht werden. „Architektur in Deutschland '85“ (Karl Krämer Verlag, Stuttgart, 119 S. mit 102 Fotos) ist „rund um die Uhr geöffnet“ hat und noch allemal die lebendigste in Deutschland ist.

Und so gesehen symbolisiert er auch heute wie eh und je den Charakter der Stadt um ihn her, einer Stadt, die „rund um die Uhr geöffnet“ hat und noch allemal die lebendigste in Deutschland ist.

ALEXANDER SCHMITZ

## Retrospektive auf Filme von Peter Weiss

DW, Lübeck  
Die 28. Nordischen Filmtage Lübeck vom 30. 10. bis 2. 11. zeigen parallel je vier Spielfilme neuester Produktion aus der Bunderepublik Deutschland und aus der „DDR“. Eine Informationschau ist dem skandinavischen Kinder- und Jugendfilm gewidmet. Der surrealistische Film „Fata Morgana“ von 1959 eröffnet anlässlich des 70. Geburtstages des 1982 verstorbenen Schriftstellers eine Retrospektive auf „Peter Weiss und den Film“.

## DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

„Ich bin nicht ich, sondern jemand ganz anderer, der mir verblüffend ähnlich sieht.“ Zu diesem Schluß kommt der Titularrat Jakob Petrowitsch Golljädin nach verwirrenden Erlebnissen, die ihn vor der Kulisse des nebeldurchzogenen Petersburg zum Wahnsinn treiben. In den Straßen dieser Stadt trifft er in jener Nacht, da er während einer Feier aus dem Haus seines Gönners geworfen wird, seinen Doppelgänger, dem er am folgenden Tag auch an seinem Arbeitsplatz in einem anonymen Ministerium gegenübertritt. Die Erzählung wurde zwar nicht wie Dostojewskij an seinen Bruder schrieb, sein Meisterwerk, aber immerhin eine brillante Studie über Identität, Schizophrenie und Wahnsinn.

no  
Fjodor M. Dostojewskij: „Der Doppelgänger. Eine Petersburg Dichtung“, dtv, 238 S., 8,80 Mark.

## Frankfurt: Jan Saudek

# Seine Bühne ist immer ein Keller

Mit der „Family of men“ fing es an. Jan Saudek hatte zwar schon vorher fotografiert, aber erst die Ausstellung von Edward Steichen gab seiner weiteren Arbeit Form und Halt. Das macht die Retrospektive „Jan Saudek - 35 Jahre Fotografie“ bewußt, die das Fotografiemuseum Frankfurt (Leinwandhaus) zeigt.

Jan Saudek, 1935 in Prag geboren, ist nicht aus dem Stamme Schwelks. Sein Erbe rührt wohl eher vom „Ackermann aus Böhmen“. Ihn fasziniert der Lebenszyklus von Liebe, Geburt, Jugend, Alter, Tod - der auch „The family of men“ bestimmte. Seine Bühne ist jedoch nicht die weite Welt. Ihm genügt ein Keller mit abbröckelndem Putz und einem Fenster, das das Tageslicht nur indirekt einläßt. Hier entstehen alle Aufnahmen. Mit wechselnden Personen. Hier fotografiert er - stets in gestellter Pose - seine Freunde, seine Frauen, seine Kinder.

Er hat keine Pin-ups im Sinn. Es sind Bilder, die die Spuren des Lebens zeigen. In Bildfolgen, in denen er dieselbe Person in derselben Pose mit denselben Requisiten im Abstand von fünf oder zehn Jahren aufgenommen hat. Oder in Inszenierungen des Ent- oder Bekleidens, bei denen die Person scheinbar einen ganz anderen Charakter gewinnt. Manchmal setzt er sie auch in Beziehung zu dem Fenster, das dann die unterschiedlichsten Projektionen aufnimmt: Wolken, Erscheinungen, irrealer Ausblicke.



Inszenierung des Entkleidens: „Diodem“ des Fotografen Jan Saudek. FOTO: KATALOG

Alle diese Bilder wirken eigenartig unwirklich. Nicht zuletzt, weil Saudek sie häufig im Stile alter Fotografien von Hand koloriert. Diese Skala der Brautöne hat nichts mit der lauten Buntheit der Farbfotografie gemein. Sie beschwören Vergänglichkeit, bescheren uns die „Unsterblichkeit“, die unsere Vorfahren auf Fotografien haben, die um die Jahrhundertwende entstanden.

Es ist die Technik der Vanitas-Bildnisse, die das blühende Leben zeigen, um an die Vergänglichkeit zu erinnern. Oder - um es mit den Worten zu sagen, die der Tod dem Ackermann aus Böhmen entgegenhält: „Das Leben ist um des Sterbens willen zu schaffen. Wäre das Leben nicht, wir wären nicht; unser Geschäft wäre nicht; damit wäre auch nicht die Ordnung der Welt.“ PETER DITTMAR

Bis 10. Aug.; danach K&H, Galerie Klinken, 10. Okt. bis 12. Dez.; Bremen, B&B, Bernstraße, Febr./März 1987; dann San Francisco, New York, London; Katalog 39,80 Mark.

## Zwölf Jahre Haft für fünf Gedichte - Erinnerung an den Fall der Dichterin Irina Ratuschinskaja

# „Kein Moses ist vor uns, nur kalte Dunkelheit“

Es gibt eine junge Frau, die sich seit 1982 in Haft befindet. Bereits den fünften Sommer vegetiert sie in einem sowjetischen Lager, manchmal muß sie aus „disziplinarischen Gründen“ in einer eiskalten, steinernen Grube kauern. Bilder aus freundlicheren Tagen zeigen ein zierliches, beinahe zartenhaft wirkendes Wesen mit Zerknirschung und großen Kinderaugen. Diese anmutige und kluge Frau ist keine Kriminelle. Sie hat weder Attentate verübt noch Bankrottverfälle organisiert noch sich an Flugzeugführungen beteiligt. Sie hat nicht zum Umsturz aufgerufen, keine Polizisten geprügelt, auch an keinen gewalttätigen Demonstrationen teilgenommen. Ebensovwenig stand sie im Solde ausländischer Geheimdienste.

Diese junge Frau, Irina Ratuschinskaja, wurde 1954 geboren, studierte Physik, schrieb Gedichte und setzte sich tatkräftig für eine sowohl vom Staat als auch vom Unternehmertum wirklich unabhängige Gewerkschaftsbewegung ein. Sie schrieb Gedichte, die, nur in Abschriften verneht, wie Schwalben über das weiße Laß zogen und von geistiger Freiheit wie von hoher künstlerischer Sensibilität kündeten. In diesen Gedichten ist unmittelbar nicht von Politik die Rede. Allerdings stehen in ihnen Zeilen, in denen unendliche Trauer über die Gegenwart und verzweifelte Sehnsucht nach einer etwas menschlicheren Welt sich aussprechen: „Warum ist die Hälfte der Fluchten im Traum?“ - „Die Dunkelheit ist ausgetrocknet. Könnte man doch am Leben bleiben!“ - „Fort von den Lebenden, die mit kalten Fingern

das Schicksal lenken.“ - „Kein Moses ist vor uns.“

Fünf solcher Gedichte bildeten die Grundlage eines Moskauer Gerichtsurteils, das am 3. März 1983 ausgesprochen wurde. Die Dichterin wurde zur Höchststrafe verurteilt: sieben Jahre Lagerhaft zuzüglich fünf Jahre Verbannung. Ein solches Urteil ist selbst in diesem Polizeistaat schon seit langem nicht mehr über einen weiblichen politischen Häftling gefällt worden: insgesamt zwölf Jahre für fünf Gedichte, die nicht regierungskonform sind!

Im Laufe der Gerichtsverhandlung wurden die elementarsten Rechtsnormen verletzt. Die angeklagte Lyrikerin durfte sich nicht verteidigen; die Verhandlung fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt; und selbstverständlich nahm man ihr auch jede Gelegenheit, ihre Freunde und Kollegen zu mobilisieren. Dem Urteil wurden Aussagen von „Zeugen“ zugrundegelegt, die bereits vor vielen Jahren verstorben waren.

Die junge Frau war 29 Jahre alt, als sie unter diesen Umständen verurteilt wurde. Sie wird die 40 längst überschritten haben, wenn sie entlassen wird - vorausgesetzt, daß sie die Haftbedingungen zu überleben vermag. Sie kam als gesunde Frau ins Lager. In den gut drei Jahren, die seither vergangen sind, ist sie physisch und psychisch fast bis zum Ruin degradiert worden. Sie mußte 138 Tage in einer Arrestzelle verbringen, in der die Temperaturen im Winter auf minus 10 bis minus 12 Grad fallen und die Verpflegung aus Brot und eiskaltem Wasser besteht. Die an

sie gerichteten Briefe werden konfisziert. Ihr Mann hat sie zum letztenmal im September 1983 gesehen. Seither haben die Lagerbehörden fünfmal die Bitte, sie besuchen zu dürfen, abgelehnt. Obwohl sie sich ein Nierenleiden zugezogen hat und ständig fieberkrank ist, verweigert man der gefangenen Dichterin jeglichen ärztlichen Beistand.

Mehr als vierzig Jahre nach Hitlers Untergang gibt es in dem Staat, dessen Führer immer wieder warnt, die Gefahr einer Wiederkehr des „Faschismus“ beschwören, real existierende Konzentrationslager. Ihr Kenn-



Im Lager begraben: die russische Dichterin Irina Ratuschinskaja. FOTO: DIE WELT

zeichen ist absolute Rechtsberaubung und Zwangsarbeit, mit einem Wort: Sklaverei.

Noch schrecklicher als Sklaverei ist aber das Vergessen - die gnadenlose Verurteilung der anderswo Geschundenen und Ermordeten durch die Gleichgültigkeit, Bequemlichkeit und Feigheit jener, die sich in Freiheit befinden und ahnungslos oder heuchlerisch meinen, daß man nichts tun könne, daß man sich nicht „einmischen“ dürfe, daß bereits der hohle Hinweis auf solches Unrecht von „wichtigeren“ Dingen ablenke?

Vielleicht können wir kurzfristig wirklich nichts ändern. Doch wir können wenigstens sagen, daß dieses Verbrechen nicht mit unserem stillschweigenden Einverständnis fortgesetzt werden darf. Wir können wenigstens schreiben, anklagen und protestieren. Und wir können, sofern wir glühig sind, auch für Irina Ratuschinskaja beten.

Diese hochbegabte und liebenswerte Frau ist das Opfer einer besonders radikalen „Apartheid“-Politik, der völligen Trennung zwischen einer winzigen privilegierten Minderheit und einer diskriminierten, ja teilweise bis zur Versklavung entrechteten Mehrheit. Oder ist „Apartheid“ nur dann verabscheuenswürdig, wenn sie sich gegen Schwarze richtet? Ist sie mit anderen Maßstäben zu messen, wenn sie weiße Christen, weiße Dichter, weiße Frauen in ihrer Menschwürde extrem beleidigt?

Denken wir wenigstens über diese Fragen nach, bevor wir zur politischen Tagesordnung zurückkehren.

GERD-KLAUS KALTENBRUNNER



